

CIVIS

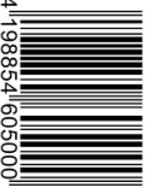
01 — 2015

Außen. Politik.



CIVIS & SONDE

4 198854 605000



1 / 2014

D 5,- EUR

WWW.CIVIS-MIT-SONDE.DE



Effiziente und sichere Energieerzeugung national und international

Die STEAG GmbH ist bereits seit über 75 Jahren in der Energieerzeugung tätig. Als international tätiges Unternehmen bietet STEAG ihren Kunden integrierte Lösungen im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung sowie technische Dienstleistungen an.

Als einer der größten Stromerzeuger in Deutschland betreiben wir elf Kraftwerke sowie über 200 dezentrale Anlagen zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien bzw. dezentrale Anlagen für die Industrie und zur Wärmeversorgung.



**»Domestic policy can
only defeat us, foreign
policy can kill us.«**

John F. Kennedy

**Liebe Leserin,
lieber Leser,**



außen- und sicherheitspolitische Themen haben in den zurückliegenden Monaten die mediale Berichterstattung in besonderer Weise dominiert. In gefühlter Regelmäßigkeit keimen überall neue Krisenherde auf, die Welt scheint von Tag zu Tag unsicherer und gefährlicher zu werden. Umso deutlicher müssen gerade in solchen Zeiten - trotz gelegentlicher innenpolitischer Unstimmigkeiten - die Rolle der Europäischen Union, der Nato und der immer wieder beschworene Zusammenhalt in der Weltgemeinschaft herausgestellt werden, die uns allen Sicherheit und Stabilität gewähren und für unser aller Leben nicht hoch genug eingeschätzt werden können.

Wir wollen uns daher in dieser CIVIS mit Sonde eingehender mit den drängenden politischen Problemen der heutigen Zeit befassen und im Hinblick auf unser Land diskutieren. Welche Rolle spielt Deutschland bei der Lösung außenpolitischer Konflikte? Brauchen wir eine stärkere Beteiligung unseres Landes bei internationalen Einsätzen? Wie gehen wir zukünftig mit dem internationalen Terrorismus um und was sind die aktuellen Strategien im Nahen Osten? Die Erörterung dieser und vieler weiterer Fragen erwarten Sie in diesem Heft.

Besonders freue ich mich, dass unser Redaktionsteam in den vergangenen Monaten starke

personelle Unterstützung erhalten hat. Mit Barbara Gerlach, Anja Pfeffermann, Tabea Wilke und Sebastian Hass konnten wir äußerst erfahrene Mitstreiter gewinnen, die bereits diese Ausgabe aktiv mitgestaltet haben. Ich danke allen für ihre Arbeit und ihr Engagement. Ohne sie und die weiteren Mitglieder der Redaktion wäre die vorliegende Ausgabe nicht zustande gekommen.

Herzlich bedanken möchten wir uns natürlich auch wieder bei den zahlreichen Autoren und Interviewpartnern für ihre klugen Anregungen und Gedanken zu verschiedenen außenpolitischen Fragen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Herzlichst

Erik Bertram
Chefredakteur

PS: Besuchen Sie CIVIS mit Sonde doch auch mal in den sozialen Netzwerken auf Facebook und Twitter oder unter www.civis-mit-sonde.de!

10 Zukunft in der europäischen Familie

Vitali Klitschko über die „Revolution der Würde“

**18 Von schottischen Nationalisten
und diplomatischen Wundern**

Sebastian Hass und David McAllister im Gespräch

28 Blockdenken überwinden

Sebastian Kurz über Ansätze zu einer Lösung des Ukraine-Konflikts

**32 Die Weltpolitik folgt nicht immer
dem deutschen Drehbuch**

Martin Jäger zur deutschen Rolle in der Welt

**38 Deutsche Außenpolitik –
wieviel Bismarck brauchen wir?**

Roderich Kiesewetter mit einer Bestandsaufnahme deutscher Außenpolitik

44 Macht – Verantwortung – Recht

Carl-Philipp Sassenrath stellt die deutsche Außenpolitik auf den Prüfstand

48 Die Zukunft, die wir wollen

Maria Böhmer über die internationale Frauenpolitik

54 Die zwei Gesichter des Victor Orbán

Alexander Graf Lambsdorff über Ungarns
Position zwischen Ost und West

58 Freunde in schwieriger Zeit

Jürgen Hardt beschreibt den Stand der transatlantischen Beziehungen

64 Transeurasier gesucht

Mark Hauptmann darüber, warum die Zukunft der Weltwirtschaft in Asien liegt

64 Die Israelis lieben Deutschland

Philipp Mißfelder zum Stand der deutsch-israelischen Beziehungen

78 I am still confused – but on a higher level

Hans Heyn über seine persönlichen Erfahrungen im Nahostkonflikt

54 Integration durch Bildung

Thomas Rachel darüber, wie Integration durch Bildung gelingen kann

72 Extremisten den Nährboden entziehen

Thomas Volk über neosalafistische Strömungen in Deutschland

88 Feste Werte und klarer Kompass

Ruprecht Polenz zum Tod von Andreas Schockenhoff

90 Tag der Befreiung: Verantwortete Freiheit

Friedbert Pflüger zum Tod von Richard von Weizsäcker

94 Alle Wege führen nach Berlin

Conrad Clemens im Portrait

96 Impressum

Interview: Anja Pfeffermann

Fotos: Maximilian König

Zukunft in der europäischen Familie

Vitali Klitschko über die „Revolution der Würde“



Vitali Klitschko hat im Mai in Kiel den Hermann-Ehlers-Preis erhalten. Ausgezeichnet wurde er damit für seinen unermüdlichen Einsatz für eine freiheitliche und demokratische Ukraine und seinen Kampf für eine bessere Anbindung seines Landes an die Europäische Union.

CIVIS mit Sonde hatte die Gelegenheit, im Anschluss an die Preisverleihung mit Vitali Klitschko zu sprechen. Der Ukrainer wurde wie sein Bruder Vladimir weltberühmt als erfolgreicher Boxer. Heute ist er Bürgermeister von Kiew und Abgeordneter der Werchowna Rada, dem ukrainischen Parlament. Die Abkürzung seiner Partei UDAR bedeutet im Russischen wie im Ukrainischen „Faustschlag“.

Bewegende und eindringliche Worte fand Klitschko zuvor auch in seiner Rede zur Preisverleihung, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

Ebenso wie einen kurzen Auszug aus der Laudatio des Europaabgeordneten Elmar Brok.

„Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer haben auf dem Maidan in Kiew gestanden. Monatelang. Tag und Nacht. Im Winter bei minus 30 Grad. Wir haben dort gestanden für die Zukunft, für die Freiheit. Wir haben dort gestanden, bis das Regime gefallen war und wir kämpfen weiter, bis die Ukraine ein Teil der Europäischen Familie ist. Wir nennen das die ‚Revolution der Würde‘.“



CIVIS: Zu Beginn eine vielleicht ganz einfache Frage: Woher kommt Ihre Liebe zu Deutschland, Herr Klitschko?

Klitschko: Das ist nur scheinbar eine einfache Frage – die schwierig zu beantworten ist. Aber ich will es versuchen: Ich habe viele Freunde in Deutschland und viele emotionale Momente hier erlebt. Außerdem habe ich einen großen Teil meines Lebens in Deutschland verbracht. Mein Trainer Fritz Sdunek hat mir Deutschland gezeigt, mir das Land eröffnet und ist wie ein zweiter Vater für mich gewesen – leider ist er nicht mehr unter uns. Kurz gesagt: Deutschland ist in mein Herz hineingewachsen.

**»Wenn Du willst,
dass etwas gut wird,
dann musst Du es
selbst machen.«**

CIVIS: Ist das der Grund, der Sie motiviert, wenn Sie in Ihrer Rede sagen, dass die Ukraine eine europäische Perspektive hat?

Klitschko: Deutschland ist ein gutes Vorbild für die Ukraine. Denn man kann sehen, wie gut und effektiv die deutsche Wirtschaft funktioniert, die Wirtschaft ist sehr erfolgreich. Das deutsche Modell ist ein perfektes Vorbild für die Ukraine. Wir sehen unsere Zukunft in der europäischen Familie – dafür kämpfen wir.

CIVIS: Wie ist Ihre politische Sicht auf Deutschland – wo sehen Sie Deutschland in der Europäischen Union? Wie sehen Sie Deutschlands Rolle?

Klitschko: Die Ukraine erfährt große Unterstützung durch Deutschland. Das umfasst Know-how und politische Unterstützung. Ohne politische Unterstützung, ohne seelische Unterstützung wäre es sehr, sehr schwierig, politische Reformen durchzusetzen. Deshalb sind wir sehr dankbar. Und wir kämpfen weiter. Wir verstehen uns. Wir dürfen uns dabei natürlich nicht einfach auf die Hilfe anderer Länder verlassen. Wir haben schwierige und große Hausaufgaben, die wir selbst machen müssen.

Aber: Nur gemeinsam lässt sich das Ziel erreichen, die Ukraine zu einem modernen, demokratischen europäischen Staat zu machen. Das ist bereits anderen osteuropäischen Ländern wie Polen oder Tschechien gelungen.







CIVIS: Die Unterstützung Deutschlands erfahren Sie auch durch die Bundeskanzlerin selber. - Sie und Angela Merkel kennen beide eine Jugend hinter dem Eisernen Vorhang – verbindet Sie das?

Klitschko: Ich spreche Russisch und Angela Merkel auch. Sie spricht Deutsch, ich auch ein bisschen. Wir sind beide „Ossis“. (lacht) Angela Merkel ist eine der erfolgreichsten Politikerinnen der Welt, ich bin nur ein kleiner Bürgermeister aus Kiew. (lacht) Angela Merkel ist ein Profi.

CIVIS: Inwiefern ist Angela Merkel ein Vorbild?

Klitschko: Sie ist systematisch, hat einen starken Charakter, sie kann viele Menschen versöhnen, hat ein wahnsinniges Charisma.

In seiner Rede spricht Klitschko vom ukrainischen Traum: „Jeden Tag sterben viele Menschen und Hunderte, Tausende, Millionen leiden wegen des Krieges. Jeder Ukrainer träumt davon, dass der Frieden zurückkommt.“

CIVIS: Sie sagten, dass die Ukrainer die ersten sind, die für ihren Traum unter der europäischen Flagge gestorben sind. Was für ein Traum ist das?

Klitschko: Der Traum, in einem freien Land zu leben, mit europäischem Lebensstandard, mit

Perspektive, mit europäischen Werten für die Ukraine. Das heißt, in einem Land zu leben, in dem die jungen Leute die Chance haben, eine Ausbildung zu machen und einen Arbeitsplatz mit gutem Gehalt zu finden. Die Ukraine hat einen der fruchtbarsten Böden der Welt – hier sollte doch jeder sicher leben können. Dafür kämpfen wir! Wir sind fröhliche und gastfreundliche Menschen. Wir sind bereit, in unserem Land etwas aufzubauen – doch dafür müssen gute Bedingungen herrschen. Das sind unsere Forderungen aus der „Revolution der Würde“.

„Der Bürgermeister von Kiew hat dafür gesorgt, dass der Maidan ein sehr schöner Platz ist, auf dem man heute wieder spazieren gehen kann. Die Leistung von Klitschko war es, die moralische Autorität in den Zeiten des Aufruhrs zu bewahren und die Friedlichkeit der Demonstrationen zu sichern“, erklärt der Europaabgeordnete Elmar Brok in seiner Laudatio auf Vitali Klitschko.

CIVIS: Was treibt Sie jeden Morgen an, wieder ins Amt zu gehen, Herr Klitschko?

Klitschko: Ergebnisse! Ich muss so schnell wie möglich Ergebnisse vorweisen. Außerdem gibt es gibt ein Sprichwort, das ich da vor Augen habe: ‚Wenn Du willst, dass etwas gut wird, dann musst Du es selbst machen.‘

Deswegen mache ich sehr vieles selbst. Ich bin durch und durch davon überzeugt. Ich möchte nicht abwarten, bis jemand anders Reformen anschiebt. Ich selbst bin ein Teil dieser Reformen, deshalb mache ich das alles mit. Ich mache meine Vision wahr.

In seiner Rede findet Klitschko harte Worte gegen Russland, wirft seinem Nachbarn Kriegstreiberei in der Ost-Ukraine vor: „Dieser Krieg ist künstlich aufgebaut. Ohne Propagandakrieg, Gehirnwäsche, ohne finanzielle Unterstützung, ohne Waffenlieferung würde dieser Krieg niemals stattfinden. Wir haben immer friedlich gelebt. Die Propaganda hat nur ein Ziel: Unruhe ins Land zu bringen.“

CIVIS: Haben die Menschen in der Ukraine angesichts von Krieg und Unsicherheit denn noch die Kraft für anstehende Reformen wie etwa die Verfassungsreform?

Klitschko: Das ist natürlich schwierig – die Menschen wollen so schnell wie möglich Reformen sehen. Gerade, wenn die Menschen immer noch in Protestlaune sind. Trotzdem... Reformen dauern, brauchen Zeit. Und nicht alle Reformen sind populär. Dennoch müssen wir ein Ende aufzeigen. Deswegen ist es eine große Aufgabe, die Menschen zu beruhigen und ihnen zu erklären und ihnen zu zeigen, dass sie einen Nutzen und eine echte Veränderung in ihrem Leben spüren werden, wenn die Ergebnisse der Reformen eintreten. Der Krieg dauert jetzt ein Jahr an und ist ein Tiefschlag für die Ukraine.

CIVIS: Wie machen Sie das, dass Sie die Menschen abholen und ihnen zeigen, dass Reformen passieren?

Klitschko: Transparenz. Wir machen alles transparent und offen, wir erklären jeden Schritt. Es gibt keinen anderen Weg.

CIVIS: Uns interessiert, was Sie politisiert hat. Was hat Sie zur Politik gebracht?

Klitschko: Aus heutiger Sicht würde ich sagen, dass wir viel zu lange abgewartet haben, dass sich etwas ändert – mehr als zwanzig Jahre. Deswegen war ich am Ende meiner Geduld. Ich wollte nicht mehr warten, bis jemand kommt, der die richtigen Qualitäten mit sich bringt – ich musste selbst in die Politik gehen, ich musste es selbst machen.

CIVIS: Kommt in diesem Zusammenhang der Boxer in Ihnen durch?

Klitschko: Ich nutze die gleichen Fähigkeiten wie im Boxen: Man muss den Willen haben und niemals aufgeben, man muss sich ein Ziel setzen und dieses Ziel auch erreichen. Außerdem steht ein Boxer zwar im Ring, aber er hat ein gutes Team hinter sich, etwa Trainer und Physiotherapeuten. Ohne sein Team kann auch der Boxer nicht erfolgreich sein. Das gilt ebenso in der Politik: Man braucht gute Leute um sich.

„Wir kämpfen gleichzeitig an zwei Fronten: Im Osten der Ukraine kämpfen wir gegen eine Aggression von außen – für unsere Freiheit und die territoriale Integrität der Ukraine. Im Inneren kämpfen wir an einer zweiten Front, gegen die Korruption und für europäische Werte und eine europäische Zukunft unseres Landes.“

CIVIS: Herr Klitschko, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Vitali Klitschko

ist mehrfacher Welt- und Europameister im Boxen. Nach seiner Zeit im Boxsport wechselte er in die Politik und spielte zusammen mit seinem Bruder Wladimir bei den Euromaidan-Protesten in der Ukraine eine wichtige Rolle, wodurch er internationale Aufmerksamkeit erlangte. Am 25. Mai 2014 wurde er zum Oberbürgermeister von Kiew gewählt.

Interview: Sebastian Hass
Fotos: Maximilian König

Von schottischen Nationalisten und diplomatischen Wundern

Der smarte Politiker David McAllister gilt in der CDU als einer der wichtigsten politischen Köpfe. CIVIS-Redakteur Sebastian Hass traf McAllister im Nachgang der britischen Wahlen und sprach mit ihm über die Zukunft des Landes in der EU, TTIP und den Besuch der Queen in Deutschland.

Hass: Herr McAllister, Großbritannien hat gewählt. Haben Sie David Cameron eigentlich schon zum Wahlsieg gratuliert?

McAllister: Ja, ich habe dies öffentlich getan. Viele in der CDU und auch ich persönlich haben uns sehr für ihn gefreut. Die CDU pflegt eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den britischen Konservativen. Es ist schön, dass ein Premierminister aus unserer erweiterten Parteienfamilie wieder gewonnen hat.

Hass: Erweiterte Parteienfamilie ist ein gutes Stichwort. Die Tories haben die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) verlassen. Viele, auch in der Union, stellen sich mittlerweile die Frage, ob die Konservativen in Großbritannien eigentlich noch die europäischen Werte teilen, die der Europapartei CDU und uns als Deutschen so wichtig sind. Das sehen wir ja auch an ganz handfesten Beispielen: Wenn wir etwa durch Berlin laufen, weht neben der deutschen Flagge ganz selbstverständlich auch die Europaflagge. In London bietet sich da ein anderes Bild. Trifft der Eindruck zu, dass Großbritannien eine ganz andere Herangehensweise an Europa hat? Wie kriegen wir das zusammen? Wie kriegen Sie das zusammen?

McAllister: Zunächst gibt es zwischen den britischen Konservativen und den deutschen Christdemokraten viele politische Gemeinsamkeiten. Gerade mit Blick auf Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik und wie Europa wettbewerbsfähiger werden kann.



Auch in der Außen- und Sicherheitspolitik haben wir viele gemeinsame Vorstellungen. Die Briten sind für uns Deutsche ein wichtiger Partner, nicht nur in der EU, sondern auch in der NATO, G7, G20 und der UNO.

Mit Blick auf die weitere Entwicklung der Europäischen Union gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Deutsche Christdemokraten verfolgen das Ziel der politischen Union und der weiteren europäischen Integration. Die britischen Konservativen haben da bekanntermaßen eine andere Auffassung. Ich habe es sehr bedauert, dass vor einigen Jahren die Tories die Fraktionsgemeinschaft mit der EVP in Straßburg verlassen haben. Das war ihre Entscheidung, die wir zu akzeptieren haben. Gleichwohl war und ist es schade.

»Ich habe es bedauert, dass die Tories die Fraktionsgemeinschaft mit der EVP verlassen haben.«

Innerhalb der britischen Konservativen existieren unterschiedliche politische Strömungen, was die Europapolitik angeht. Es gibt einen medial oft lautstarken antieuropäischen Flügel. Gleichzeitig gibt es einen ebenso großen, allerdings zurückhaltenden Teil der Partei, der die europäische Integration befürwortet. Und dann gibt es einen weiteren, unentschlossenen Teil der Partei, den es jetzt gilt, für die europäische Idee zu gewinnen.

David Cameron hat stets betont, dass er die Zukunft des Vereinigten Königreichs innerhalb der Europäischen Union sieht. Er will allerdings das Verhältnis zwischen London und Brüssel auf eine neue Grundlage stellen. Ihm geht es darum, die Europäische Union in bestimmten Punkten zu reformieren. Auf dieser Grundlage soll dann das Referendum über den Verbleib des Landes in der EU stattfinden.

Nun gilt es, die konkreten britischen Vorschläge abzuwarten, sie sorgfältig zu analysieren und zu prüfen, ob und wenn ja wie man den britischen Partnern entgegenkommen kann. Angela Merkel und Jean-Claude Juncker haben zu Recht darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass das Vereinigte Königreich in der EU bleibt.

Hass: Bereitet Ihnen das angekündigte Europa-Referendum der Briten schlaflose Nächte?

McAllister: Nein. Erstens zeigen die Meinungsumfragen, dass eine Mehrheit der Stimmberechtigten für den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union ist.



Zweitens gehe ich davon aus, dass die pro-europäischen Kräfte, insbesondere aus der Wirtschaft, sich rechtzeitig zu Wort melden.

Die Alternative zu einer britischen EU-Mitgliedschaft wäre eben die Nichtmitgliedschaft, mit allen negativen Konsequenzen für die Unternehmen und für jeden einzelnen Bürger. Gleichwohl wird das Referendum eine spannende und arbeitsreiche Angelegenheit. Das wird kein Spaziergang!

Hass: Helfen Sie uns bitte, die Wahlergebnisse der britischen Unterhauswahlen einzuordnen: Plötzlich entdecken wir 50 schottische Nationalisten der Scottish National Party im britischen Unterhaus. Die SNP ist für viele politische Beobachter in Deutschland eine neue Gruppierung in der britischen Politik, der man bisher keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat. Können Sie uns dieses Phänomen erklären?

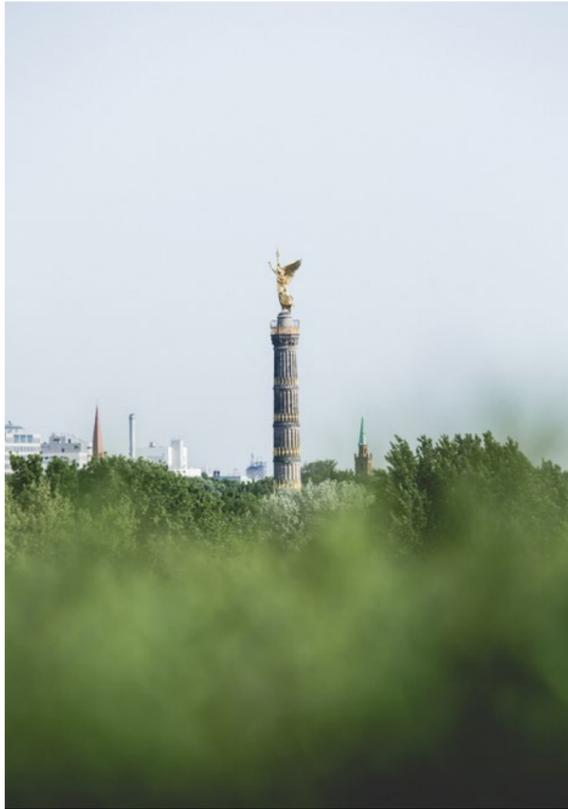
McAllister: Regelmäßig bin ich in Schottland und kenne viele schottische Politiker aus allen Parteien. Der Aufstieg der SNP ist eine bemerkenswerte Geschichte und begann in den 80er und

90ern. Die SNP regiert in Schottland aber schon seit 2011 mit absoluter Mehrheit. Die Partei stellt seit 2007 den First Minister in Edinburgh. Nach Alex Salmond regiert nun Nicola Sturgeon. Die Nationalisten haben jetzt durch die 56 von 59 Direktmandaten bei der schottischen Unterhauswahl internationale mediale Beachtung gefunden. Die SNP hatte nach dem Unabhängigkeitsreferendum im letzten Jahr einen nie dagewesenen Zulauf: Die Mitgliederzahlen haben sich in kurzer Zeit vervierfacht. Die schottischen Nationalisten positionieren sich in vielen Bereichen bewusst links von der Labour-Party.

Hass: Ist die SNP europäisch?

McAllister: Es gibt viele politische Forderungen der SNP, die ich nicht teile. Aber sie sind pro-europäisch ausgerichtet. Die SNP verfolgt auf der einen Seite das Ziel der staatlichen Unabhängigkeit Schottlands vom Vereinigten Königreich. Auf der anderen Seite sehen sie die Zukunft eines unabhängigen Schottlands eben innerhalb der Europäischen Union.

Hass: Kommen wir zu einem anderen Thema: In diesen Tagen feiern wir den 50. Jahrestag der Aufnahme der deutsch-israelischen Beziehungen. Unweit von hier, rund um das Schloss Bellevue und im Regierungsviertel wehen in froher Eintracht die israelische und die deutsche Flagge nebeneinander. Das sind Bilder, die wir nicht jeden Tag in Deutschland sehen. Was lösen diese Bilder bei Ihnen aus?



McAllister: Für mich sind das bewegende Bilder, wenn die israelische und die deutsche Flagge nebeneinander wehen. Angela Merkel hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir Deutschen eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht Israels haben. Sie hat es als Teil der deutschen Staatsräson bezeichnet.

Es ist eigentlich ein diplomatisches Wunder gewesen, dass vor über 50 Jahren israelische Politiker wie David Ben Gurion den entscheidenden Schritt gegangen sind, und Deutschland diplomatisch wieder die Hand gereicht haben. Nach den grausamen Ereignissen des 2. Weltkrieges konnte so etwas niemand in Deutschland erwarten. Die israelisch-deutschen Beziehungen sind heute eng und intensiv mit regelmäßigen Regierungskonsultationen. Auch auf der Länderebene gibt es

vielfältige Kontakte. In meiner Zeit als niedersächsischer Ministerpräsident habe ich Israel besucht. Damals hatte ich die große Ehre, sowohl von Schimon Peres als auch von Benjamin Netanjahu empfangen worden zu sein. In letzter Zeit fällt mir auf, wie viele Menschen aus Israel nach Deutschland kommen und umgekehrt. Es gibt einen guten und intensiven Austausch.

Politisch steht Deutschland an der Seite Israels, auch wenn die israelische Politik es uns manchmal nicht immer einfach macht. Als CDU bekennen wir uns zur Zwei-Staaten-Lösung. Dazu gehören ein jüdischer demokratischer Staat Israel in anerkannten und dauerhaft sicheren Grenzen sowie ein lebensfähiger palästinensischer Staat, die in friedlicher Nachbarschaft leben.

Hass: Gerade wenn es um den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland geht, haben wir noch keine Normalität erreicht. Wie haben Sie das als Ministerpräsident von Niedersachsen wahrgenommen, als sie Verantwortung für jüdische Gemeinden und jüdisches Leben in Ihrem Land getragen haben?

McAllister: Es wäre schön, wenn wir eines Tages auf den besonderen Schutz von jüdischen Einrichtungen verzichten können. Jüdische Einrichtungen müssen weltweit geschützt werden. Das ist kein deutsches Phänomen. Der traurige Anschlag auf das jüdische Museum in Brüssel vor einigen Monaten zeigte, dass es überall auf der Welt und nicht nur in Europa Menschen gibt, die ihren Hass gegenüber Juden und gegen Israel zum Ausdruck bringen wollen.

Als Ministerpräsident habe ich ein sehr gutes Verhältnis zu beiden Landesverbänden der jüdischen Gemeinden und der liberalen jüdischen Gemeinden gepflegt. Die Unterstützung für die jüdische Gemeindearbeit ist in Niedersachsen in einem Staatsvertrag geregelt. In meiner Amtszeit wurden die Mittel für die jüdischen Einrichtungen erhöht. So gibt es eine jüdische Kindertagesstätte in Hannover.

Der Antisemitismus bei in Teilen der in Deutschland lebenden Menschen ist besorgniserregend. Deswegen war es ein sehr starkes Signal, dass so viele in Deutschland im Herbst letzten Jahres gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden gegen den Antisemitismus aufgestanden sind. In diesem Jahr sind das 50-jährige Bestehen der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland ein ganz besonderer Grund zum Feiern.

»Die israelische Politik macht es uns nicht immer einfach.«



Hass: Sie sind in Berlin und Brüssel ein anerkannter Außenpolitiker. Wenn es aber darum geht, im Bundestag oder im Europäischen Parlament die außenpolitischen Diskussionen mitzugestalten, stehen Sie in der Union mit wenigen Kollegen relativ einsam auf weiter Flur. Warum ist das Feld der Außenpolitik gerade für junge Abgeordnete so wenig attraktiv?

McAllister: Wir haben eine ganze Reihe von CDU - Kollegen, die einen Namen in der Außenpolitik haben. In Berlin leisten Ursula von der Leyen, Franz-Josef Jung, Philipp Mißfelder und Norbert Röttgen - um nur einige zu nennen - eine ganz hervorragende Arbeit, ebenso Elmar Brok oder Michael Gahler in Brüssel bzw. Straßburg. Im Europäischen Parlament habe ich mich ganz bewusst für eine Tätigkeit im Auswärtigen Ausschuss entschieden. Die Außenpolitik wird in einer globalisierten Welt weiter an Bedeutung gewinnen. Zudem glaube ich, dass wir in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) stärker mit einer Stimme sprechen müssen. Jean-Claude Juncker weist darauf hin, dass wir nicht zufrieden sein können, wie die Instrumente der GASP bislang angewandt worden sind.



Eine engere Abstimmung in der europäischen Außenpolitik, in der Außenhandelspolitik, in der Entwicklungspolitik und in der Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik nach der gleichen Logik ist sinnvoll. Warum nun entscheiden sich junge Politiker gerade gegen die Außenpolitik? Das hat eine ganze Reihe von Ursachen: Erstens, viele Abgeordnete im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament kommen oft aus der Kommunal- und Landespolitik. Es gibt viele politische Felder, in denen sie fachlich weiterarbeiten

möchten. Die Außenpolitik zählt aus nachvollziehbaren Gründen nicht dazu. Zweitens, viele Abgeordnete, die vorrangig ein Direktmandat anstreben, wählen gerne ein Politikfeld, das unmittelbaren Einfluss auf die Bürger vor Ort im Wahlkreis hat. Außenpolitisch tätig zu sein bedeutet, oft außerhalb Deutschlands zu sein. Das hat dann zur Folge, dass man den einen oder den anderen Termin vor Ort, so wichtig er auch sein mag, nicht wahrnehmen kann.

»Once seen is better than a hundred times read.«

Hass: Was macht einen guten Außenpolitiker aus?

McAllister: Es ist entscheidend, historisch interessiert und vorgebildet zu sein. Wenn ich in andere Länder fahre, beschäftige ich mich zwar stets mit den aktuellen wirtschaftlichen und politischen Daten. Aber entscheidend ist die Geschichte eines Landes. Man kann ein Land mit all seinen Eigenarten nur begreifen, wenn man seine Geschichte kennt. Es ist wichtig, für andere Kulturen, für anderes Denken und für andere Argumente offen zu sein. „Once seen is better than a hundred times read.“: der persönliche Kontakt vor Ort ist sehr wichtig. So bin ich Berichterstatter für die EU-Beitrittsverhandlungen mit Serbien. Daher habe ich mich in den letzten Monaten sehr intensiv mit serbischer Geschichte und serbischer Kultur beschäftigt. Durch regelmäßige Besuche in Belgrad baue ich nun ein Netzwerk auf, um einen ausgewogenen und unparteiischen Bericht für das Europäische Parlament vorlegen zu können.

Hass: Brüssel bleibt für viele ein Buch mit sieben Siegeln. Nun gibt es aber ein Thema, das uns in Deutschland, aber vor allem auf europäischer Ebene beschäftigt: die Flüchtlingsströme aus Afrika. Wir diskutieren diese Frage hier sehr national, da geht es um die Aufnahme von Vertriebenen und von Flüchtlingen, es geht um Kommunen, die über die hohen finanziellen Belastungen klagen. Eine tragfähige Lösung können wir nicht allein, sondern nur gemeinsam auf europäischer Ebene finden. Welche Möglichkeiten haben Ihre Kollegen und Sie im Europäischen Parlament, um Impulse zur Verbesserung dieser Situation zu geben?



McAllister: Die Flüchtlingswelle aus Afrika und dem Nahen Osten ist eine riesige Herausforderung, die nur europäisch bewältigt werden kann. Aufgrund der humanitären Katastrophe im Mittelmeer haben die Staats- und Regierungschefs entschieden, das Thema gemeinsam anzugehen. Wir haben die Pflicht, in Not geratenen Menschen zu helfen und da dürfen wir die betroffenen Anrainerländer im Mittelmeer nicht alleine lassen.

Gleichzeitig müssen wir konsequent gegen die verbrecherischen Menschenhändler vorgehen. Die Schleuser müssen verfolgt und hart bestraft werden. Sichergestellte Boote sollten zerstört werden, um so die Möglichkeiten dieser kriminellen Banden, Menschen auf hohe See zu schicken, zu minimieren.

Es gilt, nicht die Migranten zu bekämpfen. Vielmehr sollten die Ursachen der Migration bekämpft werden. Das ist eine langfristige Herausforderung, für die eine größere politische und wirtschaftliche Stabilität in den Ländern Nord- und Zentralafrikas sowie des Nahen Ostens geboten ist. Die Menschen verlassen doch ihre

Heimat, weil sie keine Perspektive mehr sehen. Ich unterstütze auch den Vorschlag, dass die EU zentrale Aufnahmelager für Flüchtlinge auf afrikanischem Boden einrichtet, damit die Asylsuchenden ihre Anträge vor Ort stellen können. So müssen sie dann nicht die lebensgefährliche Reise über das Mittelmeer antreten.

Schließlich brauchen wir mehr Solidarität in der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik. Mitgliedstaaten wie Italien, Griechenland oder Malta sind mit der steigenden Anzahl von Flüchtlingen überfordert. Über zwei Drittel aller in der Europäischen Union gestellten Asylanträge werden in lediglich vier Ländern - Deutschland, Schweden, Italien und Frankreich - gestellt. Die Flüchtlinge sollten nach Einwohnerstärke und wirtschaftlicher Kraft EU-weit solidarisch verteilt werden. Einige Mitgliedsstaaten könnten und sollten mehr leisten als bislang.

Hass: Haben Sie den Eindruck, dass in der Flüchtlingsfrage in Berlin und Brüssel unterschiedlich argumentiert und diskutiert wird, bzw. dass die Diskussion in Brüssel breiter geführt wird?



McAllister: Ich glaube, dass die Debatte über die Flüchtlingspolitik national und europäisch ähnlich verläuft. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind genauso wie die Abgeordneten der nationalen Parlamente am Wochenende vor Ort und sprechen mit den Bürgern und den kommunalen Vertretern über die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Die Abgeordneten spüren doch, welche enorme Herausforderung die steigende Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen für die Kommunen darstellt. So müssen die Kommunen finanziell stärker unterstützt werden als bislang.

Generell gilt: Wenn man in Brüssel oder Straßburg Politik macht, erfährt man eben nicht nur die nationale Sicht der Dinge. Es gibt 28 recht unterschiedliche Perspektiven. Diese fließen dann in eine gesamteuropäische Betrachtungsweise ein. Die Europäische Union empfinde ich als einen Best-Practice-Wettbewerb.

Wir Deutsche machen in Europa vieles gut. Nicht umsonst gelten wir bei anderen Ländern in vielen Bereichen als Vorbild. Aber wir machen wahrlich nicht alles richtig. Der deutschen Politik wünsche ich eine noch größere Bereitschaft auf das zu schauen, was andere besser machen. Ein bemerkenswertes Beispiel hierfür ist und bleibt die Bildungspolitik. Der ideologische Streit um Schulstrukturen, den die linken Parteien bei uns in Deutschland seit mehr als 40 Jahren führen, wird in keinem anderen Land Europas und vermutlich

in keinem anderen Land der Welt geführt. Wir sollten diesen ideologischen und lähmenden Streit in Deutschland endlich beenden.

Hass: Eine andere Diskussion, die bei uns ähnlich emotional wie die Bildungspolitik geführt wird, ist das Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ mit den USA, bekannt unter dem Kürzel TTIP. Wie erleben Sie die aktuellen Verhandlungen und die Diskussionen zu TTIP in Brüssel? Ist die Emotionalität der Debatte darüber ein rein deutsches Phänomen?

McAllister: Freihandel ist grundsätzlich sinnvoll. Wir Europäer und insbesondere die Deutschen profitieren enorm davon. Die Zuständigkeit für die Verhandlungen von Freihandelsabkommen ist seit längerer Zeit auf die Europäische Union übertragen worden. Die Kommission verhandelt für alle 28 Mitgliedsstaaten momentan eine ganze Reihe von Freihandelsabkommen, etwa mit Japan, mit Indien und mit Marokko. Das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) ist so gut wie abgeschlossen. TTIP ist das einzige Freihandelsabkommen, das eine mediale und öffentliche Aufmerksamkeit erfährt.

TTIP ist das umfangreichste Freihandelsabkommen, das bislang verhandelt wurde. Dadurch würde der weltweit größte Binnenmarkt entstehen. Das Abkommen wäre gerade für den

exportorientierten deutschen Mittelstand eine besondere Chance, auf dem US-amerikanischen Markt besser Fuß zu fassen. Allein im vergangenen Jahr sind die deutschen Exporte in die USA um gut sieben Prozent auf 96 Milliarden Euro gestiegen. Dennoch: es gibt nach wie vor noch viele Handelshemmnisse, die es zu beseitigen gilt. Ich halte es für anachronistisch, dass im 21. Jahrhundert Amerikaner und Europäer immer noch gegenseitig Steuern und Zölle auf ihre Produkte erheben. Ja, die Debatte wird in Deutschland ebenso wie in Österreich tatsächlich viel intensiver geführt als in anderen Staaten der Europäischen Union.

Hass: Kritiker werfen der EU vor, intransparent vorzugehen. Ist dieser Vorwurf aus Ihrer Sicht gerechtfertigt?

McAllister: Nein. Handelskommissarin Cecilia Malmström verfolgt einen neuen Ansatz: Sie wirbt und sorgt für mehr Transparenz in den Verhandlungen. Die Verhandlungsdokumente werden zum großen Teil auf der Website der Europäischen Kommission für jeden einsehbar online gestellt. Die Abgeordneten des Europaparlaments werden nach jeder Verhandlungsrunde über die Ergebnisse unterrichtet. Alle Unterlagen können in einem speziell dafür vorgesehenen Raum in der Kommission eingesehen werden.

Hass: Sind Sie ein Befürworter von TTIP?

McAllister: Ja. Ich bin dafür, dass wir am Ende ein ausgewogenes, faires und für beide Seiten gewinnbringendes Freihandelsabkommen beschließen. Daher gilt es, in den Verhandlungen unsere bewährten Standards im Umweltschutz, im Verbraucherschutz, in kulturellen Fragen, bei den

Arbeitnehmerrechten durchzusetzen. Ich sehe, dass wir das bisher in den Verhandlungen auch erfolgreich tun. Am Ende wird ein besonderer Diskussionspunkt sein, wie wir mit dem Investorenschutz (ISDS) verfahren.



Es sollte möglich sein, einen guten Mittelweg zwischen dem in Europa herkömmlichen Investorenschutz des 20. Jahrhunderts und dem Verzicht auf jeglichen staatlichen Investorenschutz zu finden. Im Ergebnis wird das ISDS-Verfahren moderner und transparenter. Das wird für uns aber noch eine besondere Hürde in den Verhandlungen werden.

Hass: Letzter Punkt: Die Queen kommt nach Deutschland!

McAllister: Das wird großartig. Elizabeth II. ist eine beeindruckende Persönlichkeit. Sie hat in ihrer Amtszeit so viele britische Premierminister und deutsche Bundespräsidenten kennen gelernt. Sie ist einfach eine bemerkenswerte Frau. Dass sie trotz ihres hohen Alters wieder zu uns kommt, verdient besondere Anerkennung. Die Besuche der Queen in Deutschland waren jedes Mal denkwürdig.



David McAllister MdEP



ist seit 2008 Vorsitzender der CDU in Niedersachsen und war von 2010 bis 2013 niedersächsischer Ministerpräsident. Seit 2014 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments und dort stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe. Er besitzt neben der deutschen auch die britische Staatsbürgerschaft.

Sebastian Hass



war von 2009 bis 2012 in der CDU-Bundesgeschäftsstelle tätig, zunächst als Referent in der Abteilung „Strategische Planung“, später dann als Persönlicher Referent der Parteivorsitzenden, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB. Seit Ende 2012 ist er als Head of Public Affairs für Bombardier Transportation in Deutschland tätig.



Sebastian Kurz

Blockdenken überwinden

Ansätze zu einer Lösung des Ukraine-Konflikts

Das Blockdenken hat wieder Hochkonjunktur auf unserem Kontinent. Gerade für einen jungen Politiker wie mich ist diese Erkenntnis besonders erschreckend. Meine Generation der unter Dreißigjährigen, für die Frieden, grenzenloses Reisen und Studieren in anderen EU-Ländern eine Selbstverständlichkeit ist, kennt den Kalten Krieg nur mehr aus den Geschichtsbüchern. Die Krise mit Russland hat etwas Unwirkliches an sich.

Gleich verhält es sich - Gott sei Dank - mit Krieg im Allgemeinen. Zugleich erleben wir derzeit, zumindest erscheint das im subjektiven Empfinden so, auch weltweit derart turbulente und kriegerische Zeiten wie schon lange nicht mehr - sei es im Kampf gegen die IS-Terroristen in Syrien und dem Irak, im Kampf gegen die ebenso gefährliche Boko Haram in Nigeria und den Nachbarstaaten oder etwa dem Ukraine-Konflikt.

Auch wenn die Bedrohung durch die IS-Terroristen für unsere westlichen Gesellschaften ebenfalls eine sehr große ist, werde ich mich in meinem Beitrag auf den Ukraine-Konflikt fokussieren. Es handelt sich dabei um einen Konflikt in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Die ukrainische Grenze ist etwa von Wien ungefähr gleich weit entfernt wie das westlichste österreichische Bundesland Vorarlberg.

»Der Kalte Krieg soll dort bleiben, wo er hingehört: in den Geschichtsbüchern!«

Die offiziellen Beziehungen der EU mit Russland sind jedenfalls an einem Tiefpunkt angelangt. Seit Beginn der russisch-ukrainischen Krise hört man wechselseitige Vorwürfe, die in ihrer Sprache und Tonalität seit 25 Jahren unbekannt waren. Die düstere Warnung, dass wir an der Schwelle eines neuen Kalten Krieges stehen, droht zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu werden.

Diesem Reflex dürfen wir nicht nachgeben. Es erscheint absurd, die Geister des Kalten Krieges wieder heraufbeschwören zu wollen. Der Kalte Krieg soll dort bleiben, wo er hingehört: in den Geschichtsbüchern! Die Kräfte der Vernunft auf allen Seiten sind gefordert, sich Gehör zu verschaffen und realistische Exit-Szenarien aus

dieser nur scheinbar unvermeidbaren Entwicklung aufzuzeigen.

Man kann es sich jetzt natürlich leicht machen, die Schuld bei der Europäischen Union suchen und sagen, es hätte doch alles für uns vorhersehbar sein müssen.

Aber seien wir ehrlich: wer hätte vorhersehen können, dass nach sechsjährigen Verhandlungen der ukrainische Präsident Janukowitsch die Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens verweigern würde und dass die daraufhin einsetzende Maidan-Bewegung so stark werden und den Präsidenten dazu bringen würde, das Land zu verlassen? Wer hat damit gerechnet, welche Ängste das in der russischen Führung freisetzt, die daraufhin die Krim annektiert und im Osten der Ukraine nicht nur Separatisten unterstützt, sondern sogar russische Soldaten einsetzt?

Trotz der Dramatik der Krise war es ganz entscheidend, dass die EU von Anfang an klargestellt hat, dass es kein militärisches Einschreiten geben wird. Dies hätte unabsehbare Auswirkungen gehabt. Zugleich haben wir deutlich gemacht, dass wir diesen eklatanten Bruch des Völkerrechts durch Russland nicht hinnehmen werden. Denn die Vorgangsweise Russlands verletzt nicht nur die Grundsätze der UNO-Charta, der OSZE und des Europarats, sie steht auch im Widerspruch zu allem, wofür die europäische Integration steht: Rechtsstaatlichkeit statt Willkür, freie Demokratie statt Recht des Stärkeren, Überwindung alter Gräben statt Schüren neuer Konflikte. Die EU kann und wird nicht wegsehen oder zur Tagesordnung übergehen. Die Sanktionen waren daher gerechtfertigt und notwendig.

Neben der unmittelbaren Reaktion auf das russische Verhalten müssen wir aber auch langfristige Lösungsansätze entwickeln. Dazu sind funktionierende Dialogschienen mit Moskau und Kiew erforderlich sowie die offene Auseinandersetzung mit den der Krise zugrundeliegenden Spannungsfeldern und Interessenslagen.

Drei Punkte erscheinen mir dabei wesentlich:

Erstens: Unser Ziel ist eine geeinte und prosperierende Ukraine, in der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte herrschen und die geordnete Beziehungen zu ihren Nachbarn hat.

Dafür muss die Ukraine große Reformanstrengungen unternehmen. Es gibt für mich keinen rationalen Grund, warum Russland sich davor fürchten sollte.

Russland muss dabei eines klar sein: Es war nicht „der Westen“, der die ehemaligen Partner des Warschauer Paktes dazu gedrängt hat, sich in die EU, in die NATO zu begeben und am Westen zu orientieren. Diese Länder haben diese Entscheidung selbst aus freien Stücken getroffen. Russland muss sich die Frage gefallen lassen, warum sich viele dieser Staaten abwenden. Oder glaubt jemand tatsächlich, dass wirtschaftlicher Druck und militärische Gewalt geeignete Mittel sind, um langfristige Partnerschaften aufzubauen?

Die EU darf in diesem Punkt keinesfalls zurückschrecken. Sie muss ihre Politik basierend auf dem Respekt der Souveränität anderer Staaten und der Unverletzlichkeit ihrer Grenzen konsequent fortsetzen und weiterhin Länder in ihrer Nachbarschaft dabei unterstützen, sich in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu entwickeln. Dies wurde auch im Rahmen des „Marches der Würde“ in Kiew zum Gedenken an die Opfer der Proteste auf dem „Majdan“ vor einem Jahr wieder deutlich zum Ausdruck gebracht. Die EU steht an der Seite der Ukraine.

Zweitens: Die gewaltsame Reaktion Russlands in der Ukraine hat das europäische Sicherheitssystem erschüttert. Die Konsequenzen daraus betreffen neben EU und NATO vor allem auch die OSZE. Die OSZE spielt insbesondere eine wichtige Rolle bei allen Bemühungen zur Sicherung eines Waffenstillstandes sowie einer nachhaltigen Befriedung der Ukraine. Die Konsequenzen des Ukraine-Konflikts werden die Arbeit der kommenden Vorsitze der OSZE – Serbien, Deutschland und Österreich – prägen. Dabei muss uns bewusst sein, dass es nachhaltige Sicherheit in Europa nur mit und nicht gegen Russland geben kann. Auch für Russland ist Sicherheit langfristig nur mit und nicht gegen Europa möglich.

Es muss dabei die souveräne Entscheidung jedes Staates bleiben, wie er seine Sicherheitspolitik gestaltet, ob er sich einem Militärbündnis anschließt, Bündnisfreiheit oder Neutralität wählt. Das ukrainische Streben in Richtung NATO gepaart mit der neuen russischen Militärdoktrin ergibt allerdings ein gefährliches Amalgam, das

nicht zur Entspannung der Situation beiträgt. Ich bezweifle, ob diese Entwicklungen geeignet sind, der Ukraine langfristig jene Sicherheit und Stabilität zu geben, die sie sich zu Recht wünscht.

»Russland ist und bleibt der größte Nachbar der EU.«

Drittens: Russland ist und bleibt der größte Nachbar der EU. Es wäre nicht zielführend, würden sich die EU und die Eurasische Wirtschaftsunion voneinander abgrenzen und als wirtschaftliche Blöcke neue Trennlinien durch Europa ziehen. Im Rahmen der Östlichen Partnerschaft und der Eurasischen Wirtschaftsunion sollten kompatible Formen der Kooperation erarbeitet werden, die nicht nur den jeweiligen Mitgliedstaaten, sondern auch anderen Staaten offenstehen.

Es geht letztlich darum, die Länder in Osteuropa und im Südkaukasus nicht vor eine Zerreißprobe im Sinne eines „entweder Europa – oder Russland“ zu stellen, sondern zu einer Politik des „sowohl – als auch“ zu finden. Die Stimmen, die für einen Dialog zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion eintreten, werden lauter. Dafür werde auch ich mich weiterhin klar aussprechen.

Fernziel könnte die Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone sein, die ein wirtschaftliches Dach von Lissabon bis Wladiwostok bieten würde. Der Weg dorthin ist sehr lang und setzt voraus, dass alle Beteiligten tatsächlich an konstruktiven Ergebnissen interessiert sind. Ich bin überzeugt, dass am Ende des Tages alle davon profitieren würden.

»Blockdenken bringt uns nicht weiter.«

Wir stehen vor einer der schwersten Krisen auf unserem Kontinent seit Jahrzehnten. Hier gibt es keine Sofortlösung. Aber eines ist klar: Blockdenken bringt uns nicht weiter. Ja, Russland ist Teil des Problems. Und ja, Russland muss daher auch Teil der Lösung sein.

»Die gewaltsame Reaktion Russlands in der Ukraine hat das europäische Sicherheitssystem erschüttert.«

Sebastian Kurz

ist seit 2013 Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres der Republik Österreich. Neben seinem Ministeramt ist er zudem stv. Obmann der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und Obmann der Jungen Volkspartei (JVP). 1986 in Wien geboren ist er der jüngste Außenminister der EU-28.





Martin Jäger

Die Weltpolitik folgt nicht immer dem deutschen Drehbuch

Die deutsche Rolle in der Welt

Ein Bergisdorf entscheidet, seine Verbindungen mit dem Tal zu kappen. Dort unten tun sich unguete Dinge, man möchte nicht hineingezogen werden, in was sich anbahnt. Und tatsächlich, die Dinge im Tal entwickeln sich schlecht. Den Dorfbewohnern ist es gleich, sie leben zufrieden und glücklich in ihrer Abgeschlossenheit. Bis die Ereignisse im Tal sich gegen das Dorf wenden. Dann ist es bald vorüber mit dem vermeintlichen Idyll auf der Höhe.

Keine schöne Wendung.

Der Jammer ist groß.

Die guten Leute im Dorf hätten es besser wissen können. Sie wollten nicht wahrhaben, was von Beginn an absehbar war. Genauso wird es womöglich einmal uns Deutschen ergehen.

Wir sind die glücklichen Bergbewohner.

Während um uns herum die Welt aus den Fugen gerät, kümmern wir uns lieber um unsere eigenen Angelegenheiten. Vielleicht, weil wir noch nicht bemerkt haben, was da draußen in der Welt tatsächlich geschieht. Oder eher, weil wir nicht bemerken wollen, dass wir in zunehmend unsicheren Zeiten leben.

Doch langsam.

Hier kann es sich doch nur um eine Verwechslung handeln. Deutschland – die erfolgreiche Exportnation – hat sich ganz sicher nicht von der Welt abgewandt. Zu all unseren Nachbarn pflegen wir freundschaftliche Beziehungen. Niemals in seiner Geschichte war Deutschland international enger verflochten. Auch an der Lösung aktueller Konflikte – von der Ukraine bis Afghanistan – beteiligen wir uns tatkräftig.

Wir dürfen also ruhig ein bisschen stolz auf uns sein. Wir Deutsche haben die Lektionen unserer Geschichte gelernt und tatsächlich auch verinnerlicht. Wir sind ein geachtetes Mitglied der Völkerfamilie. Nach vollbrachter nationaler Einheit, gelungener Sozialreform und überstandener Finanzkrise leben wir in grundsoliden Umständen. Die Wirtschaft wächst, die Ausfuhren erklimmen immer neue Rekordmarken. Mehr Menschen haben hierzulande Arbeit als je zuvor. Unsere Staatseinnahmen sind auskömmlich, im

vergangenen Jahr hatten wir erstmals seit den sechziger Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen.

»Keine Generation vor uns hat es in Deutschland besser gehabt.«

Leben wir heute nicht tatsächlich in der besten aller deutschen Welten? Sagen wir es ruhig: Keine Generation vor uns hat es in Deutschland besser gehabt. Und als wäre all dies nicht genug, in immer neuen Umfragen werden wir weltweit unter die beliebtesten Länder eingereiht. Wären wir Deutsche nicht von Natur aus eher Pessimisten, wir hätten allen Grund, in Zuversicht auszubrechen.

Sind wir in Wahrheit nicht längst so etwas wie eine strahlende „city upon the hill“?

Was also soll der schiefe Vergleich mit dem isolierten und selbstvergessenen Dorf im Hochgebirge, das eingeholt wird von den Ereignissen im Tal?

Deutschlands Rolle in Europa und der Welt, so scheint uns, wandelt sich mit fast schon atemberaubender Geschwindigkeit. Seit den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entfaltete unsere Außenpolitik sich konsequent in einem multilateralen Rahmen. Europäische Einigung, Nato, KSZE und Vereinte Nationen sind die Stichworte. Wir verfolgten nur mittelbar unsere nationalen Interessen, stellten uns immer zuallererst in den Dienst der gemeinsamen Sache. Für ein Land, das sich seinen Weg zurück in die Völkerfamilie nach 1945 erst mühselig wieder bahnen musste, war das nur folgerichtig.

Gerade weil dieser Ansatz so erfolgreich war, und wir im internationalen Maßstab ein überaus leistungsstarkes Mitglied der Völkerfamilie sind, stehen wir nun vor einer ganz neuen Aufgabe: Von Deutschland werden plötzlich, militärisch wie zivil, Führung und zusätzlicher Einsatz erwartet. Das behagt uns nicht. Wir tun uns schwer damit.

Entsprechend vorsichtig waren die ersten Schritte, im Kosovo, in Afghanistan. Gemeinsam mit Frankreich verweigerten wir uns dem Irakkrieg 2003.

Die Enthaltung bei der Intervention in Libyen oder unsere zögerliche Haltung angesichts des französischen Eingreifens im Mali zeigen, wie eng wir bis vor Kurzem die Grenzen unseres Engagements zogen. Die Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga markieren einen Wendepunkt. Demnächst werden wir vielleicht auch Waffen in die Ukraine liefern.

Deutschland nimmt in der Außenpolitik endgültig Abschied vom Denken Genschers. Doch das ist nur der Anfang. Wir werden uns international in neuer Weise engagieren müssen. Mit allen Konsequenzen. Das demokratische und freiheitliche Deutschland verdankt seinen Wiederaufstieg dem Schutz des amerikanischen Atomschirms und des Artikel 5 des NATO-Vertrags.

Womöglich werden die Balten von uns schon bald die gleiche Solidarität einfordern, auch dann, wenn dies mit Risiken für uns verbunden ist. Davon will man hierzulande wenig wissen. Die Dinge werden sich schon zum Guten wenden, so die inständige Hoffnung. Doch was, wenn nicht?

Deshalb müssen wir jetzt beginnen, uns auf diesen Fall vorzubereiten. Am Anfang stehen symbolische Schritte. Warum begibt sich ein amerikanischer Panzerkonvoi auf Friedensfahrt durch das Baltikum und durch Osteuropa und nicht die deutsch-französische Brigade?

Auch auf europäischer Bühne haben die Dinge sich im letzten Vierteljahrhundert einschneidend verändert. Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden brachten die europäische Verfassung zu Fall. Mit ihr endete die Kohl'sche Vision eines föderalen Europa. Die europäische Staatsschuldenkrise nach 2009 setzte die Gemeinschaftswährung einer existenziellen Belastungsprobe aus. Erforderlich wurde ein deutsches Engagement in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß. Die Eurozone wurde zur Haftungsgemeinschaft. Deutschland schulterte den größeren Teil der Lasten. Es gelang, die Kernschmelze des Euro abzuwenden. Um den Euro herum bildet sich ein fester Kern von Mitgliedstaaten.

Die neuen Instrumente, die in der Krise geschaffen wurden, gründen jedoch allesamt auf intergouvernementalen Abmachungen und sprengen damit den bisherigen gemeinschaftlichen Rahmen. Auch das Ursprungsdilemma der

Währungsgemeinschaft bleibt ungelöst: Wie können Staaten eine gemeinsame Währung haben und gleichzeitig eigene nationale Wirtschafts-, Haushalts- und Sozialpolitiken verfolgen?

Hier werden wir zu neuen, mutigen Ansätzen kommen müssen. Auch wenn sich mit Europa derzeit wohl nirgendwo Wahlen gewinnen lassen: Deutschland wird sich auf weitreichende Weise europäisch neu verpflichten müssen, wenn wir den Euro dauerhaft bewahren wollen. Doch damit nicht genug.

Wir werden uns sehr viel aktiver mit den Entwicklungen der Weltwirtschaft auseinandersetzen müssen, als wir dies in der Vergangenheit getan haben. Die Finanzkrise nach 2007 ist nur scheinbar dauerhaft überwunden. Zwar haben die USA die Rückkehr in die Arena mit Bravour geschafft. Doch der globale Boom, getragen durch die Rückkehr Chinas und zahlreicher Schwellenländer in den Weltmarkt, kommt an seine Grenze. Im besten Fall wird sich eine neue Normalität abflachender Wachstumsraten einstellen. Kritiker warnen vor „secular stagnation“, das Schreckgespenst der Deflation wird beschworen.

In Reaktion auf solche Szenarien hat die expansive Geldpolitik der Notenbanken weltweit zu einem gigantischen Überhang an Liquidität geführt. Es droht die Gefahr neuer Blasen und in der Folge neuer Schuldenkrisen. Zugleich erleben wir, wie die Digitalisierung immer neue Produktivitätssprünge und Geschäftsmodelle hervorbringt. Die Weltwirtschaft geht durch einen fundamentalen Umbruch, die Zyklen beschleunigen sich mit jeder Runde.

Das sind Entwicklungen, die das deutsche Wirtschaftsmodell im Kern berühren. Vierzig Prozent unserer jährlichen Wirtschaftsleistung werden im Export erbracht. Unser Land verzeichnet einen historisch hohen Leistungsbilanzüberschuss. Wir sind den Entwicklungen der Weltwirtschaft so sehr ausgeliefert wie kein anderes Land unserer Größe.

Doch damit nicht genug: Wir haben alle Hände voll zu tun, um unsere Sozialsysteme auf die beginnende Alterung und Schrumpfung unserer Gesellschaft auszurichten. Die Spielräume hierfür erarbeiten wir uns auf der globalen Bühne. All das macht uns gefährlich verwundbar.

»Wir sind den Entwicklungen der Weltwirtschaft so sehr ausgeliefert wie kein anderes Land unserer Größe.«

Ein Scheitern der chinesischen Reformpolitik unter Präsident Xi Jinping hätte für uns gravierende Folgen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wohin sich Brasilien entwickelt. Wir haben ein substantielles Interesse an einer prosperierenden Türkei. Wir sind existenziell auf freie Seewege, eine stabile internationale Ordnung und einen liberalen Welthandel angewiesen. Stattdessen leisten wir uns eine abstruse Debatte darüber, ob Europa ein Freihandelsabkommen mit den USA abschließen soll.

Wir begreifen kaum, dass China und Kalifornien unsere Wettbewerber sind, nicht Griechenland oder Belgien. Wir blenden aus, dass die Quellen unseres Wohlstands immer wieder neu erschlossen und gesichert werden müssen. Schlüsseltechnologien wie Kerntechnik, Genforschung oder die Biotechnologie verabschieden sich aus unserem Land.

Unverdrossen kreativ sind wir dagegen darin, immer neue soziale Transferleistungen zu ersinnen. In unternehmerischen Kategorien gesprochen: Wir denken weniger an künftigen Cash-Flow, setzen lieber auf Dividendenzahlungen in der Gegenwart. Wir sollten Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und gesteigerte Produktivität nicht nur rhetorisch zu unseren ersten Zielen machen. Stattdessen führen wir selbstverliebte Binnendebatten, die nirgendwo sonst auf der Welt verstanden werden.

»Ärgerlich nur, dass sich die Welt um uns herum nicht nach den Kategorien unserer kollektiven Gemütsverfassung ordnet.«

Die Deutschen schätzen die „splendid isolation“. Ärgerlich nur, dass sich die Welt um uns herum nicht nach den Kategorien unserer kollektiven Gemütsverfassung ordnet. Diese Welt folgt ihren eigenen, teils schmerzhaften Gesetzen. Das verdeutlicht nichts eindringlicher als der große Bürgerkrieg in der arabischen Welt. Unsere südliche Nachbarschaft ist in Aufruhr. Kippen nun auch

noch Ägypten, Algerien oder Marokko, die Folgen wären dramatisch. Der islamistische Terror greift längst nach Europa aus, den Großteil seiner Untaten begeht er aber tagtäglich in der Region selbst. Nationalstaaten wanken, Grenzen und ganze Großräume werden nahezu unkontrollierbar. Ein Strom von Flüchtlingen ist die Folge. Die europäische Mittelmeerpolitik braucht einen kraftvollen Neuanfang.

Im Auswärtigen Amt hat man begonnen, sich mit den Aufgaben, die uns künftig gestellt sind, auseinanderzusetzen. Unter dem Titel „Review 2014“ wurde unser diplomatisches Instrumentarium selbstkritisch hinterfragt und auf die zukünftigen Anforderungen ausgerichtet. Eine neue Abteilung für Stabilisierung wird der Tatsache Rechnung tragen, dass wir zunehmend mit zerfallenden Staatswesen konfrontiert sind, wo Teile der staatlichen Aufgaben von außen übernommen und die Konfliktparteien wieder zueinander gebracht werden müssen. Außerdem sollen vermehrt junge Diplomaten eingestellt werden, die nichtdeutsche Wurzeln haben. Auch dies ist längst überfällig. Damit sind erste wichtige Schritte gemacht.

Im Planungsstab am Werderschen Markt weiß man jedoch sehr gut, dass es damit nicht getan ist. Wir brauchen in Deutschland ein neues Verständnis unserer internationalen Interessen und Verpflichtungen. Aber davon sind wir noch ein gutes Stück entfernt. Uns fehlt eine echte, wo nötig auch kontroverse außenpolitische Debatte.

Das ist zuallererst eine Aufgabe der Eliten. Doch Deutschland hat keine „strategic community“, wie es sie in Amerika gibt. Der Wechsel zwischen Think Tanks, Regierung, Bürokratie und Unternehmen ist bei uns nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Die Stimme von Institutionen wie der Atlantik-Brücke oder der Stiftung Wissenschaft und Politik wird zu selten gehört.

Doch die Welt wartet nicht auf uns.

Von Deutschland wird mehr Einsatz, sogar Führung erhofft. Weltweit und in Europa. Heute, nicht morgen.

Dem zu entsprechen, ist nicht einfach. Wir müssen besser akzeptieren lernen, dass eine Führungsrolle zusätzliche Kosten mit sich bringt, finanziell, womöglich auch in Menschenleben.

Dazu zählt auch, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, zu führen und immer und überall gleichermaßen beliebt zu sein. Das ist unser amerikanisches Dilemma. Wir müssen besser damit umgehen lernen. Falsche Zurückhaltung schafft nur Zweideutigkeit und Verwirrung.

»Falsche Zurückhaltung schafft nur Zweideutigkeit und Verwirrung.«

Am Ende muss es vor allem gelingen, demokratische Mehrheiten zu finden. Ein Wahlkampf um den Euro oder die Ukraine-Politik ist derzeit kaum vorstellbar. Das liegt nicht nur daran, dass unter den im Bundestag vertretenen Parteien – mit Ausnahme der Linken – in der Außenpolitik

traditionell Übereinstimmung herrscht. Vielleicht schrecken wir auch einfach davor zurück, die letzten Fragen aufzuwerfen.

Mourir pour Tallinn, Vilnius et Riga?

Solche Szenarien stellen sich nicht, hört man in Berlin. Wir wollen es hoffen. Trotzdem müssen wir darauf vorbereitet sein, dass die Weltpolitik nicht dem deutschen Drehbuch folgt. Dafür gibt es derzeit allerdings zu wenig Bereitschaft. Seien wir ehrlich: Haben wir es uns im Gebirgsdorf Deutschland nicht doch behaglich eingerichtet? Setzen wir in Wahrheit nicht doch darauf, dass alles so bleibt, wie es ist, sich schon gar nicht zum Schlechteren wendet?

Damit dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Zu gewaltig sind die Umbrüche auf der Welt, zu groß die Erwartungen an unser Land.



Martin Jäger

ist seit Ende des vergangenen Jahres Leiter der Abteilung „Strategie und Kommunikation“ im Bundesministerium der Finanzen.

Zuvor war der ausgebildete Diplomat von 2013 bis 2014 deutscher Botschafter in Kabul, von 2008 bis 2013 Leiter „Politik und Außenbeziehungen“ der Daimler AG und von 2005 bis 2008 Sprecher des Auswärtigen Amtes.



Roderich Kiesewetter

Deutsche Außenpolitik – wieviel Bismarck brauchen wir?

„Wieviel Bismarck steckt in Deutschlands Außenpolitik?“ – so hat der Historiker Guido Knopp kürzlich in einer Diskussionsrunde mit hochrangigen Vertretern seines Fachs gefragt. Sich dieser Frage zu widmen bedeutet, im 200. Geburtsjahr des großen deutschen Staatsmanns und Reichsgründers vermintes politisches Gelände zu betreten. Waren die autoritären Züge des deutschen Staates nicht bereits deutlich unter Bismarck angelegt? Kann man einem Staatsmann huldigen, dessen innenpolitisches Selbstverständnis von der preußischen Monarchie geprägt war?

In den Vereinigten Staaten geht man sehr viel unbefangener mit dem ersten Reichskanzler um. Auf den Curricula amerikanischer Eliteuniversitäten darf Bismarck als Meisterstrategie neben Sunzi, Thukydides oder Macchiavelli nicht fehlen. In Gesprächen mit amerikanischen Außenpolitikern tritt die Verehrung gegenüber dem „Eisernen Kanzler“ stets zum Vorschein.

Aber auch hierzulande seien die „Lehren des Otto von Bismarck“, so stellte es das Handelsblatt kürzlich fest, „200 Jahre nach seiner Geburt gefragter denn je.“ In der Tat: Bismarcks zentrale Frage – welche Rolle kann und sollte Deutschland als stärkstes Land in Europa spielen – ist auch heute von hoher Relevanz. Deutsche Historiker argumentieren, dass Deutschland sich in einer ganz ähnlichen „halbhegemonialen“ Stellung wie das Bismarck-Reich befindet. Heute wird auf der einen Seite zu viel ökonomische Führung als deutsche Dominanz gewertet, die Widerstände weckt; auf der anderen Seite wird mangelnde Führung beklagt, wenn Deutschland sich im verteidigungspolitischen Bereich nicht seinem Gewicht entsprechend engagiert.

Lehren

Was aber bringt der Rückblick auf Bismarck, wenn sich unsere außenpolitischen Traditionen seit 1945 grundlegend verändert haben und nunmehr ein wertbasierter Multilateralismus, der die nationalstaatliche Orientierung des 19. Jahrhunderts als Wurzel vielen Übels identifiziert hat, Grundlage unserer Außenpolitik ist? Ich meine, dass einige Prinzipien Bismarckscher Außenpolitik und Charakteristika des internationalen Systems nach wie vor von Bedeutung sind. Wie das Bismarck-Reich sind auch wir eine „Status Quo“-Nation, der an der Aufrechterhaltung des

internationalen Systems gelegen ist. Wie im 19. Jahrhundert gilt auch heute, dass sich nicht alle politischen Konflikte auf friedliche Weise lösen lassen. Auf Grundlage dieser Beobachtungen lassen sich wenigstens sechs Anmerkungen zur jetzigen außenpolitischen Debatte machen, bei denen Bismarcks Ideen von Relevanz sind.

»Der deutsche Pazifismus ist eine manchmal ziemlich selbstgerecht vorgetragene historische Errungenschaft.«

Erstens stünde es unserer Außenpolitik gut zu Gesicht, Forderungen nach einer grundsätzlichen Ablehnung militärischer Mittel in der Außenpolitik skeptisch zu betrachten. Als in Deutschland über die Lieferung von Waffen an die Peschmerga im Irak diskutiert wurde, sagte Dietmar Bartsch von der Fraktion Die Linke: „Ich finde, dass in der Region schon genug Waffen sind.“ Dass diese sehr einseitig verteilt waren und Tausende Jesiden den Terroristen schutzlos gegenüberstanden, spielte in der Argumentation fast keine Rolle.

Der deutsche Pazifismus ist eine manchmal ziemlich selbstgerecht vorgetragene historische Errungenschaft, aber wie zu Zeiten Bismarcks basieren die Fragen der Zeit auch heute auf militärischen Fähigkeiten. So definieren sich westliche Demokratien zwar über ein werteorientiertes Korsett bestehend aus Demokratie und Rechtsstaat. Allerdings sind unsere freien Gesellschaften ohne die notwendige militärische Komponente im Sinne von Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit im Hinblick auf die autokratischen globalen Tendenzen stark gefährdet.

Der Politikwissenschaftler Christian Hacke hat daher festgestellt, dass eine stabile Weltordnung nur erreicht werden kann, „wenn im Umgang mit „klassisch machtpolitisch“ ausgerichteten Staaten auch die demokratischen Zivilmächte willens sind, alle Mittel zur Selbstbehauptung zu mobilisieren. Etwas mehr Bismarck und weniger Habermas wäre wünschenswert.“

Insofern ist auch beim derzeitigen Weißbuchprozess und der Frage nach neuen deutschen außenpolitischen Schwerpunkten zunächst zu betonen, dass Präferenzen in der Außenpolitik nur mit einer funktionsfähigen Bundeswehr und Rüstungsindustrie verfolgt werden können.

Daraus ergibt sich zweitens, dass eine mit Bedacht gewählte militärische Diplomatie bei der Durchsetzung unserer Ziele von Bedeutung sein kann. Bismarck hat stets vor einem Rüstungswettlauf mit Großbritannien gewarnt und die Inbesitznahme von Kolonien abgelehnt. Gleichzeitig war Bismarck von der Signalwirkung militärischer Abschreckung überzeugt: „Je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist der Krieg“. Im letzten Jahr hat der kürzlich mit der Manfred-Wörner-Medaille ausgezeichnete, ehemalige Diplomat Wolfgang Ischinger ganz ähnlich festgestellt, dass „militärische Macht kein Problem allein lösen kann, aber sie kann als Teil einer politischen Strategie – im Rahmen von coercive diplomacy – ein wesentliches Instrument zur Schaffung oder Wahrung des Friedens sein.“ Im Umkehrschluss kann das Ausschließen militärischer Optionen die Eskalation eines Konfliktes herbeiführen.

Aus der militärischen Komponente deutscher Außenpolitik ergeben sich dabei neue Instrumentarien deutscher Diplomatie wie beispielsweise die zivile Krisenprävention. Auch kann die Entsendung des eigenen Militärs zur Rückversicherung („reassurance“) ein wertvolles Mittel der „soft power“ eines Staates sein oder die schiere Präsenz militärischer Macht Friedensordnungen stabilisieren.

»Letztlich ist das Deutsche Reich an seiner ambivalenten Haltung gegenüber den Westmächten gescheitert.«

Drittens muss der außenpolitische Schlingerkurs Bismarcks und insbesondere seiner Nachfolger als ständige Warnung bezüglich der Gefahren einer deutschen Entkoppelung von unseren westlichen Partnern und Verbündeten sein. Letztlich ist das Deutsche Reich an seiner ambivalenten Haltung gegenüber den Westmächten gescheitert. Die

Gefahr einer Entwestlichung spielt in der öffentlichen Debatte heute fast keine Rolle. Dennoch warnen Experten eindringlich vor einem abermaligen außenpolitischen deutschen Sonderweg. Der Historiker August Winkler antwortete auf die Frage, ob die Westbindung noch gelte: „Es besteht jedenfalls Anlass zum Zweifel. Eine starke Minderheit stellt faktisch wesentliche Elemente unserer Westorientierung infrage [...]. Das finde ich beunruhigend.“

Viertens kann Bismarcks diplomatisches Vermögen als Inspiration künftiger deutscher Außenpolitik dienen. Der 1944 in Berlin-Plötzensee ermordete Widerständler Ullrich von Hassel hat kurz vor seinem Tod geschrieben, dass „Bismarck es verstanden hat, in einziger Weise in der Welt Vertrauen zu wecken. [...] In Wahrheit waren die höchste Diplomatie und das Maßhalten seine größte Stärke.“

Die Ukrainekrise hat gezeigt, dass Diplomatie in Zeiten atomarer Rüstung weiterhin relevant bleibt, ja dass die Bedeutung von Treffen nationaler Staatschefs gar zugenommen hat. Wie Bismarck ist auch Angela Merkel der „Lotse“ in Zeiten europäischer Krisen. Die Kanzlerin reiste im Februar zwischen Russland, der Ukraine und den USA hin und her und erreichte sowohl einen Aufschub der Waffenlieferungsideen wie einen Waffenstillstand in der Ukraine. Die Bundesregierung bemüht sich dabei um die Aufrechterhaltung von Stabilitätspolitik und akzeptiert gleichzeitig eine politische Führungsrolle samt ihrer Unbequemlichkeiten, die zugleich an der internationalen Integration festhält sowie die Perspektiven und Bedürfnisse der anderen nicht aus dem Auge verliert.

Fünftens hat es Bismarck vermocht, die Wahrnehmungen anderer Staaten zu schätzen. Während es der Reichskanzler verstand, die Nuancen anderer Sichtweisen zu begreifen und diese in eine zurückhaltende Außenpolitik übersetzte, waren seine Nachfolger eher von innenpolitischem Kalkül getrieben. Auch heute gibt es eine Tendenz, innenpolitische Faktoren in die Formulierung deutscher Außenpolitik mit einfließen zu lassen. Sie dürfen aber nicht in das Zentrum der außenpolitischen Zielsetzung rücken, weil dies auf breites Unverständnis unter unseren Partnern stößt und die Formulierung einer langfristigen außenpolitischen Strategie erschwert.

»Die Ukrainekrise hat gezeigt, dass Diplomatie in Zeiten atomarer Rüstung weiterhin relevant bleibt.«

So hat Wolfgang Ischinger festgestellt, dass das, was für weite Teile der deutschen Öffentlichkeit eine bewahrenswerte „Kultur der Zurückhaltung“ ist, bei unseren Partnern oftmals als „Kultur der Zurückweisung“ betrachtet wird. Mehr Sensibilität gegenüber unseren (osteuropäischen) Verbündeten würde uns gut zu Gesicht stehen.

»Mehr Sensibilität gegenüber unseren (osteuropäischen) Verbündeten würde uns gut zu Gesicht stehen.«

Schlussendlich kann uns Bismarcks realpolitischer Ansatz helfen, unsere eigenen Interessen noch stärker herauszustellen und einen nüchternen Blick auf die internationalen Entwicklungen zu wahren. So hat Christian Hacke bemängelt, dass es Deutschland oftmals an einem „geopolitischen Kompass“ fehlen würde.

Eine stärkere geopolitische Betrachtungsweise bedeutet dabei keineswegs, dass Deutschland sich als „Zivilmacht“ nicht mehr für die Verbesserung humanitärer Lebensumstände bemühen sollte.

Auf längere Sicht bedarf es aber einer Koppelung zwischen humanitären und demokratisch-rechtsstaatlichen Zielsetzungen und unseren Interessen. In Fragen der derzeitigen Vertreibungen und Flüchtlingsströme ist der Versuch einer Stabilisierung Afrikas und des Mittleren Ostens in unserem unmittelbaren Interesse, weil sie den Druck auf unsere Aufnahmekapazitäten von Asylsuchenden mindert.

Dass der Versuch einer Verbreitung demokratischer und rechtsstaatlicher Systeme jedoch nicht immer mit einer Verbesserung von Sicherheit einhergeht, haben wir im Arabischen Frühling auf dramatische Weise erfahren müssen.

Realpolitische und realistische Ansätze täten uns auch in anderen Bereichen gut. So existiert bei großen Teilen der Bevölkerung und außenpolitischer Experten ein diffuses Verständnis für russische Völkerrechtsbrüche. Oftmals wird dabei Russland als das Opfer westlicher Aggression dargestellt. Diese Sichtweise verkennt die

Intentionen russischer Machtinteressen in Osteuropa, die Bismarck trotz seiner Bündnispolitik mit Moskau stets im Blick hatte.

Auch bezüglich der europäischen Integration müssen wir uns trotz aller Idealvorstellungen im Klaren sein, dass der Wunsch des Tandems Kohl-Genscher, Deutschland in Europa aufgehen zu lassen, derzeit unrealistisch erscheint und nicht dem Mehrheitswunsch unserer europäischen Partner entspricht.

Aussichten

Daraus ergibt sich keineswegs eine Rückbesinnung auf die außenpolitischen Traditionen und Orientierungen des Deutschen Reiches. Dafür sind wir viel zu stark in die multilateralen und supranationalen Strukturen der atlantischen Allianz und der europäischen Integration eingebunden. „Deutsche Außenpolitik“, so hat Professor Thomas Risse von der Freien Universität Berlin zu Recht festgestellt, „kann nur im europäischen Verbund wirken oder sie scheitert.“ Für eine zukunftsorientierte europäische Vision ist Konrad Adenauer daher viel zentraler als Bismarck.

»Für eine zukunftsorientierte europäische Vision ist Konrad Adenauer viel zentraler als Bismarck.«

Dennoch kann ein Rückgriff auf Bismarck zum 200. Geburtstags des „Eisernen Kanzlers“ die außenpolitischen Debatten hinsichtlich unseres sicherheitspolitischen und regionalen Engagements, unserer internationalen Aufgaben und der nötigen militärischen und zivilen Instrumente im Einklang mit unseren Bündnispartnern befruchten. Dies gilt insbesondere im Bereich der internationalen Diplomatie, der Rüstungspolitik und beim Einsatz militärischer Mittel als ultima ratio internationaler Politik.

Deutschland muss künftig mehr selbst gestalten und aktiver werden sowie neue Leitideen und Schlüsselinteressen entwickeln, die allerdings klug in Balance zum europäischen Gemeinschaftsinteresse gehalten und verfolgt werden müssen.

Einen möglichen Ansatz bietet der außenpolitische „Fünfklang“ von Interessen, Aufgaben, Instrumenten, Regionen und einer damit verbundenen angemessenen erläuternden strategischen Kommunikation.¹ Eine Eliten-Außenpolitik des 19. Jahrhunderts ist bei der Formulierung außenpolitischer Ziele im 21. Jahrhundert jedoch unzeitgemäß.

Bismarcks erzwungener Abgang unter Kaiser Wilhelm II. und die darauf folgenden Verwerfungen deutscher Diplomatie erinnern uns daran, dass Außenpolitik nicht auf eine einzige Person oder einen kleinen Personenkreis zugeschnitten sein sollte.

Es bedarf neben einer überfälligen jährlichen parlamentarischen Aussprache einer breiten gesellschaftlichen Debatte, um Deutschland gegenüber seiner Bevölkerung und seinen ausländischen Partnern dauerhaft als verlässlichen außenpolitischen Akteur zu platzieren. Hier sind deshalb auch die Verbände, Universitäten, Jugendoffiziere, Schulen und Think Tanks gefordert.

¹ vgl. Roderich Kiesewetter: „Die Gleichzeitigkeit von Krisen“ in *Business & Diplomacy*, Ausgabe 4/2014, S. 22



Roderich Kiesewetter MdB

ist Obmann für Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss.

Der Baden-Württemberger ist seit 2009 direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 270 Aalen-Heidenheim und Präsident des Deutschen Reservistenverbandes.



Carl-Philipp Sassenrath

Macht Verantwortung Recht

**Die deutsche Außenpolitik steht
auf dem Prüfstand**

„Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit.“ Seit diesem Appell des ehemaligen polnischen Außenministers Radoslaw Sikorski 2011 entfaltet sich eine Debatte um die Rolle Deutschlands in der Welt. Sie erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt mit den Beiträgen von Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014. Im Anschluss daran initiierte das Auswärtige Amt den Review 2014, der die deutsche Außenpolitik auf den Prüfstand stellen sollte. Die Diskussion kam bisher zu zwei grundsätzlichen Schlüssen: Deutschland ist einflussreich wie selten zuvor und daraus folgt eine gesteigerte Verantwortung für das Weltgeschehen.

Die beiden Prämissen – Macht und Verantwortung – werden hier nicht in Frage gestellt. Deutschland war nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Insbesondere durch seine Eigenschaft als Exportnation habe es sich von einer zivilen zu einer geoökonomischen Macht entwickelt, konstatiert Hans Kundnani vom Think-Tank „European Council on Foreign Relations“. Dem Begriff der Verantwortung wohnt inne, das gewonnene Machtpotential nicht bloß nutzen zu können, sondern es zum Wohle der Weltgemeinschaft einsetzen zu müssen. Es ist anzunehmen, dass mehr Verantwortung konkret vor allem auf ein Mehr an militärischer Präsenz hinauslaufen soll. Auch wenn die Bereitschaft der Bevölkerung hierzu in den letzten Monaten nachweislich gewachsen ist, ist die historisch bedingte Zurückhaltung immer noch tief verwurzelt. Deswegen stellt sich die Frage: Wie kann trotz gewachsener Einflussmöglichkeiten eine verantwortungsvolle und verantwortliche Machtausübung gewährleistet werden?

»Recht ist das verbindende Element zwischen Macht und Verantwortung.«

Die Antwort liegt in dem Begriff der Verantwortung selbst. Er bezieht sich nämlich nicht nur auf den Umfang des außenpolitischen Handelns im Sinne von „mehr Verantwortung übernehmen“. Er meint auch die Art und Weise des Handelns: verantwortlich. Verantwortlichkeit impliziert Rechtllichkeit. Damit wird Recht zum verbindenden

Element zwischen Macht und Verantwortung. Das Recht kann auf nationaler Ebene in der Form des Verfassungsrechts wie international durch das Völkerrecht als Stabilitätsanker wirken. Es lenkt die Machtausübung in Bahnen und kann Frieden schaffen. Damit dient es den primären Zielen deutscher Außenpolitik, wie sie der Review-Prozess bekräftigt hat: Krisen zu entschärfen, belastbare friedliche Ordnung herzustellen – und das von einem europäischen Rahmen ausgehend. Wenn nun politisch die Verantwortung gesteigert wird, muss die Gestaltung des Rechts dem angepasst werden. Denn Recht ist nicht einfach nur da. Es muss geschaffen und geformt werden. Für Deutschland bedeutet das eine Anpassung des Grundgesetzes, insbesondere der darin enthaltenen Wehrverfassung. Zudem könnte die deutsche Außenpolitik in stärkerem Maße zur Entwicklung des Friedenssicherungsrechts beitragen.

Aus verfassungsrechtlicher Sicht bestimmen drei Koordinaten die Frage militärischer Einsätze: ein weitgehendes Friedensgebot, die grundsätzliche Völkerrechtsfreundlichkeit sowie der Parlamentsvorbehalt. Die Entwicklung der deutschen Wehrverfassung hat drei Phasen durchlaufen. Die erste endete mit dem NATO-Beitritt und der Wiederbewaffnung. Die zweite schloss parallel zum Ost-West-Konflikt ab. Die dritte Phase dauert seitdem an und ist wesentlich von der Thematik des Parlamentsvorbehalts geprägt gewesen. An letzterem soll hier nicht gerüttelt werden.

Diesbezüglich stellt sich langfristig nur die Frage, wie dieser Parlamentsvorbehalt mit dem Ziel einer zunehmenden Europäisierung der Sicherheitspolitik in Einklang gebracht werden soll. Das Augenmerk gilt vielmehr den ersten beiden Elementen. Nach dem Grundgesetz sind bewaffnete Einsätze nur im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme oder zur Selbstverteidigung zulässig. Bei der jüngst vom Bundestag beschlossenen Ausbildungsmission im Irak ist dies fast zum Verhängnis geworden. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hatte den Einsatz gar für verfassungswidrig erklärt. Währenddessen war der Einsatz wegen einer ausdrücklichen Bitte der irakischen Regierung völkerrechtlich erlaubt. Doch das Verfassungsrecht überlagert das Völkerrecht: Das verfassungsrechtliche Friedensgebot zieht engere Grenzen als es völkerrechtlich nötig wäre. Die Völkerrechtsfreundlichkeit ist also nur soviel wert, wie es dem Verfassungsgesetzgeber behagt.

Tatsächlich ist damit nicht nur das Prinzip der Völkerrechtsfreundlichkeit, sondern auch das Friedensgebot selbst kompromittiert. Denn in heutigen Zeiten stellt das Friedensgebot zugleich Auftrag und Grenze deutscher Außenpolitik dar. Möchte Deutschland seiner neuen Verantwortung in der internationalen Gemeinschaft nachkommen, wird es Zeit, eine vierte Phase in der Entwicklung der Wehrverfassung einzuläuten.

»Das Friedensgebot stellt zugleich Auftrag und Grenze deutscher Außenpolitik dar.«

Den erweiterten verfassungsrechtlichen Handlungsmöglichkeiten kann mit einem verstärkten völkerrechtlichen Engagement ein Gegenimpuls gesetzt werden. Damit werden die Voraussetzungen eigenen Engagements definiert und ein Beitrag zur Gestaltung der internationalen Rechtsordnung geleistet. Das Friedenssicherungsrecht besteht aus einem grundsätzlichen Gewaltverbot und den Ausnahmegründen für militärische Einsätze, primär durch eine Ermächtigung des Sicherheitsrats oder die Ausübung des Selbstverteidigungsrechts.

Mancher mag einwenden, angesichts ständiger Verstöße taugten diese Grundsätze und das Völkerrecht insgesamt nur wenig. Jedoch funktioniert ein Großteil des Völkerrechts unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle mehr oder weniger reibungslos. Man denke an unzählige Abkommen und Regelungen zum Welthandel oder Flugverkehr. In den Worten Louis Henkins: „Almost all nations observe almost all principles of international law and almost all of their obligations almost all of the time.“

Die derzeitigen sicherheitspolitischen Herausforderungen durch den Terrorismus und das Auftreten Russlands verdeutlichen die dringende Notwendigkeit eines verstärkten Engagements für das Friedenssicherungsrecht. Das Völkerrecht versammelt die Öffentlichkeit hinter sich. Hierin besteht seine Sanktionsfunktion. Das haben das vergangene Jahr und die ständigen Bekräftigungen deutscher Politiker, Russland habe Völkerrecht gebrochen, gezeigt. Das ist auch die Grundlage für die Wirtschaftssanktionen. Eine

proaktive Völkerrechtspolitik eignet sich somit auch als Gegenkonzept zum Informationskrieg, wie er zunehmend von russischer Seite betrieben wird. Der Hoffnung auf Frieden in der Welt liegt der Gedanke zugrunde, „anstelle des Rechts des Stärkeren die Stärke des Rechts zu setzen“, betonte Außenminister Steinmeier 2014 vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Das Recht ist nicht von alleine stark. Es muss durch eine proaktive Völkerrechtspolitik gestärkt werden, um wirkungsvoll zu sein. Insofern stellt sich die Frage nach der Form einer solchen Völkerrechtspolitik. Weite Teile des Friedenssicherungsrechts sind gewohnheitsrechtliche Regeln, die durch eine stetige Staatenpraxis und eine begleitende Rechtsüberzeugung entstehen.

Staatenpraxis tritt meist in der Form von Präzedenzfällen auf. Das Völkerrecht wird dann zur Rechtfertigung nach der eigentlichen militärischen Handlung neugeschaffen. Recht ist Sprache und Sprache ist immer auslegungsbedürftig. Das Ringen um die Interpretation bestehender Regeln wohnt dem juristischen Prozess stets inne.

Aber durch die nachträgliche Neuerfindung wird der Eindruck des Völkerrechts als bloßem Vehikel politischer Machtausübung verschärft. Rechtschaffung ist immer ein politischer Prozess, das gilt auch für den Erlass nationaler Gesetze. Doch die Rechtsanwendung muss möglichst frei von solchen Erwägungen bleiben. Rechtschaffung und Rechtsanwendung sind zu trennen. Dem dient eine proaktive Völkerrechtspolitik durch vorbereitende und präventive Anstöße zu Rechtsentwicklungen, die parallel zu und kohärent mit den außenpolitischen Prozessen betrieben werden.

Diese Völkerrechtspolitik erfordert eine offene Kommunikation der Ziele und der Herangehensweisen sowie den richtigen Führungsstil. Verteidigungsministerin von der Leyen hat auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz bekräftigt, Deutschland wolle aus der Mitte führen. Damit wird Transparenz signalisiert und ein Bekenntnis zum Mehrheitsprinzip abgelegt.

Das sind gute Voraussetzungen einer proaktiven Völkerrechtspolitik. In Zusammenarbeit mit den engsten Partnern oder in Interessengemeinschaften lassen sich Erklärungen zu Normen des Friedensrechts verfassen.

Diese könnten in bilateraler Form, aber auch im Rahmen etwa der UN-Generalversammlung, des 2015 unter deutschem Vorsitz tagenden UN-Menschenrechtsrats oder des diesjährigen G7-Gipfels in Bayern angestoßen werden. Kaum ein Land wie Deutschland verfügt über derart breite außenpolitische Allianzen und kann dem völkerrechtlichen Entwicklungsprozess auf diese Weise Leben einhauchen. Dass die deutsche Herangehensweise für völkerrechtspolitische Projekte geeignet ist, hat die Vergangenheit – siehe den deutschen Beitrag zur Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofes – bereits bewiesen.

Welche Inhalte sollte eine proaktive deutsche Völkerrechtspolitik ins Auge fassen? Diskussionen über internationale Cybersicherheit kamen zuletzt nach dem nordkoreanischen Angriff auf Sony auf. Die zukünftige Bedeutung dieses Feldes ist offenkundig. Die NATO hat auf ihrem Gipfel in Wales einen ersten Schritt zu Erschließung dieses Rechtsgebietes getan. Dennoch besteht weiterhin breiter Regelungsbedarf.

Außenpolitisch Verantwortung zu übernehmen, kann in Zukunft verstärkt bedeuten, sich militärisch für bedrohte Bevölkerungsgruppen einzusetzen. Derartige humanitäre Interventionen sind ein völkerrechtlicher Dauerbrenner. Sie bezeichnen das Recht, auch ohne ein Mandat des Sicherheitsrats oder einen anderen Rechtfertigungsgrund militärisch einzugreifen, wenn schwerste Menschenrechtsverbrechen verübt werden. Der bekannte Präzedenzfall im Kosovo liegt einige Jahre zurück. Die damalige Praxis war jedoch weder von einer Rechtsüberzeugung begleitet – Deutschland äußerte sich sogar explizit negativ – noch haben die Ereignisse der vergangenen Jahre nachträglich dieses Rechtsinstitut herausgebildet. Zuletzt haben der syrische Bürgerkrieg und die Gräueltaten des Islamischen Staates das

Thema wieder in die Diskussion gebracht. Die Staatengemeinschaft hat gut daran getan, nicht durch einen weiteren Präzedenzfall und nachträgliche Rechtfertigungen die Rechtsetzung anzugehen. Das könnte andere Staaten provozieren, sich missbräuchlich auf die humanitäre Intervention zu berufen. Aber die Realität liefert immer neue Gründe, über das rein politische Konzept der „responsibility to protect“ hinaus den Rechtsgrund einer humanitären Intervention zu etablieren. Der Schutz des Individuums muss im Mittelpunkt der Völkerrechtspolitik stehen. Die Frage der humanitären Intervention sollte in einem Akt vorhersehender Rechtsetzung durch eine Mehrzahl von Staaten initiiert werden, in dem die einzelnen engen Voraussetzungen für eine humanitäre Intervention definiert werden.

Eine proaktive Völkerrechtspolitik ergänzt und begrenzt Außenpolitik. Sie trägt damit zur Friedensschaffung bei. Außenpolitik beginnt aber auch im Innern – durch verfassungsrechtliche Weichenstellungen und Erklärung der außenpolitischen Entscheidungsoptionen. Bei den Entscheidungsträgern sowie in der allgemeinen Öffentlichkeit muss mehr Verständnis und Bewusstsein für die rechtlichen Prozesse geschaffen werden.

Das beginnt übrigens in der juristischen Ausbildung. An der Mehrzahl deutscher Universitäten müssen keine Pflichtkurse zum Völkerrecht belegt werden. Völkerrecht und Verfassungsrecht sorgen für eine verantwortungsvolle und verantwortliche Ausübung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Wenn der Einfluss wächst, muss die Rechtsentwicklung Schritt halten. Die Verteidigungsministerin hat ein neues Weißbuch mit den Grundsätzen deutscher Sicherheitspolitik angeregt. Dabei sollte auch eine die politischen Weichenstellungen begleitende rechtliche Agenda eine Rolle spielen.



Carl-Philipp Sassenrath

hat Rechtswissenschaften in Heidelberg und Münster studiert. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin und promoviert am Institut für Völkerrecht der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.



Maria Böhmer

Die Zukunft, die wir wollen

**Empowerment von Frauen in
der Post-2015-Agenda**

Die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung

Die Staatengemeinschaft hat in diesem Jahr die Chance, entscheidende Impulse für eine weltweite nachhaltige Entwicklung zu geben. Vor drei Jahren haben die Staats- und Regierungschefs der 191 Staaten der Welt auf der Rio+20-Konferenz beschlossen, nachhaltige Entwicklungsziele zu erarbeiten. Diese Post-2015-Agenda soll den Millenniums-Entwicklungszielen nachfolgen und im September auf dem Jubiläumsgipfel zum 70-jährigen Bestehen der Vereinten Nationen in New York verabschiedet werden. Dies wäre ein historischer Schritt.

Nachhaltigkeitspolitik universell gestalten

Die im Jahr 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele waren klassische Entwicklungsziele, ausgerichtet auf die Verbesserung der Lebensbedingungen in den ärmeren und ärmsten Ländern. Die internationale Gemeinschaft hatte sich zur Aufgabe gemacht, diese Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Trotz großer Herausforderungen haben wir wesentliche Fortschritte gemacht. Die extreme Armut wurde bis 2010 halbiert und die Zahl unterernährter Menschen deutlich gesenkt. Mehr Menschen erhielten Zugang zu sauberem Wasser und im Kampf gegen Krankheiten wie Malaria und Tuberkulose konnten Fortschritte erzielt werden. Bei dem Thema Geschlechtergerechtigkeit, das mir besonders am Herzen liegt, waren wir in Teilen erfolgreich. So ist der gleichberechtigte Zugang von Mädchen und Jungen zu Grundschulbildung heute weltweit besser. Der Anteil der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist gestiegen. Auch in den Parlamenten gibt es mehr Frauen. Doch die Millenniums-Entwicklungsziele sind nicht alle erfüllt. Sie sollen daher jetzt in die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung überführt werden.

Gesellschaftlichen Wandel sozial, ökologisch und ökonomisch denken

Wichtig ist: Die Post-2015 Agenda ist umfassender, sie ist ganzheitlich angelegt. Ihre Ziele sollen sich auf alle drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung beziehen – die soziale, ökologische und ökonomische. Und sie sollen universell gelten. Denn wir können eine gedeihliche Zukunft der Weltgemeinschaft nur gewährleisten, wenn wir

die Entwicklung aller Länder nachhaltig gestalten. Die Post-2015-Agenda richtet sich an alle Staaten, auch an Deutschland!

**»Armutsbekämpfung,
Menschenrechte und gute
Regierungsführung sollen im
Vordergrund stehen.«**

Ziele für eine lebenswerte Zukunft setzen

Die Post-2015-Agenda steht in engem Zusammenhang mit anderen wichtigen Ereignissen in diesem Jahr, wie der UN-Konferenz zur Risikoreduzierung von Katastrophen im japanischen Sendai, der UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba und dem UN-Klimagipfel in Paris. Der Titel des Abschlussdokuments der Rio+20-Konferenz, „The future we want“, zeigt, um was es der Weltgemeinschaft in diesem Jahr geht – um eine lebenswerte Zukunft. Wenn wir es mit der Nachhaltigkeit ernst meinen, müssen wir handeln. In 15 oder 20 Jahren wird unser Handlungsspielraum begrenzter sein. Wenn wir heute nicht umsteuern, können wir bald nur noch reagieren, um die schlimmsten Folgen abzufedern. Einer nachhaltigen Entwicklung in ihren drei Dimensionen wäre dann die Grundlage entzogen.

Das Herzstück der Post 2015-Agenda

Deshalb sieht die Post-2015-Agenda eine umfassende Transformation vor, eine grundlegende Neuausrichtung der Entwicklungspfade, um die natürlichen Ressourcen für uns und für zukünftige Generationen zu erhalten. Armutsbekämpfung, Menschenrechte und gute Regierungsführung sollen im Vordergrund stehen. Aber auch die Gleichstellung der Geschlechter und das „Empowerment“ von Mädchen und Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Vorverhandlungen zum Kernstück der Post-2015-Agenda fanden von 2013 bis 2014 in einer offenen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen statt, in der ich die deutsche Delegation leiten durfte. Nach einhalb Jahren und teilweise sehr schwierigen Verhandlungen haben wir uns auf ein Paket von 17 Zielen geeinigt. Sie sollen nun das Herzstück der Post-2015-Agenda bilden.

Frauenrechte

Ich will auf zwei wesentliche Anliegen Deutschlands näher eingehen, die wir in diesem Vorschlag prominent verankert haben: Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit. Die Verwirklichung der Menschenrechte ist unverzichtbare Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Menschenrechte sind universell, unteilbar und unveräußerlich. Für mich persönlich liegt eine besondere Aufgabe darin, die Rechte und die faktischen Chancen für Frauen und Mädchen zu verbessern. Hier gibt es noch Einiges zu tun.

»Wo die Rechte von Frauen und Mädchen eingeschränkt werden, geraten die gesellschaftlichen Strukturen ins Wanken.«

Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und „Empowerment“ von Frauen und Mädchen

Um Frauenrechte und Frauen weiter aktiv zu stärken, ist der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen ein eigenes nachhaltiges Entwicklungsziel gewidmet. Die Gleichstellung der Geschlechter als ein Querschnittsthema ist überdies in vielen anderen Zielen verankert, beispielsweise beim Bildungsziel oder beim Zugang zu Land und Eigentum.

Wie existentiell der Zugang zu Bildung für Mädchen und Frauen ist, zeigt die Schilderung der jüngsten Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai aus Pakistan: „We had a thirst for education [...] because our future was right there in that classroom. [...] I was just ten that more than 400 schools were destroyed. Women were flogged. People were killed. [...] Education went from being a right to being a crime.“ Ihr Engagement ist beeindruckend.

Mehr Zugang zu Bildung für Mädchen und Frauen. Mehr Engagement zur Bekämpfung der Armut von Frauen und mehr Rechtssicherheit. Das fordern auch 35 prominente Frauen, darunter Oscar-Preisträgerin Meryl Streep, Facebook-Chefin Sheryl Sandberg und Schauspielerinnen Maria

Furtwängler, anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März in einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin. Ich begrüße diese Initiative starker Frauen, die sich als Vorbilder für andere Frauen einsetzen.

Frauen weltweit schützen

Erstens: Dort, wo die Rechte von Frauen und Mädchen eingeschränkt werden, wo ihnen politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe vorenthalten wird, geraten die gesellschaftlichen Strukturen ins Wanken und schaffen Konflikte. Frauen brauchen Schutz, weltweit. Die Liste der Menschenrechtsverletzungen, die Frauen und Mädchen erleiden, ist unerträglich. Sie werden verschleppt, verkauft, zwangsverheiratet und vergewaltigt. Ihre Traumata, ihr Leid und Ohnmacht wirken sich auf ihr eigenes Leben und auf das Leben anderer aus – auf die Versorgung der Familien, die Erziehung der Kinder und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die jüngste Ausgabe der „Internationalen Politik“ ist dem Thema „Krieg gegen Frauen“ gewidmet. Die Chefredakteurin Sylke Tempel schreibt im Vorwort: „Krieg gegen Frauen ist immer auch ein Krieg gegen Freiheit und Vielfalt“. Das bewahrheitet sich in diesen Tagen leider in vielen Regionen der Welt. Es ist daher entscheidend, dass die Verwirklichung der Menschenrechte von Frauen auch zum Herzstück der Post-2015-Agenda gehört.

Frauen stärken

Zweitens: Wir müssen Frauen in ihren Rollen in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärken. Ich habe vor 20 Jahren an der vierten Frauenkonferenz der Vereinten Nationen in Peking teilgenommen. Die Pekinger Aktionsplattform ist heute nach wie vor aktuell. Ihre Ziele müssen in der Post-2015-Agenda so verankert werden, dass wir eine echte Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen erreichen – in Deutschland und weltweit.

In Deutschland haben wir bei der gesellschaftlichen Teilhabe von Frauen viel erreicht. Aber bei gleichwertigen Löhnen und einer stärkeren Vertretung von Frauen in den Führungsetagen von Unternehmen gibt es Nachholbedarf. Das Gesetz über die Frauenquote für Aufsichtsräte in Unternehmen ist ein wichtiger Schritt, den ich nachdrücklich unterstütze.

»Die Liste der Menschenrechtsverletzungen, die Frauen und Mädchen erleiden, ist unerträglich.«

»Stabile Gesellschaften brauchen Frauen wie Männer, die sich partnerschaftlich für den Aufbau und die Stärkung einer Zivilgesellschaft engagieren.«

Aber wie steht es eigentlich mit den Frauen, die die Macht haben, politische Entscheidungen durchzusetzen? Welche Erfahrungen machen die, die es geschafft haben?

Angesprochen auf die Reaktionen auf die erste Außenministerin der USA, antwortete Madeleine Albright: „I am often asked if, when I was secretary, I had problems with foreign men. That is not who I had problems with, because I arrived in a very large plane that said United States of America. I had more problems with the men in our own government.“ Als ich mit Madeleine Albright Anfang Februar beim Women's Breakfast der Münchner Sicherheitskonferenz zusammentraf, erzählte sie mir von ihren Anfangsschwierigkeiten im State Department. Doch das habe sich mit der Zeit gegeben.

Angela Merkel erlebte Ähnliches, als sie 2005 als erste Frau und Ostdeutsche zur Bundeskanzlerin gewählt wurde. Es brauche immer noch eine kurze Gewöhnungsphase, so Merkel, bevor man sich an bestimmte Bilder – die erste Bundeskanzlerin oder Verteidigungsministerin – gewöhnt habe. Dann gehe das Leben doch ganz normal und manchmal auch etwas bereichert weiter ...

Ich werde oft gefragt, was Politik und insbesondere Außenpolitik leisten kann, wenn es um das Empowerment und die Stärkung der Rechte von Frauen geht. Der außenpolitische Instrumentenkasten enthält meines Erachtens ausgesprochen viele Mittel und Wege. Folgende Handlungsfelder halte ich für besonders wichtig:

Erstens: Die vor 15 Jahren verabschiedete Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen – „Frauen, Frieden und Sicherheit“ – ist in den aktuellen Krisen und Konflikten von höchster Aktualität. Denn sie fordert die aktive Einbindung von Frauen in allen Phasen der Konfliktprävention und Konfliktbewältigung. Und sie fordert den Schutz von Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten. Damit muss sie nicht nur Leitfaden für unser außenpolitisches Engagement bleiben. Wir müssen sie wieder mit neuem Leben erfüllen und ihre Umsetzung forcieren!

Zweitens: Frauen bringen häufiger Themen wie Menschenrechte, Sicherheit, Gerechtigkeit, Beschäftigung, Bildung und Gesundheitsversorgung auf den Tisch. In Krisen, bei „failed states“, in Post-Konfliktsituationen oder in Prozessen von Aussöhnung und Wiederaufbaus sind das entscheidende Bausteine. Sie führen zudem zu einem nachhaltigen und dauerhaften Frieden. Deshalb müssen Frauen stärker bei Friedensverhandlungen und im Konferenzgeschehen beteiligt werden.

Drittens: In Entwicklungsländern müssen Frauen stärker ins Wirtschaftsleben integriert werden. Die Vergabe von Mikrokrediten ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie man über die Ansprache von Frauen Gründertätigkeit in Gang setzen kann. Mit dieser Form der Hilfe zur Selbsthilfe kann der Aufbau von kleinen und mittleren Unternehmen effektiv gefördert und Armut bekämpft werden.

Viertens: Stabile Gesellschaften brauchen Frauen wie Männer, die sich partnerschaftlich für den Aufbau und die Stärkung einer Zivilgesellschaft engagieren. Damit ein gesellschaftlicher Wandel gelingt, müssen NGO, Vereinigungen, Kirchen, politische Parteien und Stiftungen eingebunden werden. Sie alle können Impulse geben, Innovationsmotoren und Spiegel einer offenen Gesellschaft sein.

Fünftens: Wir müssen mehr Diversität wagen. „Vielfalt“, so IWF-Chefin Christine Lagarde, „bringt neue Ansichten, [...] vielleicht neue kritische Ansätze. Sie bereichert [...] die Suche nach Lösungen.“ In der heutigen Wissensgesellschaft kommt es mehr denn je auf die richtige Mischung aus Selbstbewusstsein, Gestaltungswillen, Neugier und Kreativität an. Als ehemalige Integrationsbeauftragte der Bundesregierung bin ich der Meinung, dass sich die zunehmende Vielfalt in unserem Land auch im Auswärtigen Dienst widerspiegeln muss.

Frauenpolitik – ein unfinished business

Zwischen der Zeit, als ich erste Frauenbeauftragte der Landesregierung Rheinland-Pfalz war, und heute wurden maßgebliche Fortschritte zum Schutz der Rechte der Frauen erreicht. Zur uneingeschränkten Durchsetzung der Menschenrechte für Frauen und zur faktischen Gleichstellung von Mann und Frau ist es aber noch ein langer Weg.

Im Juni steht der G7-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft an. Dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel gezielt die Themen aufgreifen will, die für die „Zukunft der einen Welt“ maßgeblich sind und insbesondere die Post-2015-Agenda und die Stärkung von Frauen bei der Selbstständigkeit und der beruflichen Bildung, begrüße ich sehr. Wir müssen 2015 für einen weltweiten gesellschaftlichen Wandel nutzen. Um unsere Zukunft zu gestalten – im Sinne einer guten Zukunft, wie wir sie uns alle erhoffen.



Prof. Dr. Maria Böhmer MdB

ist seit 2013 Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Zuvor war sie von 2005 bis 2013 Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Böhmer ist seit 2001 Bundesvorsitzende der Frauen Union und seit 2014 Präsidentin des UNESCO-Welterbekomitees.



Alexander Graf Lambsdorff

Die zwei Gesichter des Victor Orbán

Über Ungarns Position zwischen Ost und West

Victor Orbán ist ein Mann der zwei Gesichter. Als der langjährige ungarische Premier im Mai 2014 die Eröffnungsrede auf dem WDR-Europaforum hielt, sah er in seinem Land noch die kommende „Mitte Europas“. „Diskussionsfähige und ernstzunehmende Vorschläge“ habe er für die Zukunft des Kontinents, dessen „Wachstumsmotor“ Ungarn eines Tages werden könne. Wenige Wochen später, auf der Sommerakademie in Siebenbürgen, präsentierte er die Kehrseite seiner Vision – und die klang eher zum Fürchten. Um einen wettbewerbsfähigeren ungarischen Staat neu zu erfinden, müsse man sich von „in Westeuropa akzeptierten Dogmen und Ideologien lossagen“. Sich selbst sieht er als Baumeister eines neuen Staates, „keines liberalen, sondern eines illiberalen Staates“. Vorbilder moderner Regierungsführung dabei: China, die Türkei, Russland.

»Nicht nur politisch ist der Zwiespalt zwischen Ost und West ein Vabanquespiel, sondern auch wirtschaftlich.«

Insofern war es wenig überraschend, dass Orbán im Februar 2015 Präsident Putin zum Staatsbesuch empfing, als erster Staatschef eines EU- und NATO-Landes seit Beginn der Ukraine Krise. Während pro-russische Separatisten in der Ost-Ukraine trotz Feuerpause Boden gutmachten, rief Orbán in Budapest dazu auf, Russland international nicht weiter zu isolieren. Die Rechtfertigung, dadurch bessere Gaslieferverträge für sein Volk ausschlagen zu wollen, mutete vor dem geopolitischen Hintergrund beinahe zynisch an. Den Menschen in den baltischen Staaten, die alle das Schicksal einer Außengrenze mit Russland teilen, wird bei diesem Schauspiel ein kalter Schauer über den Rücken gelaufen sein.

Doch nicht nur politisch ist der Zwiespalt zwischen Ost und West ein Vabanquespiel, sondern auch wirtschaftlich. Natürlich ist Ungarn in hohem Maße abhängig von russischem Gas und Öl. Doch der Schulterschluss zwischen Orbán und Putin geht längst über fossile Energieträger hinaus. Im Januar segneten sie einen Vertrag zum Bau zweier Kernreaktoren in Ungarn ab, Gesamtvolumen 10

Milliarden Euro. 30 Jahre soll Ungarn damit an das Darlehen des russischen Staatskonzerns Rosatom gebunden sein. Die Mühe, dieses Projekt den europäischen Regeln öffentlicher Ausschreibungen zu unterwerfen, machte sich die Regierung in Budapest gar nicht erst. Das macht deutlich, dass wir eine europäische Energieunion brauchen, die diesen Namen auch verdient hat. Die Europäische Kommission hat hierzu im Februar erste Vorschläge unterbreitet. Wichtig wäre vor allem, dass die Kommission die Energieaußenpolitik der Mitgliedstaaten viel stärker koordiniert, um Alleingänge einzelner Mitgliedstaaten zu unterbinden und so die Abhängigkeiten gegenüber den großen Energie-Anbietern systematisch zu verringern.

Die Doppelzüngigkeit von Präsident Orbán spiegelt sich aber nicht nur in der Außen- und Energiepolitik wider – denn während die Unterstützung der Solidargemeinschaft gerne akzeptiert wird, nimmt der Respekt gegenüber den Werten der EU stetig ab. Die Regierung in Budapest weiß ganz genau, dass es gerade die europäische Gemeinschaft ist, von der das Land an der Donau so stark profitiert. Über 70 Prozent der ungarischen Einfuhren kommen aus der EU, zugleich fließen mehr als 77 Prozent der Ausfuhren in den Binnenmarkt. Als das Land 2008 am Rande der Staatspleite stand, sprangen Internationaler Währungsfonds, EU und Weltbank unbürokratisch mit einem Sofortkredit von 20 Milliarden Euro ein. Und bis 2020 fließen rund 22 Milliarden Euro an EU-Strukturhilfen in das ehemalige Königreich, was jährlich 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht – der höchste Wert innerhalb der EU.

Gleichzeitig entfernt sich Ungarn aber immer weiter von den Werten einer freiheitlichen Demokratie. Durch das 2010 verabschiedete Mediengesetz werden Journalisten öffentlich-rechtlicher Medien zu „ausgewogener Berichterstattung“ und zur „Stärkung der nationalen Identität“ verpflichtet. Im Ergebnis sprechen viele von einer Gleichschaltung der öffentlich-rechtlichen Medien im Land. Mit einer überproportionalen Besteuerung von Werbeeinnahmen geht die Regierung außerdem den unabhängigen Medienunternehmen an die Gurgel. Und zentrale Positionen der Medienaufsichtsbehörde werden gleich von Orbán persönlich benannt. Auf der Rangliste der Pressefreiheit 2015 ist Ungarn mittlerweile auf einen unrühmlichen 65. Platz abgerutscht.

Auch im Bereich der Vettern- und Günstlingswirtschaft hat das Land erhebliche Probleme. Auf dem Korruptionsindex von Transparency International teilt sich Ungarn Platz 47 mit Costa Rica. EU-weit gehört Ungarn damit zu den Ländern mit den größten Korruptionsproblemen. Millionen von europäischen Steuergeldern versickern in zwielichtigen Bauprojekten, auch die Steuerbehörde sieht sich massiven Vorwürfen von Willkür und Vertuschung ausgesetzt.

»Ungarn ist nicht Weißrussland!«

Mindestens genauso schwer wiegen die Verfassungsreformen, durch die der ungarische Rechtsstaat systematisch ausgehöhlt wurde. Das Prinzip des gesetzlichen Richters ist eingeschränkt, seit der Präsident der Richterammer ein willkürliches Vetorecht bei der Besetzung von Richterposten ausüben und laufende Verfahren an andere Gerichte verweisen kann. Auch die Entscheidungsfreiheit des Verfassungsgerichts wurde erheblich beschnitten. Durch eine weitere Grundgesetzänderung, die die Möglichkeit einer Verschmelzung der Notenbank mit der Finanzaufsicht vorsah, geriet zwischenzeitlich auch die Unabhängigkeit der ungarischen Zentralbank akut in Gefahr. Ungarn wendet sich somit gezielt von einigen Grundprinzipien europäischer Rechtsstaatspraxis ab – eine prekäre Entwicklung.

Insofern ist es keine Überraschung, dass die EU-Kommission der Regierung Orbán systematische Verstöße gegen Demokratie und Rechtsstaat vorgeworfen hat. Natürlich gilt es, hier die Maßstäbe zu wahren: Ungarn ist nicht Weißrussland! So wurde beispielsweise die Nachfolge von EU-Kommissar Tibor Navracsics salomonisch geregelt. Mit László Trócsányi bekleidet kein Fidesz-Mann den Posten des Justizministers, sondern ein parteiloser Jurist und ehemaliger Botschafter, der zeitweise auch als Verfassungsrichter tätig war.

Dabei sind gerade Freiheit und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und politische Kultur, Toleranz und die Wahrung der Menschenrechte die Säulen für unser Zusammenleben und unsere gemeinsame Politik in Europa. Sie machen die Anziehungskraft und auch die Glaubwürdigkeit des gemeinsamen Europas aus. Doch die jüngsten

Problemfälle zeigen, wie hilflos die EU dasteht, wenn in einem ihrer Mitgliedstaaten rechtsstaatliche Grundprinzipien in Gefahr geraten. Das untergräbt nicht nur das Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten, sondern bedroht auch die Glaubwürdigkeit der EU nach außen.

Die Ohnmacht der EU liegt vor allem am bisherigen Instrumentarium, das ihr zur Verfügung steht – denn bei der Verteidigung von Grundrechten besteht bislang nur die Wahl zwischen „Zahnstocher“ und „Atombombe“. Auf der einen Seite ahnen die klassischen Vertragsverletzungsverfahren zwar konkrete Einzelverstöße gegen EU-Recht, treffen aber oftmals nicht den tiefer liegenden Kern verletzter Rechtsstaatlichkeit oder Demokratie. Auf der anderen Seite baut das Suspendierungsverfahren in Artikel 7 des EU-Vertrages als ultima ratio so hohe Hürden auf, dass es in der Praxis nie zur Anwendung kommen kann.

Die vergangene schwarz-gelbe Bundesregierung hat daher erste Vorschläge für eine institutionelle Reform unterbreitet, die jetzt endlich mit Leben gefüllt werden sollten. Nur mit Hilfe eines geeigneten Mechanismus, der notfalls angemessene und spürbare Sanktionen vorsieht, werden sich die europäischen Grundwerte in den Mitgliedsstaaten verteidigen lassen. Zudem ist es notwendig, den aufgeweichten Beitrittskriterien wieder Geltung und Kontur zu verschaffen. Ein erster Schritt wäre eine objektive Bewertung aller gegenwärtigen EU-Mitgliedstaaten nach den Maßstäben der europäischen Rechts- und Werteordnung. Mit der Grundrechteagentur in Wien verfügt die EU dabei über eine qualifizierte Stelle. Die Mitgliedstaaten, auch Deutschland, müssten sich dann allerdings bereit erklären, möglicherweise mit unangenehmen politischen Bewertungen konfrontiert zu werden. Das aber ist ein annehmbarer Preis.

Wir Europäer haben gemeinsame Werte, die wir jeden Tag aufs Neue nach innen wie nach außen leben und verteidigen müssen. Nur wenn wir selbst von der Wirkkraft unserer Werte überzeugt sind und ihnen auch bei Gegenwind Geltung verschaffen, sind wir glaubwürdig. Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit oder die Achtung der Grundwerte – all dies sind Fragen, die nicht auf einen einzelnen Mitgliedstaat beschränkt sind, sondern uns alle in Europa angehen. Das aber, wohl gemerkt, gilt dann für alle Mitglieder.

»Bei der Verteidigung von Grundrechten besteht bislang nur die Wahl zwischen Zahnstocher und Atombombe.«

Alexander Graf Lambsdorff

ist seit 2014 stellvertretender Präsident des Europäischen Parlaments. Seit 2004 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments und dort Vorsitzender der FDP-Gruppe.

Im vergangenen Jahr war Graf Lambsdorff Spitzenkandidat der FDP für die Europawahl.





Jürgen Hardt

Freunde in schwieriger Zeit

Zum Stand und den Perspektiven der Partnerschaft Deutschland – USA

Der Erfolg Deutschlands wäre ohne drei weise Grundentscheidungen zu Beginn der jungen Bundesrepublik nicht möglich gewesen: Erstens, die zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes. Zweitens, die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft. Und drittens, die Entscheidung, dass es für Deutschland keine internationalen Alleingänge mehr geben werde – Außenpolitik ist für Deutschland fest eingebunden in die Europäische Union und die Sicherheitspartnerschaft des Nordatlantik-Pakts.

»Amerika spielt als Vorbild eine wichtige Rolle.«

Für alle drei Grundentscheidungen spielt die Unterstützung, ja das Vorbild Amerikas, eine entscheidende Rolle. Konkret wäre der demokratische Neustart Deutschlands ohne massive materielle Hilfen und ideelle Rückenstärkung durch die USA ungleich schwieriger geworden oder gar gescheitert.

Die Partnerschaft über sieben Jahrzehnte hat Deutschland und die USA in Sicherheitsfragen, in wirtschaftlichen und in kulturellen Fragen eng zueinander gebracht. Die gemeinsamen Werte diesseits und jenseits des Atlantiks sind in unserer Partnerschaft erlebbar. Gemeinsame Erfahrungen, etwa mit der Überlegenheit marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnungen gegenüber sozialistischen Konzepten, schaffen Nähe. Und unser Alltag ist von amerikanischen Symbolen und Ikonen durchdrungen: Die Musik, die Warenwelt, Kino, Literatur und ganz besonders die digitale Welt, nicht zuletzt auch zahllose Fernsehserien verbinden uns mit den Menschen jenseits des Ozeans. Wer zum ersten Mal in seinem Leben als Deutscher amerikanischen Boden betritt, dem kommt vieles bekannt vor: Bilder aus Amerika flimmern täglich über unsere Mattscheiben. Wir wissen, wie ein amerikanischer Briefkasten oder Hydrant aussieht oder eine amerikanische Polizeisirene tönt. Wir interessieren uns genauso wie die Amerikaner für das, was Filmstars auf dem Roten Teppich in Hollywood tragen. Unseren Berufsalltag prägen amerikanische Management-Methoden und –begriffe. Gesellschaftliche Trends in Amerika finden in Deutschland ihren Widerhall.

Dies alles schafft eine Illusion der Vertrautheit. Umso enttäuschter reagieren wir, wenn sich in anderen Bereichen, etwa in der Einschätzung außenpolitischer Entwicklungen, große Unterschiede in den Sichtweisen offenbaren.

Wir sind zum Beispiel irritiert, dass in den USA, die ja in der Weltpolitik eine solch außerordentliche Rolle spielen, außenpolitische Fragen in der öffentlichen Diskussion und in den Medien eher hinten an stehen.

Die Enttäuschung über auf den ersten Blick unverständliche Meinungen und Reaktionen in den uns vermeintlich so vertrauten USA mündet nicht selten in innere Distanz oder gar Ablehnung. Umgekehrt wissen amerikanische Staatsbürger um die Leistung der USA für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. 22 Millionen US-Amerikaner haben als Angehörige der Streitkräfte zeitweise in Deutschland gelebt. Mehr als die Hälfte der US-Bürger haben europäische, viele sogar deutsche Vorfahren. Sie fühlen sich als ‚halbe Europäer‘. Auch auf der anderen Seite des Atlantiks gibt es eine „Vertrautheits-Illusion“, die eine potentielle Quelle für Enttäuschungen ist.

Die wechselseitige Akzeptanz der Meinungen und Positionen sowie die Bereitschaft und Fähigkeit, über unterschiedliche Auffassungen zu diskutieren und wo möglich zu einem Ausgleich unterschiedlicher Interessen zu kommen, ist Voraussetzung für dauerhafte Freundschaft. Trotz unterschiedlicher Auffassungen und Herangehensweisen ist die Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland beziehungsweise der Europäischen Union die nach wie vor engste und natürlichste Partnerschaft. Wir haben allen Grund, diese Partnerschaft zu pflegen und in sie zu investieren.

Woran wird unsere Freundschaft in diesen bewegten Zeiten weiter wachsen?

I. Sicherheitspartnerschaft heute und in Zukunft

Gemeinsame Erfahrungen in Auslandseinsätzen, allen voran in Afghanistan, die Herausforderung im Nahen Osten und in Afrika und mehr als alles andere die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland haben unsere Sicherheitspartnerschaft gefestigt.

Jetzt, wo die Sicherheitsarchitektur Europas durch russische Aggression auf eine Probe gestellt wird, bewährt sich die NATO und stärkt ihre Strukturen. Mehr als jedes diplomatische Lippenbekenntnis, auch mehr als jeder Vertragstext überzeugt geschlossenes und entschlossenes Handeln. Die Außengrenze der NATO ist die rote Linie, die niemand überschreiten darf. Artikel 5 des NATO-Vertrags, die Beistandsverpflichtung, gilt auch im 21. Jahrhundert.

Wir streben nach einer diplomatischen Lösung der aktuellen Krise in der Ukraine. Um den Weg zu einer solchen zu bahnen, haben die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Staatspräsident die Vermittlungsinitiative zwischen der Ukraine und Russland ergriffen. Es ist eine neue Qualität unserer Sicherheitspartnerschaft, dass das Weiße Haus dieser europäischen Linie folgt, teilweise gegen massive Widerstände im Kongress und in der amerikanischen Öffentlichkeit.

Zugleich verlangt die russische Aggression aber auch eine unmittelbare und deutliche Antwort und ein Signal, dass wir dieses völkerrechtswidrige Verhalten nicht akzeptieren. Dieses Zeichen haben wir mit umfangreichen Sanktionsbeschlüssen diesseits und jenseits des Atlantiks gesetzt.

Schließlich hat die Ukraine-Krise große und berechnete Sorgen bei unseren östlichen NATO-Verbündeten hervorgerufen. Die Umsetzung der Beschlüsse des NATO-Gipfels im Herbst 2014 in Wales setzt Zeichen der Bündnissolidarität. Deutschland ist bereit, zusätzlich Verantwortung zu übernehmen und mehr zur transatlantischen Lastenteilung beizutragen. Das wird in Washington und in Europa mit Erleichterung zur Kenntnis genommen.

**»Gemeinsamkeit setzt
wechselseitiges Vertrauen
voraus.«**

II. Vertrauen als Basis unserer Freundschaft

Doch Verteidigungsfähigkeit und glaubwürdige Abschreckung sind nicht die schärfste Waffe unserer Partnerschaft. Das Beste, was wir den Brandstiftern auf der Welt entgegensetzen

können, ist unsere Gemeinsamkeit und Entschlossenheit diesseits und jenseits des Atlantiks. Diese Gemeinsamkeit setzt wechselseitiges Vertrauen voraus. Dieses Vertrauen wurde durch die Veröffentlichungen von Edward Snowden erheblich erschüttert. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses Gift des Misstrauens unsere Partnerschaft weiter belastet und sollten über Fehler der Vergangenheit und unterschiedliche Sichtweisen der Gegenwart offen reden.

Es ist nicht hinnehmbar, dass amerikanische Dienste sensible deutsche Kommunikation bis hinein in die Regierung abgehört und dabei mutmaßlich deutsche Gesetze gebrochen haben. Es war deshalb gut, dass der amerikanische Präsident in seiner Rede am 17. Januar 2014 erklärt hat, dass die Kommunikation befreundeter Regierungen nicht belauscht wird. Wir vertrauen darauf, dass sein Wort in allen Diensten der USA Handlungsmaxime ist – andernfalls müssten auch US-amerikanische Staatsbürger beunruhigt sein.

Die massenhafte anlasslose Sammlung von Daten durch die NSA beunruhigt Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Doch wir Europäer müssen anerkennen, dass es in weiten Teilen der US-amerikanischen Bevölkerung ein grundsätzlich anderes Verständnis des Datenschutzes im Verhältnis zwischen Bürger und Staat gibt als bei uns. Das hat mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten zu tun: Wenn wir Deutsche an staatliches Datensammeln denken, sehen sie die Stasi vor unserem geistigen Auge. In den USA hingegen erhoffen sich die Bürger vom Staat in erster Linie Schutz davor, dass sich der 11. September 2001 wiederholt.

Wahrscheinlich haben beide Sichtweisen etwas für sich. Auch in Deutschland diskutieren wir angesichts der Bedrohung über eine abgewandelte Form der Vorratsdatenspeicherung. Und auch in den USA gibt es natürlich viele Menschen, die eine neue Balance zwischen Datenschutz und Zivilschutz einfordern – aus bürgerrechtlichen Erwägungen und auch aus ökonomischen Gründen. Denn die US-Softwareindustrie ist ein enormer Exportfaktor. Ausländische Kunden amerikanischer Software-Unternehmen brauchen Vertrauen, dass ihre Daten in Amerika vor staatlichem Zugriff geschützt sind. Wird diese Sicherheit verweigert und entfernt sich der US-Datenschutzstandard zu weit von dem, was in Europa Maßstab ist, wäre dies nachteilig für den Wirtschaftsstandort USA.

**»Das Verständnis
von Datenschutz ist in den
USA anders als bei uns.«**

Die anstehende Überarbeitung der Rechtsgrundlage für die NSA ist eine gute Gelegenheit, in diesem Punkt voranzukommen. Der Präsident hat vorgeschlagen, die Rechte amerikanischer Bürger gegenüber der NSA deutlich zu stärken. Leider sollen diese neuen Regeln nur sehr begrenzt auch für Ausländer gelten. Durch eine weitergehende Einbeziehung der Europäer in diese Rechte könnte neues Vertrauen geschaffen werden.

»Die Diskussion zu TTIP nimmt kuriose Züge an.«

III. Unsere Wirtschaft in engem Schulterschluss

Über ein weiteres Element der Partnerschaft mit den USA wird in Deutschland kontrovers diskutiert: Das geplante Freihandelsabkommen TTIP. Dabei nimmt die Diskussion teilweise kuriose Züge an, die an Hysterie grenzen. Von Chlorhühnchen ist die Rede, vom drohenden Zusammenbruch der Kommunalen Wasserversorgung in Deutschland und von amerikanischen Multis, die über Schiedsverfahren europäische Staaten in die Knie zwingen. Keine der Befürchtungen wird eintreten und manches erinnert an die Debatten in Zeiten der Einführung des EU-Binnenmarkts, dem ja angeblich das gute deutsche Bier zum Opfer fallen sollte.

Es ist aber so: In kaum einem anderen Wirtschaftsraum sind die Marktteilnehmer einen ähnlich hohen Schutz von Arbeitnehmerrechten, von Gesundheits- und Umweltstandards gewöhnt, wie in Nordamerika und in der Europäischen Union. Sie sind bereit, dies zu verteidigen, und ihre Politiker diesseits und jenseits des Atlantiks auch. Mit den Verhandlungen über ein umfassendes Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA haben wir die historisch einmalige Möglichkeit, die beiden größten Wirtschaftsregionen der Welt noch enger aneinander zu binden. Damit würden wir nicht nur Wohlstandsgewinne erzielen, sondern auch globale Standards für einen modernen, zukunftsweisenden Freihandel setzen. Ein Handel, bei dem Arbeitnehmer-, Umwelt- und Gesundheitsstandards verankert werden, bei dem Investitionen abgesichert und Investoren

vor willkürlicher Diskriminierung geschützt werden, ohne dass den Parlamenten ihr Recht zur Regulierung entzogen wird. Wir haben jetzt die einmalige Chance, dieses neue Handelssystem als wesentlichen Teil unserer internationalen Ordnung offensiv zu gestalten und zu prägen, bevor es in wenigen Jahren möglicherweise andere tun. An den für den TTIP-Raum geltenden Regeln wird niemand in der Welt vorbei können, der erfolgreich Geschäfte machen will.

Die Komplementarität unserer Volkswirtschaft ist ein weiteres entscheidendes Argument für eine weitere Annäherung von EU und USA. Die USA sind Vorreiter der digitalen Innovation. Sie sind auch Vorreiter bei Rahmenbedingungen für Start-Ups und für den Einsatz von Venture Capital. Wir in Europa – und insbesondere in Deutschland – sind nach wie vor weltführend bei industrieller Innovation, Fertigung und Produktion. Wenn wir unsere Fähigkeiten klug kombinieren, wozu TTIP einen wichtigen Rahmen setzen könnte, werden wir uns im 21. Jahrhundert auch ökonomisch besser behaupten können und das Beste beider Welten miteinander verbinden.

»Deutschland sollte die strategische Bedeutung von TTIP in den Mittelpunkt rücken.«

Deutschland sollte die strategische Bedeutung von TTIP in den Mittelpunkt rücken. Die Europäische Kommission als Führer der Verhandlungen sollte unsere Sicht auf ein Abkommen offensiv vertreten. Der amerikanische Kongress sollte die TTIP-Verhandlungen durch die baldige Erteilung einer Verhandlungsvollmacht für die Regierung neu beflügeln. Alle Akteure sollten offener mit den Zielen und Ergebnissen der Verhandlungen umgehen.

IV. Gemeinsame Hüter globaler Güter

Eine auch über den Horizont der Transatlantischen Partnerschaft hinausgehende Aufgabe ist es, den Umgang mit globalen öffentlichen Gütern, den sogenannten „global commons“, im Interesse der nachfolgenden Generationen aller Menschen auf der Welt zu regeln.

Insbesondere mit Blick auf die im Dezember dieses Jahres stattfindende Pariser Klimakonferenz, die sogenannte „COP21“, kommt einer von Nordamerika und Europa idealerweise gemeinsam vertretenen Klimapolitik eine große Bedeutung zu.

Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren zu einem weltweiten Vorreiter dafür entwickelt, dass Klimaschutz und wirtschaftliche Prosperität kein Widerspruch sein muss. Und in den USA setzt sich, ausgehend von Staaten wie Kalifornien, ebenfalls die Erkenntnis durch, dass Ressourcenschonung der guten Entwicklung eines Landes nicht entgegensteht.

Auch wenn die Ursache wohl hauptsächlich in der Substitution von Öl durch Gas zu finden ist und ein wirklicher Durchbruch noch auf sich warten lässt, sind die USA jetzt immerhin in der Lage, trotz Wirtschaftswachstums den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, und müssen sich ehrgeizigen Klimazielen nicht mehr verweigern. Nun ist es Zeit für eine transatlantische Initiative, die die internationale Klimapolitik entscheidend vorantreibt und Maßstäbe setzt!

V. Zivilgesellschaft als Basis für die Partnerschaft der Zukunft

Schließlich bleibt noch ein Bereich der transatlantischen Beziehungen, der es meist nicht in die Schlagzeilen schafft, der gleichwohl aber enorm bedeutend für unsere Partnerschaft ist. Der zivilgesellschaftliche Austausch und die

Zusammenarbeit im Bereich von Kultur, Bildung, Wissenschaft und Forschung wird an Bedeutung noch gewinnen. Hierfür gibt es Anknüpfungspunkte auf allen Ebenen. Das deutsche Modell der Dualen Berufsausbildung etwa findet in den USA stark wachsende Aufmerksamkeit. Einzelne Staaten betreiben Modellprojekte, die der Qualifikation und der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit dienen. An amerikanischen Universitäten und in den Vorständen der innovativen Unternehmen im Silikon Valley und anderswo gibt es auffallend viele Deutsche.

Man kann dies als ‚Verlust‘ für Deutschland beklagen. Ich sehe es als Chance, dass auch etwas an uns zurück gegeben wird. Von den Start-Ups junger Deutscher in den USA haben die meisten auch noch ein Bein in Deutschland. Denn dort finden sich in der Breite die besseren und loyaleren Mitarbeiter. Und wir sollten in unsere gemeinsamen Leuchttürme im Bereich von Hochtechnologie investieren: Dass die Amerikaner ohne die Europäer zum Mars fliegen, ist für mich undenkbar.

Und wir werden nur gemeinsam starke Partner bleiben, wenn sich die Zivilgesellschaften als Partner und Freunde sehen und verstehen. Dazu tragen auch die vielfältigen Austausch- und Begegnungsprogramme bei. Schade und unverständlich, dass die US-Administration gerade ein wichtiges Programm wie das Parlamentarische Austauschprogramm Kongress-Bundestag finanziell reduziert hat. Es gilt also, noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten.



Jürgen Hardt MdB

war von 1987 bis 1989 Bundesvorsitzender des RCDS. Er ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags sowie des Verteidigungsausschusses. Seit April 2014 ist Hardt Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt.



Mark Hauptmann

Transeurasier gesucht

**Die Europäische Reaktion auf die geopolitische
Machtverschiebung im Pazifik**

Die Volksrepublik China hat eine außergewöhnliche wirtschaftliche, militärische und politische Entwicklung durchlaufen. Das „Reich der Mitte“ ist das einzige Land, das den USA langfristig auf Augenhöhe begegnen kann. Zunehmend selbstsicherer unterstreichen die Chinesen ihre Ambitionen als globale Führungsmacht.

Wirtschaftlich sprechen die Zahlen für das „Reich der Mitte“: Im Jahr 2014 löste China die USA als weltweit größte Volkswirtschaft ab und gehört auch technologisch inzwischen zur Spitzengruppe. Die USA reagieren mit Verhandlungen über ein Transpazifisches Wirtschaftsabkommen (TPP) – ohne China – und verstärken ihre Truppenpräsenz im Pazifik. Alle Zeichen deuten auf den Beginn eines „pazifischen Jahrhunderts“ – bislang noch ohne erkennbare Beteiligung der Europäischen Union.

**»Die Zukunft
der Weltwirtschaft
liegt in Asien.«**

Auch Chinas asiatische Nachbarstaaten, vor allem Südkorea, Taiwan und die ASEAN-Staaten haben in den vergangenen Jahrzehnten eine rapide wirtschaftliche wie gesellschaftliche Entwicklung durchlaufen. Die Zukunft der Weltwirtschaft liegt in Asien. Nimmt man auch Indien in die Betrachtung mit auf, dann macht die asiatisch-pazifische Bevölkerung mit zirka 4,1 Milliarden Menschen rund 58 Prozent der Weltbevölkerung aus und stellt damit einen gigantischen Markt dar. Schon jetzt befinden sich mit China, den USA und Japan die drei größten Volkswirtschaften der Erde am Pazifik.

Als Konsequenz daraus ergibt sich eine Neuordnung der geopolitischen Machtverhältnisse im internationalen System. Darauf regierte US-Präsident Barack Obama mit einer strategischen Hinwendung zum asiatisch-pazifischen Raum. Der „Pivot to the Asia-Pacific“ ist die Neuausrichtung amerikanischer Außenpolitik.

Um nicht an geopolitischer Bedeutung zu verlieren, ist daher auch die Europäische Union aktuell mehr denn je gefordert, aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwachen und ihre Interessen

und Standpunkte im asiatisch-pazifischen Raum gebündelt zu vertreten. Dies ist gerade für die Zukunftsfähigkeit des eigenen Stellenwertes im Dreiklang Nordamerika-Asien-Europa eine unabdingbare Voraussetzung. Neben den etablierten Transatlantiker muss der „Transeurasier“ treten, der sich in besonderer Weise den transeurasischen Beziehungen verpflichtet sieht.

Aufgrund von Chinas selbstbewusstem und ambitioniertem Auftreten in der Region mehren sich die Befürchtungen in den USA, dass der weitere globale Aufstieg des Landes nicht ausschließlich friedlich verlaufen könnte. China als zentrale Herausforderung der Pax Americana verpflichtet die Amerikaner geradezu, durch eine Hinwendung zur Pazifikregion die Zukunft in diesem Teil der Welt weiterhin aktiv mitzubestimmen. Mit dem Amtsantritt Obamas im Jahr 2009 verlagerte sich der Schwerpunkt amerikanischer Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik vom Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Nahen und Mittleren Osten wieder auf die asiatische Pazifikregion.

In der EU und den USA wird der asiatische Absatzmarkt verstärkt als Chance angesehen, um heimische Exporte zu beflügeln. Aktuell verfolgt jedoch lediglich die US-Regierung mit Gründung der Trans-Pazifik-Partnerschaft intensiv das Ziel, eine Freihandelszone mit den Pazifikstaaten zu errichten.

Die EU hat seit der Aussetzung der EU-ASEAN-Freihandelsverhandlungen im Jahr 2010 keine weiteren multilateralen Handelsabkommen im Pazifikraum angestrebt. Blieben die Europäer weiter tatenloser Beobachter, setzten bald andere Länder die Standards für den zukünftigen Handel im Pazifik – und auf lange Sicht auch weltweit.

Die USA haben ein starkes Interesse daran, das Abkommen TPP (Trans-Pacific Partnership) mit Leben zu füllen. Die TPP, eine 2005 gegründete Freihandelszone zwischen Chile, Neuseeland, Singapur und Brunei soll dabei in den kommenden Jahren die Hindernisse für Handel und Investitionen in der Region abbauen sowie Millionen von Arbeitsplätzen schaffen. An den Verhandlungen sind neben den USA auch Kanada, Japan und Australien beteiligt. Ein Abschluss wird für Sommer 2015 angestrebt – vor dem Beginn des US-Präsidentenwahlkampfes.

Neben ökonomischen Vorteilen soll das TPP-Abkommen vor allem auch ein wirtschaftliches Gegengewicht zur Volksrepublik China schaffen. Der Aufstieg der Chinesen wirkt wie ein Weckruf an die USA wie auch Japan, sich der neuen Konkurrenz und den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen.

Die Konfliktlinien im Pazifik beschränken sich jedoch nicht ausschließlich auf wirtschaftliche Konkurrenz. Die ansteigende Truppenpräsenz der USA im Pazifik unterstreicht Amerikas Rückbesinnung auf seine Sicherheitsinteressen, die zunehmend von der Volksrepublik China herausgefordert werden. De facto ist bereits die Hälfte der US-Marine im Pazifik stationiert.

Diese hohe US-Truppenkonzentration begründet sich einerseits durch die starke Aufrüstung des chinesischen Militärs sowie andererseits durch die zahlreichen Regionalkonflikte, wie der Konflikt um die Senkaku-Inseln zwischen Japan und China, Territorialfragen im Südchinesischen Meer und das nordkoreanische Atomprogramm.

Die Interessen Japans und Südkoreas werden dabei durch die USA unterstützt und mit Sicherheitsallianzen untermauert. China versucht, den Einfluss Japans und der USA zurückzudrängen und seine eigene Einflusszone auszuweiten. Im Zuge vieler Konflikte um zahlreiche Inselgruppen im Südchinesischen Meer richten allerdings Staaten wie die Philippinen oder Vietnam verstärkt ihre Aufmerksamkeit auf engere, bi- und multilaterale Beziehungen zu den USA. So ergibt sich ein dichteres Netz amerikanischer Sicherheitspolitik im Pazifik.

»Globalisierung und Regionalisierung wurden in der Vergangenheit oft als Gegensatzpaar globaler Tendenzen angesehen.«

Globalisierung und Regionalisierung wurden in der Vergangenheit oft als Gegensatzpaar globaler Tendenzen angesehen. Im Pazifik zeigen sich derzeit beide Elemente als zwei Seiten der gleichen Medaille.

Erstmals erstreckt sich die institutionalisierte Zusammenarbeit über regionale Grenzen und die Wirtschaftsblöcke NAFTA und ASEAN hinweg. Mit Japan und den USA als Mitglied der TPP würde ein Markt entstehen, welcher um 40 Prozent größer wäre als der der EU.

Der Abbau von Handelsschranken wird die Exportwirtschaft der TPP-Mitglieder weiter befördern und sie im internationalen Wettbewerb besser positionieren – zu Lasten von EU-Exportländern. Welche Lehren sollte die EU also aus diesen jüngsten Entwicklungen ziehen?

Europa, das bisher lediglich in pazifische Kooperationen, wie dem ASEAN Regional Forum, dem Council for Security Cooperation in Asia-Pacific oder den ASEM-Gipfeln eingebunden ist, kann es sich nicht leisten, den Aufstieg Asiens zu unterschätzen. Die dynamischen Entwicklungen im Welthandel bieten die Chance, weiterhin global erfolgreich zu sein. Gerade das Jahr 2015 kann hierfür wegweisend werden. Neben dem dringend gebotenen Abschluss des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP und dem Inkrafttreten des ausverhandelten CETA-Abkommens zwischen der EU und Kanada müssen die asiatischen Partner stärker in den Fokus der EU rücken.

Zukünftige Zusammenarbeit sollte sich jedoch nicht nur auf bilaterale Verträge beschränken. Zwar wurde bereits 2011 ein Freihandelsabkommen mit Südkorea ausgehandelt und ein weiteres mit Japan steht vor dem Abschluss, doch reicht das allein nicht aus.

Seit 2008 verhandelt die EU auch mit Indien über ein Freihandelsabkommen. Durch die neue indische Regierung bietet sich 2015 die Chance, dieses Abkommen erfolgreich abzuschließen. Asien ist bereits heute für Europa von enormer Wichtigkeit. Die Volksrepublik China ist der zweitwichtigste Handelspartner der EU. Gerade deshalb ist ein multilateraler institutioneller Ausbau der europäisch-asiatischen Partnerschaft wichtig. Auch die Erweiterung der Handelsbeziehungen mit langjährigen, verlässlichen Partnern wie Taiwan oder Australien sollte in den Blickpunkt rücken.

Eine wesentliche Herausforderung für die transeurasischen Beziehungen ist aber nach wie vor die Legitimation und Reputation der EU.

»Der Aufstieg der Chinesen wirkt wie ein Weckruf an die USA wie auch Japan.«

Sie muss sich in Zukunft mehr als außenpolitische Einheit präsentieren, auch wenn eine gezielte Koordinierung der 28 Mitgliedstaaten nicht immer einfach ist. Dabei muss ein gemeinsamer Ansprechpartner gefunden werden, um auf dem geopolitischen Spielfeld genügend Einfluss auszuüben. Diese Forderung wird gerade auch in Anbetracht der Verteilung der Weltbevölkerung deutlich. So stellt die EU lediglich acht Prozent, Deutschland sogar nur 0,8 Prozent der Weltbevölkerung. Für den Ausbau und die Aufrechterhaltung des europäischen Einflusses sind daher Transeurasier gefordert, die sich aktiv für die Stärkung der europäisch-asiatischen Beziehungen einsetzen.

Zuletzt darf eine Fokussierung auf Asien nicht mit einer Reduzierung der Bedeutsamkeit transatlantischer Beziehungen gleichgesetzt werden. Vielmehr sollte dies als Herausforderung verstanden werden, die zu einer verstärkten Kooperation zwischen der EU und den USA führen kann. Schließlich geht es gerade auch um einen strategischen Ausgleich der Machtverhältnisse auf internationaler Bühne.

Der Wettlauf um die Vorherrschaft im Pazifik hat begonnen. Die USA haben unter Obama ihre

Asienstrategie neu definiert und suchen im Hinblick auf China die Anbindung an alte Freunde und neue Partner im Pazifik. Sie werben mit TPP für eine amerikanisch geführte Wirtschaftsordnung und schaffen damit ein attraktives Gegenmodell zu chinesischen Hegemonialbestrebungen in Ostasien. Die neue Strategie fällt in Asien zumeist auf dankbaren Boden. So rücken die Pazifikstaaten enger zusammen und bauen derzeit an der Struktur für ein pazifisches Jahrhundert.

Für Europa ergeben sich hieraus neue Herausforderungen. Die transatlantische Partnerschaft der USA zu Europa verliert im Vergleich zu Asien zunehmend an Bedeutung und ist kein generationenübergreifender Automatismus, auf den sich Europa verlassen kann. Verharrt die EU weiterhin in inneren Streitigkeiten zu transatlantischem Freihandel und ignoriert die Chancen, die Asien bietet, werden die Regeln des Welthandels pazifisch definiert. Um Europas wirtschaftliches Gewicht auch politisch zu nutzen, muss die EU eine nähere Anbindung an Asien und eine Erneuerung der Beziehungen zu den USA suchen. Neben bewährten Transatlantikern wird dabei die Forderung nach einem neuen Politikertypus im 21. Jahrhundert stärker – die Forderung nach dem Transeurasier.



Mark Hauptmann MdB

ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie, im Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik und ERP-Wirtschaftspläne sowie stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss für zivile Krisenprävention und Vernetzte Sicherheit des Deutschen Bundestags.

Der Thüringer ist außerdem Mitglied im CDU-Bundesfachausschuss für Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik.



Philipp Mißfelder

Die Israelis lieben Deutschland

50 Jahre Deutsch-Israelische Beziehungen

„Trotz Günter Grass lieben die Israelis die Deutschen“, schreibt die Tageszeitung „Die Welt“ Mitte Januar 2015. Trotz Günter Grass – war da was?

Ja, da war was: Vor fast drei Jahren hatte dieser in der Süddeutschen Zeitung vor einem Krieg gegen den Iran gewarnt und in seinem Gedicht mit dem Titel „Was gesagt werden muss“ gefordert, Israel dürfe keine deutschen U-Boote mehr bekommen. 50 Jahre nach der Aufnahme deutsch-israelischer Beziehungen kann ein Gedicht die Nähe zwischen Israelis und Deutschen nicht mehr trüben. Zum Glück.

»Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.«

Aber gehen wir an den Anfang zurück – die Israelis lieben Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung. 68 Prozent der Befragten sehen Deutschland positiv oder sehr positiv. 50 Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehung und angesichts der Katastrophe des Holocaust sind dies erstaunliche und bewegende Zahlen.

Erstaunlich auch vor dem Hintergrund der Atmosphäre, die am Morgen des 10. September 1952 im Salle Flamande in Luxemburg herrschte, als sich Vertreter des jüdischen Volkes auf der einen und der Bundesrepublik Deutschland auf der anderen Seite erstmals seit der systematischen Vernichtung von sechs Millionen Juden gegenüber saßen. Der Historiker Dan Diner beschreibt es folgendermaßen: Es „herrschte ein nahezu unüberwindbarer Abgrund, eine geradezu rituelle Distanz“. War doch das Treffen gegen nicht unerheblichen Widerstand großer Teile der israelischen Öffentlichkeit zustande gekommen. Dennoch rang man sich durch, die Beziehungen zwischen dem Tätervolk und dem Volk der Opfer auf ein neues Fundament zu stellen. Zum Glück.

„Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“ Gesagt hat dies Bundespräsident Joachim

Gauck Anfang des Jahres anlässlich einer Sondersitzung des Bundestages zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Auch die Identität der deutsch-israelischen Beziehungen wäre ohne den Holocaust eine andere. Aus dem Erinnern an das Menschheitsverbrechen des millionenfachen Mordes an Juden ergebe sich ein Auftrag, so Gauck weiter.

Deutschland steht entsprechend in einem einzigartigen Verhältnis zum jüdischen Staat Israel. Trotzdem, oder gerade deshalb, sind Deutschland und Israel eng durch politische, wirtschaftliche, kulturelle und auch zivilgesellschaftliche Kontakte miteinander verbunden.

Vor nunmehr 50 Jahren wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten vereinbart. Der 12. Mai 1965 markiert dieses historische Datum in der Geschichte zwischen Deutschland und Israel. Nicht nur auf zivilgesellschaftlicher, sondern auch auf offizieller Ebene haben sich die Beziehungen seitdem kontinuierlich intensiviert und vertieft.

Mit der Einrichtung der jährlich stattfindenden Regierungskonsultationen beider Staaten im Jahr 2008 wurde ein neues Kapitel der bilateralen Beziehungen aufgeschlagen. Für Deutschland ist Israel das erste außereuropäische Land, mit dem regelmäßig derartige Regierungskonsultationen stattfinden.

Auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Israel haben sich in den vergangenen 50 Jahren dynamisch entwickelt. Während das deutsch-israelische Handelsvolumen 1960 noch 100 Millionen Dollar betrug, wuchs es bis 2013 auf gut 7,4 Milliarden Dollar an. Damit ist Deutschland der drittgrößte Handelspartner Israels nach China und den USA. Ein enges Netzwerk von Kontakten verbindet die beiden Akteure auf beiden Seiten. Engagierte bilaterale Handelskammern in Tel Aviv und Frankfurt am Main unterstützen seit 1968 interessierte Unternehmen und fördern Handel und Investitionen.

Zudem erleichtert das Freihandelsabkommen zwischen Israel und der Europäischen Union seit 1995 die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Die bilaterale Wirtschaftszusammenarbeit gehört zu einem der Schwerpunkte der jährlichen deutsch-israelischen Regierungskonsultationen.

Wichtigstes Thema bleibt jedoch die Sicherheit Israels. Sein Existenzrecht und seine Sicherheit liegen Deutschland am Herzen und sind nicht verhandelbar. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dies in einem einfachen Satz 2008 vor der Knesset deutlich gemacht: Die Sicherheit Israels gehört zur deutschen Staatsräson. Auch Bundespräsident Gauck betonte 2012 erneut, dass die Existenz Israels für die deutsche Politik „bestimmend“ sei. Wo immer möglich, setzt sich die Bundesregierung aktiv für Friedensbemühungen im Nahen Osten ein: in den Vereinten Nationen, aber auch in Europa, wo Deutschland die Einbindung Israels im Rahmen der Assoziierungspolitik unterstützt.

»Die größte Gefahr für Israel ist und bleibt der Iran.«

Wenn wir heute auf Israel und den Nahen Osten schauen, erkennen wir, dass Deutschland und Israel in Zukunft noch näher zusammenrücken müssen. Denn Israel, aber auch die Juden weltweit stehen vor zahlreichen Bedrohungen.

Die größte Gefahr für Israel ist und bleibt der Iran. Anfang März dieses Jahres hatte der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu zu Recht in Washington noch einmal eindringlich vor einer nuklearen Bewaffnung gewarnt. „Wir müssen alle zusammenstehen, um den iranischen Marsch der Eroberung, Unterdrückung und des Terrors zu stoppen.“ Mittlerweile haben sich der Iran und die fünf UN-Vetomächte sowie Deutschland auf Grundzüge eines Abkommens geeinigt. Gegen den geplanten Abschluss eines solchen im Juni besteht jedoch weiterhin große Skepsis. Vor allem die Sorge Israels vor dem Abkommen ist berechtigt. Tatsächlich zeigt sich das iranische Regime unter Präsident Rohani nicht weniger radikal als unter Präsident Ahmadinedschad.

Die Islamische Republik Iran ist weiterhin der größte Förderer und Exporteur radikalislamischen Terrors in der Region und entwickelt sich allen Verhandlungen mit der internationalen Staatengemeinschaft zum Trotz zu einem nuklearen Schwellenland. Die Hisbollah im Libanon oder die Hamas im Gaza-Streifen als schiitische

Organisation werden offen vom Iran finanziert und mit Waffen versorgt. Der Iran darf nie die Fähigkeit zur nuklearen Bewaffnung erhalten!

Auch die mit der Amtsübernahme des iranischen Präsidenten Rohani erhoffte Annäherung zwischen Israel und dem Iran hat sich nicht bewahrt. Direkt nach seiner Wahl hatte er noch erklärt: „Die Zeit des Extremismus muss zu Ende gehen.“ Aber er ist weit davon entfernt, die Existenzberechtigung des jüdischen Staates anzuerkennen. Seine politische Haltung und seine Äußerungen gegenüber Israel sind eindeutig. Die staatliche Nachrichtenagentur Isna zitierte Rohani noch im August 2013 mit den Worten: „Die islamische Welt muss gegenüber dem zionistischen Regime Einheit zeigen, da dieses Regime eine alte Wunde ist, die seit Jahren in ihrem Körper steckt und beseitigt werden muss.“

Selbst vor dem Holocaust macht der Iran nicht halt: Besonders drastisch ist die Ausrufung eines Karikaturenwettbewerbs über den Holocaust unter der Schirmherrschaft des Iranischen Hauses der Karikaturen in Teheran. Bei dem Wettbewerb sollen die Zeichner den systematischen Mord an 6 Millionen Juden leugnen oder zumindest relativieren. Dieser Aufruf ist nicht nur geschmacklos, sondern zeigt klar den Antisemitismus und Antizionismus im Iran.

»Deutschland und Israel müssen in Zukunft weiterhin fest zusammenstehen.«

Aber auch außerhalb Israels wächst erneut die Gefahr für Menschen jüdischen Glaubens. Dies gerade auch in Europa. Immer klarer lässt sich etwa in Deutschland, Frankreich oder Großbritannien ein Anstieg von Angriffen auf Juden ausmachen, nicht erst nach dem Anschlag in Paris Anfang dieses Jahres. Besonders deutlich zeigte sich diese Tendenz nach dem erneuten Ausbruch des Gaza-Konflikts im Sommer des vergangenen Jahres. In vielen europäischen Ländern kam es zu Protesten gegen den jüdischen Staat Israel und seine Regierung. Dabei machten die Demonstranten auch vor antizionistischen und antisemitischen Ausrufen nicht halt. Juden, ebenso wie jüdische Institutionen, wurden attackiert.

»Die Sicherheit Israels gehört zur deutschen Staatsräson.«

Nicht allein als Folge dieser Ausschreitungen, aber mit ihnen zusammenhängend, lässt sich noch eine andere Tendenz ausmachen: Der Beginn einer Auswanderungswelle von Menschen jüdischen Glaubens aus Europa. Bereits einige tausend Juden sind vor allem aus Frankreich emigriert, die meisten von ihnen in Richtung Israel. Viele weitere spielen mit dem Gedanken, es ihnen gleich zu tun.

Nur wenn Europa und Deutschland dem Antisemitismus noch entschiedener entgegengetreten, wird es weiter jüdisches Leben in Europa geben, welches die europäische Geschichte so stark geprägt hat. Die staatlichen Institutionen Europas und Deutschlands, aber auch in der Zivilgesellschaft müssen sich hier deutlich positionieren und dem wachsenden Antisemitismus und Antizionismus

bei jeder Gelegenheit und in allen Formen entschieden entgegenzutreten.

Insbesondere die Entscheidungen einiger europäischer Länder in den vergangenen Monaten, Palästina einseitig als Staat anzuerkennen, sind dabei politisch falsche Signale.

Deshalb bleibt es so aktuell wie in den vergangenen 50 Jahren: Deutschland und Israel müssen in Zukunft weiterhin fest zusammenstehen, um die Sicherheit des jüdischen Staates Israel, aber auch den kulturellen und gesellschaftlichen Gewinn durch Juden in Europa zu sichern.

Die Menschen wollen diesen Austausch. Trotz Günter Grass, zum Glück.



Philipp Mißfelder MdB

ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages.
Seit 2009 ist der 35-Jährige außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Von 2002 bis 2014 war Mißfelder Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands.



Hans Heyn

I am still confused – but on a higher level

Ein Debattenbeitrag zu den Lösungsmöglichkeiten im festgefahrenen Nahostkonflikt

Das Zitat des italienischen Kernphysikers Enrico Fermi „I am still confused, but on a higher level“ passt zur Situation im Nahostkonflikt. In den letzten zweieinhalb Jahren in Ramallah bin ich mehr als 60.000 Kilometer durch die Westbank gefahren – ein Gebiet von ungefähr der doppelten Größe des Saarlandes, habe unzählige Checkpoints passiert und fast monatlich die Situation vor Ort im Gazastreifen untersucht.

»Gegenwärtig haben sich die Fronten wieder verhärtet.«

Nach außen erscheint der Nahostkonflikt weiter als ein großer gordischer Knoten. Etliche US-Präsidenten und deren Außenminister haben sich an Vorschlägen abgearbeitet ohne eine dauerhafte Lösung zu erzielen. Die noch so detaillierten Pläne der diversen offiziellen und unzähligen selbst ernannten Vermittler müssen mehrere Aktenschranke füllen – in den Bürokratien in Jerusalem und Ramallah gleichermaßen. Dabei gab es Zeiten in der Vergangenheit, in denen die Hand zur Versöhnung deutlich über die Mitte des Tisches ausgestreckt war – sowohl von israelischer als auch palästinensischer Seite.

Gegenwärtig haben sich die Fronten wieder verhärtet. Das vergangene Jahr 2014 begann mit hoch gesteckten Erwartungen in die Vermittlungsbemühungen von US-Außenminister John Kerry. Aber nach den neun monatigen Gesprächen kam es nicht zur ersehnten Zweistaatenlösung, sondern zum Abbruch des gesamten Vorhabens. Die Palästinenser gingen ihren eigenen Weg und schufen kurzerhand eine Konsensregierung zwischen der gemäßigten Fatah um Präsident Abbas und der radikalen Hamas mit ihrer Machtbasis in Gaza. Doch nur wenige Tage nach dem Regierungsbeginn führte die Ermordung dreier israelischer Jugendlicher in der Westbank und die anschließende Entführung und Ermordung eines palästinensischen Teenagers in Ost-Jerusalem zur erneuten Explosion vor Ort. Der dritte Gazakrieg im Juli und August war die Folge.

Und wieder entstand das leidvolle Bild aus dem Nahen Osten von Angriff und Gegenangriff, der gegenseitigen Schuldzuweisungen und vor allem

des unerträglichen Leides der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten. Israel und seine Menschen in der Nähe des Gazastreifens befanden sich in den 52 Tagen des Krieges unter Dauerbeschuss. Schon lange Zeit zuvor und auch seitdem leben sie in der konstanten Angst, ihre Ruhe könnte trügerisch sein und der Krieg und der damit verbundene Raketenbeschuss an jedem Tag von Neuem beginnen. Im Gazastreifen flohen hunderttausende Palästinenser von einer Ecke des überbevölkerten Küstenstreifens in die andere, mehr als 2000 starben in den Gefechten. Das Leid der fast 1,8 Millionen Menschen, die Gaza größtenteils seit sieben Jahren nicht verlassen konnten, wuchs ins Unermessliche.

Kaum dass der Krieg beendet war, zündelten im Herbst radikale Kräfte an dem so fragilen Status Quo auf dem Jerusalemer Tempelberg – ein Ort größter religiöser Bedeutung mit maximalem Explosionspotential. In der Folge befand sich Jerusalem von September bis Dezember im Ausnahmezustand. Die Situation war nicht vergleichbar mit den vorherigen Intifadas, sondern ging darüber hinaus.

Fast täglich kam es zu Anschlägen in Jerusalem, Provokationen auf oder rund um dem Tempelberg, Hausbesetzungen, Verhaftungen und allabendlich zu großen Straßenschlachten zwischen palästinensischen Jugendlichen und der israelischen Polizei. Allein im Herbst 2014 wurden doppelt so viele Palästinenser in Ost-Jerusalem von israelischer Seite verhaftet wie während der gesamten fünfjährigen sog. „Zweiten Intifada“.

»Und es wird fleißig weiter gebaut.«

Als Resultat dieser Entwicklungen bewegen sich beide Seiten diametral mit hoher Geschwindigkeit von einander weg. Die Palästinenser haben ihren Glauben an die Zweistaatenlösung verloren. Wie repräsentative Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigen, sind sieben von zehn Palästinensern überzeugt, dass es in den nächsten fünf Jahren nicht zur Schaffung eines eigenen Staates kommen wird. Aus ihrer Sicht wird seit den Verträgen von Oslo im Jahr 1993 zwar verhandelt – aber ohne greifbare Resultate hervorzubringen. Im Gegenzug wachsen die Siedlungen.

Während zu Verhandlungsbeginn vor rund 20 Jahren „nur“ 180.000 Siedler in der Westbank lebten, sind es heute rund 560.000. Und es wird fleißig weiter gebaut. Realität in Beton nennen sie es hier. Damit wird auch der Weg für eine Zweistaatenlösung schrittweise verbaut. Selbst mit den Mitteln der „flexiblen Grenzziehung“ und des Gebietsaustausches lassen sich längst nicht mehr alle Siedler auf die israelische Seite bringen.

Aber zu einem Konflikt gehören immer zwei Seiten – genau so wie zu seiner Lösung. Auch die Palästinenser werden gegebene Realitäten akzeptieren müssen. Dazu gehört auch einzusehen, dass es kein generelles Rückkehrrecht für Palästinenser nach Israel geben wird. Nicht jeder Palästinenser, der 1948 Israel verließ oder verlassen musste und seine Nachkommen werden nach Tel Aviv, Jaffa oder Haifa heimkehren können. Dies würde das Bevölkerungsgleichgewicht in Israel kippen und das Ideal vom „jüdischen Staat“ vernichten.

»Hierbei werden die betonierten Realitäten auch die Marschrichtung vorgeben.«

Aber es muss eine Lösung für die mehr als fünf Millionen palästinensischen Flüchtlinge geben. Sie müssen in ihren Gastländern die volle Staatlichkeit erhalten, zurückkehren können in den zu schaffenden palästinensischen Staat oder in Teilen von Drittländern aufgenommen werden. In geringer symbolischer Zahl ist eine Rückkehr nach Israel machbar (in den Clinton-Plänen wird die Zahl von 80.000 Personen genannt) - zur Besänftigung der beiderseitigen Gemüter und ohne dabei ein demografisches Erdbeben auszulösen.

Zudem werden sich die Palästinenser davon verabschieden müssen, die „Grüne Linie“ als ihre zukünftige Grenze zwischen Israel und dem eigenen Staat zu betrachten. Große Siedlungen mit 40.000 – 60.000 Einwohnern werden nicht einfach verschwinden. Hier ist die Realität bereits in Beton gegossen. Die Palästinenser werden akzeptieren müssen, dass die Grenze keine gerade Linie sein wird. Es wird zu einem Gebietsaustausch kommen müssen, aber dieser muss sowohl

in Quantität als auch in Qualität für beide Seiten akzeptabel sein.

Dafür muss in Jerusalem auch die israelische Seite zu Zugeständnissen bereit sein. Hierbei werden die betonierten Realitäten auch die Marschrichtung vorgeben. Israelische Siedlungen in Ost-Jerusalem werden zu Israel gehören, während die palästinensischen Stadtteile an den palästinensischen Staat anzuschließen sind. Ost-Jerusalem muss dabei die offizielle Hauptstadt des palästinensischen Staates werden – während die Bürokratie schon aus Gründen der Praktikabilität durchaus in Ramallah angesiedelt werden kann. Dies wird die Grenzziehung in Jerusalem zwar nicht vereinfachen – ist aber faktisch umsetzbar.

Ob die neue Strategie der palästinensischen Führung, den Konflikt zu internationalisieren, am Ende aufgehen wird, ist noch offen. Der Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und damit verbunden eine Anklage gegen israelische Militärs oder Politiker für Verbrechen im Zuge der Besatzung sowie der Gaskriege schafft alleine keinen Staat. Zumal es auch im Krieg immer zwei Seiten gibt und die Hamas als terroristische Organisation sich nun wirklich in keiner Weise an internationales Recht oder die Genfer Konventionen hält. Doch hat die Geschichte gezeigt, dass es besser ist, wenn sich Menschen vor Gericht streiten, als zu den Waffen zu greifen. Aber gelöst werden wird der Nahostkonflikt nicht in Den Haag. Eine Lösung wird es nur geben, wenn beide Seiten erstens zu großen Zugeständnissen bereit sind und zweitens auch die Fähigkeit besitzen diese in der Bevölkerung durchzusetzen.

Blickt man auf die israelische Seite so äußern Experten ihren Zweifel über Ersteres. Hier werden die Wahlen am 17. März einen ersten Ausblick auf zukünftige Entwicklungen geben. Blickt man auf die palästinensische Seite so gibt es offenkundige Zweifel an Letzterem. Solange die Palästinenser nicht mit einer Stimme sprechen – und diese Stimme muss eine gewaltlose und friedensbejahende Stimme sein – wird der Nahostkonflikt weiter gehen. Solange die Hamas Gaza unter ihrer Kontrolle hält und große Teile der dortigen Bevölkerung in Geiselhaft nimmt und während der Kriegszeiten als ihr lebendiges Schutzschild missbraucht, wird keine innerpalästinensische Einigkeit erreicht werden.

»Die Palästinenser werden akzeptieren müssen, dass die Grenze keine gerade Linie sein wird.«

Von internationaler und israelischer Seite muss daher alles dafür getan werden, die moderaten palästinensischen Kräfte um Präsident Abbas zu stärken. Die Unterminierung der Palästinensischen Autonomiebehörde dient daher nicht dem Friedensprozess.

Die Behörde mag in Teilen ihren Anforderungen nicht gewachsen sein, aber sie fördert keine Gewalt – ganz im Gegenteil garantiert sie die Sicherheitskooperation mit Israel. Dies trägt, ohne dass dies groß bekannt wird, viel dazu bei, dass die Menschen in Tel Aviv und auch Ramallah des Nachts ruhig schlafen können, da die Hamas und andere radikale Gruppierungen in der Westbank nicht Fuß fassen.

Ein Ausblick nach vorne und eine Prognose für die Zukunft sind im Nahen Osten ein schwieriges Unterfangen. Noch vor anderthalb Jahren wurde in Jerusalem und Ramallah eifrig verhandelt, während der „Islamische Staat“ als Terrororganisation in Europa nur wenigen Experten bekannt war. Heute steht der „Islamische Staat“ mit seinen Truppen auf dem Golan an der Grenze zu Israel und das politische Ramallah ist weiter von Jerusalem entfernt als von Berlin, Paris oder London. Letzteres ist zu bedauern, impliziert aber auch einen Auftrag an die jeweiligen europäischen Hauptstädte.

Ob die Vereinigten Staaten in den verbleibenden Jahren der Obama-Administration noch eine neue Friedensinitiative starten, ist fraglich. Doch Europa und im Besonderen die Bundesrepublik gewinnen zunehmend an Gewicht als Akteure vor Ort. Wie eine gemeinsame Umfrage der Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem und Ramallah ergeben hat, haben fast 70 Prozent der Israelis eine positive Einschätzung von Deutschland. Nur 23 Prozent sehen das Land, in dem vor etwas mehr als 70 Jahren unzählige Juden ermordet wurden, wirklich negativ.

Und auch auf palästinensischer Seite wünscht man sich explizit unter allen europäischen Ländern die engsten Beziehungen mit Deutschland. Es gibt wohl kein anderes Land, das über einen

derartigen Vertrauensvorschuss auf beiden Seiten verfügt. Dies ist für alle politischen Akteure ein großes Kapital, das es zu nutzen gilt.

Viel Zeit bleibt allen Beteiligten aber nicht mehr. Zwar wurde die Zweistaatenlösung schon vor Jahren als klinisch tot erklärt, dennoch haben Totgesagte bekanntermaßen ein langes Leben. Doch der anhaltende Siedlungsbau und die immer unerträglicher werdende Situation vieler Palästinenser in der Westbank und dem Gazastreifen zeigen, dass eine Lösung jetzt erfolgen muss. Sollten radikale palästinensische Kräfte die Oberhand gewinnen oder der fragile Status am Jerusalemer Tempelberg zu Bruch gehen, werden gewalttätige Eruptionen wieder auf der Tagesordnung stehen. Irgendwann – und das nicht in ferner Zukunft – muss dann die Zweistaatenlösung zu den Akten gelegt werden.

Die Folgen sind entweder die Einstaatlichkeit im Heiligen Land und die damit verbundene völlige Gleichheit aller Einwohner ohne Rücksicht auf ihre Religionszugehörigkeit (dies bedeutet jedoch faktisch die Aufgabe des Traums vom jüdischen Staat). Oder es kommt schrittweise zu einer „bi-nationalen“ Lösung, bei der aber das Prinzip von „one man – one vote“ mehr als fraglich ist.

Als Betrachter vor Ort bleibt man verwirrt zurück – und das auch nach über 60.000 Kilometern kreuz und quer. Verwirrt, weil die Situation eigentlich lösbar erscheint. Verwirrt, weil niemand diese Lösung wirklich zu wollen scheint. Zu groß erscheinen den Beteiligten die Schritte, die auf israelischer und palästinensischer Seite notwendig wären.

Doch eine Lösung ist notwendig, sowohl um die Menschen vor Ort auf beiden Seiten endlich von dieser unerträglichen Situation zu erlösen und um den Radikalen und Verrückten dieser Welt, die den Konflikt seit Jahrzehnten zum Anlass für ihre widersinnigen Taten nehmen, endlich den Wind aus dem Segel zu streichen.

Allein schon deshalb müssen beide Seiten auf einander zugehen – und das möglichst schnell.

»Viel Zeit bleibt allen Beteiligten nicht mehr.«

Dr. Hans Maria Heyn

promovierte im Bereich Parteienwissenschaften an der FU Berlin. Von 2009 bis 2012 war er Referent für Grundsatzfragen in der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der KAS und später stellvertretender Leiter des Vorstandsbüros.

Seit Oktober 2012 leitet er das Auslandsbüro Ramallah der KAS. Seine Arbeitsschwerpunkte sind der Nahost-Konflikt, Friedens- und Konfliktforschung sowie Fragen zum Religionsdialog.





Thomas Rachel

Integration durch Bildung

Begabtenförderung für muslimische Studenten

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Die Integration der ständig in Deutschland lebenden Zuwanderer zu fördern, ist eine wichtige Aufgabe. Die Leitlinie bleibt dabei Fördern und Fordern.

Gemeinschaftliche Verantwortung auf beiden Seiten

Integration erfolgt sehr unterschiedlich und hängt nicht zuletzt von den politischen, sozio-ökonomischen, kulturellen oder religiösen Dimensionen der Zugewanderten ab. Dabei bedeutet Integration nicht, dass sich eine Person oder Gruppe angleichen muss und ihre kulturelle Herkunft und Identität, die sich z.B. durch Sprache, Religion oder Traditionen ausdrückt, vollständig aufgibt.

Der Prozess der Integration besteht aus Annäherung, gegenseitiger Auseinandersetzung und Kommunikation, dem Finden von Gemeinsamkeiten und Unterschieden und der Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung auf beiden Seiten.

»Bildung ist ein Schlüsselfaktor für gelungene Integration.«

Dabei ist es zunächst eine wesentliche gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Potentiale von Zuwanderern zu erkennen, diese zu fördern und Chancengerechtigkeit zu schaffen. Die Bundesregierung möchte die Potentiale in unserem Land stärken und eine Anerkennungskultur gestalten. Dabei ist Bildung ein Schlüsselfaktor für gelungene Integration. Bildung ist eine essentielle Voraussetzung für den Zugang zu beruflicher Ausbildung und Beschäftigung.

Integration durch Bildung

Seit 2005 hat die Bundesregierung die Förderinstrumente insgesamt massiv ausgebaut; die Zahl der aus Bundesmitteln vergebenen Stipendien wurde in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt: von 16.400 auf rund 48.000.

Das ist insbesondere auf einen Ausbau der Begabtenförderungswerke zurückzuführen, zu denen die Studienstiftung des Deutschen Volkes, die

parteinahen und die konfessionellen Stiftungen sowie die Stiftungen der Sozialpartner gehören. Insgesamt wurden 2013 etwa 25.900 Studierende und 4.400 Promovierende durch ein Begabtenförderungswerk in ihrer Ausbildung oder wissenschaftlichen Tätigkeit unterstützt.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung setzt ein klares Zeichen für eine erfolgreiche Integration: Die Förderung des ersten muslimischen Begabtenförderungswerks „Avicenna“ ist ein historischer Schritt. Es ist ein Zeichen der Anerkennung für Muslime in Deutschland. Die Begabtenförderungswerke spiegeln nun die deutsche Gesellschaft in ihrer ganzen Breite wider.

Die Aufgabe der Begabtenförderungswerke besteht darin, junge Menschen zu fördern, die nicht nur über eine herausragende Befähigung verfügen, sondern auch Potential für besonderes gesellschaftliches Engagement erkennen lassen. Die gesellschaftliche Aufgabe ist es, eine kulturelle sowie religiöse Vielfalt im Bildungswesen zu ermöglichen.

Das erste muslimische Studienwerk

Das Avicenna-Studienwerk hat im Jahr 2014 zum ersten Mal 65 leistungsstarke und sozial engagierte muslimische Studierende und Promovierende als Stipendiaten aufgenommen. Dabei sind knapp zwei Drittel von ihnen Frauen.

Die Landschaft der bisherigen Begabtenförderungswerke wird durch das Avicenna-Studienwerk reicher. Begabte und engagierte muslimische Studierende und Promovierende sollen, wie andere auch, die Chance haben, sich um eine Förderung durch ein Begabtenförderungswerk zu bewerben, das ihrer Religion nahe steht.

Muslimische Studierende an deutschen Hochschulen können nun ebenso wie die Stipendiatinnen und Stipendiaten der übrigen Begabtenförderungswerke mit einem einkommensabhängigen Grundstipendium von bis zu 670 Euro im Monat und einer zusätzlichen Studienkostenpauschale von 300 Euro gefördert werden. Promovierende erhalten pro Monat bis zu 1150 Euro. Neben der finanziellen Erleichterung, die ein Stipendium bringt, liegt die besondere Bedeutung der Arbeit der Begabtenförderungswerke in der ideellen Förderung der Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Allein bis 2018 stellt das Bundesministerium für Bildung und Forschung etwa 10 Millionen Euro für die Stipendien des Avicenna-Studienwerks zur Verfügung. Die Stiftung Mercator unterstützt das Werk in der Aufbauphase.

Mit dem muslimischen Avicenna-Studienwerk wird neben dem katholischen Cusanuswerk, dem jüdischen Ernst-Ludwig-Ehrlich-Studienwerk und dem Evangelischen Studienwerk Villigst eine weitere große Weltreligion repräsentiert.

Die Stipendiaten spiegeln mit ihrer jeweiligen Ausrichtung das weltanschauliche und gesellschaftliche Spektrum Deutschlands wider. Zu dieser Pluralität gehört auch das große Engagement der Religionen und Konfessionen für die Begabtenförderung, die - wie auch die anderen Werke - mit ihren Profilen und mit ihren Stipendiatinnen und Stipendiaten für die Kraft der Zivilgesellschaft und für den interreligiösen Dialog stehen.

Zukunftsorientiert

Die Förderung aller in Deutschland vorhandenen Begabtenförderungswerke ist eine wichtige Investition in die Zukunft unseres Landes. Anstehende gesellschaftliche und politische Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn junge Menschen aus allen Bereichen und Konfessionen befähigt werden, ihre Talente und Fähigkeiten zu entfalten. Dabei nehmen die vom

Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützten Begabtenförderungswerke eine wichtige Rolle ein.

Seit der Gründung des Avicenna-Studienwerks gibt es insgesamt dreizehn staatlich geförderte Begabtenförderungswerke. Dabei fügt sich die Aufnahme des Avicenna-Studienwerks in eine Reihe von Aktivitäten ein, mit denen das Bildungsministerium die Integration durch Bildung fördert.

So hat die Gründung von vier Zentren für Islamische Theologie in Münster/Osnabrück, Tübingen, Erlangen/Nürnberg und Frankfurt/Gießen den Anstoß gegeben, Raum für muslimische Gelehrsamkeit zu schaffen, die im deutschen Wissenschaftssystem wirkt und zu seiner Vielfalt beiträgt.

Bildung ist ein gesamtgesellschaftliches Gut für alle – ein Instrument erfolgreicher Integration

Integration und Bildung in allen gesellschaftlichen Milieus darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Denn die Entscheidung einer guten Bildung darf nicht von Faktoren wie Herkunft, Religion, Geschlecht oder familiären Umständen abhängen.

Bildung ist ein gesamtgesellschaftliches Gut, das für alle, unabhängig der Herkunft und der Religion, in gleichem Maße zugänglich sein soll.



Thomas Rachel MdB

ist seit 2005 Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung. Er ist Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU Deutschlands und Mitglied im CDU-Bundesvorstand.

Die Debeka hat die zufriedensten Kunden

... und das bereits seit Jahren in Folge

Die Debeka-Gruppe gehört mit ihrem vielfältigen Versicherungs- und Finanzdienstleistungsangebot zu den Top Ten der Versicherungs- und Bausparbranche. Fachkundige Beratung, niedrige Kosten (zum Beispiel für die Verwaltung) und eine erfolgreiche Geldanlagepolitik ermöglichen es, den Mitgliedern ein Höchstmaß an Leistungen zu bieten. Das hervorragende Preis-Leistungs-Verhältnis aller Debeka-Produkte wird von unabhängigen Wirtschaftsmagazinen, Verbraucherinstitutionen und

Koblenz die Qualitätsanforderungen für die Versicherten auf höchstem Niveau. Das bestätigen auch die Versicherten: So hat die Debeka Krankenversicherung die zufriedensten Kunden der gesamten Branche. Dies ist das Ergebnis der Befragung „Kundenmonitor Deutschland“, die jährlich von der Servicebarometer AG durchgeführt wird.



Analysten immer wieder bestätigt: Zum Beispiel bewertet die Assekurata Rating-Agentur GmbH ASSEKURATA die Debeka Kranken- und Lebensversicherung mit der Bestnote „A++“ („exzellent“). Nach Ansicht der Analysten erfüllt das Unternehmen aus

eine kundennahe Betreuung: Die Debeka ist daher an mehr als 4.500 Orten im gesamten Bundesgebiet vertreten. Rund 17.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im angestellten Innen- und Außendienst stellen eine kompetente Beratung und Betreuung sicher.



Debeka
Krankenversicherungsverein a. G.
Lebensversicherungsverein a. G.
Allgemeine Versicherung AG
Pensionskasse AG
Bausparkasse AG

56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98-0
www.debeka.de

anders als andere





Thomas Volk

Extremisten den Nährboden entziehen

Islamismus und Salafismus in Deutschland

Der Terroranschlag auf das französische Satiremagazin Charlie Hebdo vom 7. Januar 2015 und der damit verbundene Angriff auf die Meinungs-, Kunst- und Pressefreiheit in Europa sowie die islamistisch motivierten Terroranschläge Mitte Februar in Kopenhagen beflügeln erneut die seit Jahren wiederkehrende Diskussion darüber, wie genau zwischen Islam und Islamismus zu trennen sei und welche im Islam immanenten Grundlagen zur Begründung gewaltsamer Taten islamistischer Extremisten dienen.

Das ist nicht verwunderlich angesichts des Umstandes, dass sich extremistische Bewegungen wie die Shabaab-Miliz in Somalia, die Boko Haram in Nigeria, die Hamas im Gaza-Streifen, die Hisbollah im Libanon, die Taliban in Afghanistan, die Muslimbrüder in Ägypten, die al-Qaida und deren jüngste Abspaltung, der „Islamische Staat“ (IS, vormals ISIS), in Syrien und Irak allesamt auf „den wahren Islam“ berufen.

»Begriffe wie »Online-Dschihad« prägen den gegenwärtigen Diskurs.«

Junge deutsche Staatsbürger kämpfen als Mudschahedin, als „Gotteskrieger“, in Ländern wie Syrien und Irak. Minderjährige Mädchen verlassen ihre Familien um eine „Dschihad-Ehe“ einzugehen. Eine Kultur des „Pop-Dschihad“ wird zur Subkultur in islamistischen Kreisen. Begriffe wie „Online-Dschihad“ prägen den gegenwärtigen Diskurs. Was ist los in unserem Land und welche Versprechungen werden jungen Menschen gemacht, damit sie sich salafistischen Strömungen bereitwillig preisgeben und bedingungslos anschließen? Politiker, Akademiker und Medienvertreter versuchen zu erkunden, welche Ursachen und Auswirkungen das Phänomen Islamismus beinhaltet und welche Lehren gezogen werden müssen. Dabei sollte eindeutig zwischen den Begriffen Islam und Islamismus unterschieden und deren Vielschichtigkeiten berücksichtigt werden. Ebenso wenig wie es den Islam gibt, kann es das Phänomen Islamismus geben.

Im Sommer 2014 sorgte eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der

Wochenzeitschrift „Stern“ für Aufsehen, wonach 52 Prozent der Befragten der Meinung sind, der Islam gehöre nicht zu Deutschland und sich lediglich 44 Prozent der Aussage des früheren Bundespräsidenten Wulff anschlossen.

In der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen hingegen betrachten 61 Prozent der Befragten den Islam als selbstverständlichen Teil Deutschlands, eine womöglich erste Tendenz für ein sich zukünftig normalisierendes Verhältnis der Deutschen zum Islam.

Aktuelle Ergebnisse über das Verhältnis der nicht-muslimischen Deutschen zum Islam bietet vor allem die Sonderauswertung Islam des Religionsmonitors der Bertelsmann-Stiftung vom Januar 2015. Darin heißt es zusammenfassend: „Obwohl Muslime mittlerweile in Deutschland heimisch geworden sind, lehnt die deutsche Mehrheitsbevölkerung Muslime und den Islam zunehmend ab. Über die Hälfte der Bevölkerung nimmt den Islam als Bedrohung wahr und ein noch höherer Anteil ist der Ansicht, dass der Islam nicht in die westliche Welt passt.“

Diese Ablehnung des Islams hat in den letzten zwei Jahren noch deutlich zugenommen.¹ Demnach empfinden 57 Prozent der befragten nicht-muslimischen Deutschen den Islam als bedrohlich, für 61 Prozent passe der Islam allgemein nicht zur westlichen Welt.² Selbst wenn die Erklärungsmuster für das erkennbar steigende Gefühl eines gewissen Unbehagens gegenüber dem Islam in den letzten Jahren vielfältig sein können, trägt die öffentliche Wahrnehmung eines scheinbar gewaltbereiten Islams wahrscheinlich zu dieser steigenden Tendenz der Skepsis gegenüber dem Islam bei.

Die Menschen sind irritiert, wenn in den Medien nahezu täglich über Grausamkeiten von islamistischen Terrororganisationen wie dem „IS“ berichtet wird. Sie fragen sich, was Unterdrückung, Vergewaltigung, Mord und Barbarei mit dem Islam zu tun hätten und müssten aus den Reihen der islamischen Geistlichkeit eine lautere und eindeutige Stimme der Distanzierung und Ablehnung dieser Taten vernehmen können. Die Antwort müsste unmissverständlich sein: Der Islam wird von Islamisten für deren ideologische Zwecke instrumentalisiert und muss sich gleichzeitig fragen, weshalb dem so sein kann.

Der viel beschworene Begriff Dschihad, der fälschlicherweise als „Heiliger Krieg“ übersetzt wird, verdeutlicht die Problematik exemplarisch. Wörter der Wurzel *ǧ-h-d*, wovon Dschihad abgeleitet wird, kommen im Koran in 28 verschiedenen Versen insgesamt 35 Mal vor, meist im Kontext von Kampf oder Bemühung. „Im religiösen Sinne transportiert das Wort *ǧihād* folgende Bedeutung: Kampf gegen die individuellen Schwächen und unmoralischen Versuchungen, Bemühen um das Wohl des Islam und der umma.“³

In islamischen Schriften wird allerdings zwischen dem großen und kleinen Dschihad unterschieden. Während der große Dschihad eine seelische Selbstanstrengung hin auf dem Weg zu Gott einfordert und zum Beispiel das Fasten und die Überwindung eigener Triebe beinhaltet, schließt der kleine Dschihad physische Handlungen nicht aus, soll gemäß der Überlieferungen allerdings hauptsächlich zur Verteidigung bei Angriffen gegen die Gemeinschaft der Muslime (umma) dienen.

Bereits hier wird deutlich, dass in einer Religion ohne autoritative Entscheidungsinstanz die Spannbreite der Interpretationen, wann die muslimische umma zum Beispiel angegriffen wird, äußerst weit gefasst sein kann.

In islamischen Quellen – wie in anderen Religionen auch – existieren durchaus Passagen, die zur Legitimation von Gewalt herangezogen werden können. Wer behauptet, es gebe im Koran keinerlei zu Gewalt aufrufende Suren und der Islam sei ausschließlich eine Religion des Friedens, übersieht die Textstellen in den islamischen Quellen, die durchaus als gewaltlegitimierend missbraucht werden können. Nur wer die Offenbarungsschrift der Muslime historisch-kritisch in den Kontext ihrer Entstehungsgeschichte einbettet, kann sich von den teilweise Gewalt legitimierenden Suren lösen.⁴

Erstaunlich ist, dass sich weite Teile des linken Mainstreams über Jahre konsequent einer sachlichen Diskussion über die ansteigenden Aktivitäten von islamistischen Extremisten verweigerten. Der Leiter des Referats „Internationale Politik-analyse“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Ernst Hilbrand, stellte hierzu nach den Anschlägen in Paris fest: „Denn die bittere Wahrheit ist, dass die europäische Linke viel zu lange die islamistische Gewalt banalisiert hat. Gefangen in einem

wertrelativierenden Multikulturalismus hat sie passiv zugesehen, wie an den Rändern der Zuwanderungsgesellschaften Westeuropas ein Klima des antiwestlichen Hasses heranwuchs.“⁵

**»Es geht um
nicht mehr und nicht
weniger als das
Rollenverständnis einer
Religion im säkularen
Rechtsstaat.«**

Während westliche Staaten eine Allianz der Werteverteidigungskultur schmieden sollten, stehen die islamische Theologie und die Islamverbände in der Pflicht, fundamentalistischen Extremismen den Nährboden zu entziehen. Dafür braucht es eine vorbehaltlose Diskussion über die Relevanz gewaltlegitimierender Inhalte in islamischen Quellen. Es geht schließlich um nicht mehr und nicht weniger als das Rollenverständnis einer Religion im säkularen Rechtsstaat.

Die Videoaufnahmen von der Flucht der Attentäter in Paris zeigen einen der Terroristen beim Ausrufen des Satzes „Wir haben den Propheten Muhammad gerächt“. Es ist erforderlich, sich mit den Aussagen islamischer Quellen zu befassen und sie auf Ansätze zu überprüfen, inwieweit fundamentalistische Extremisten ihre Taten und den Dschihad gegen die westliche Zivilisation mit der Religion des Islam begründen.

Islamismus als politische Ideologie ist organisatorisch äußerst heterogen und ein verhältnismäßig junges Phänomen. Dabei waren islamistische Bewegungen in ihrem Verständnis keineswegs notwendigerweise gewaltorientiert: Sie vertraten die Idee eines islamischen Staates auf Grundlage islamischer Werte und Gesetze.

Ein Phänomen der 2000er Jahre ist der Salafismus als die am dynamischsten wachsende Ausprägung des Islamismus. Er stellt westliche Gesellschaften besonders im Zusammenhang mit islamistischen Rückkehrern aus den Kriegsgebieten in Syrien und dem Irak vor völlig neue Herausforderungen.

**»Die islamische Theologie
und die Islamverbände
stehen in der Pflicht, fundamen-
talistischen Extremismen
den Nährboden zu entziehen.«**

Nach Angaben der Sicherheitsbehörden kommen rund zehn Prozent der etwa 30.000 Anhänger des IS aus europäischen Staaten, allein über 600 aus Deutschland. Der Attentäter, der am 24. Mai 2014 vor dem Jüdischen Museum in Brüssel vier Menschen tötete, war ein aus Syrien zurückgekehrter Islamist. Islamistische Kleinstgruppen und Einzeltäter, sogenannte „homegrown-jihadists“, die vor ihrer Radikalisierung oftmals nicht einmal sonderlich religiös waren, stellen europäische Gesellschaften daher sicherheitspolitisch vor unkalkulierbare Risiken.

»Salafistisch orientierte Islamisten glorifizieren die Frühzeit des Islam als ›goldenes Zeitalter‹.«

Ideologisch vertreten islamistische Bewegungen einen Absolutheitsanspruch und die Idee einer rein islamischen Ordnung von Gesellschaft und Staat. Die wesentlichen ideologischen Charakteristika, die zugleich als übergeordnete Ziele von islamistischen Gruppierungen gelten, können wie folgt zusammengefasst werden: Salafistisch orientierte Islamisten glorifizieren die Frühzeit des Islam als „goldenes Zeitalter“ und folgen wörtlich der in den Hadithen überlieferten Lebensweise des Propheten Muhammad im 7. Jahrhundert. Eine Trennung von Staat und Islam wird von den meisten anderen islamistischen Bewegungen abgelehnt und damit eine Interpretation des Islam gewagt, die problematisch ist.

Religion und Staat (Din wa daula) sind in islamischen Quellen zwei getrennte Formen, Islamisten verwenden allerdings die Begrifflichkeit Religion ist Staat. Eine menschliche Gesetzgebung und somit der Wesenskern einer jeden demokratischen Staatsform, die Volkssouveränität, wird abgelehnt und eine strikte Gottessouveränität und die Anwendung der Scharia angestrebt. Die Ablehnung und Bekämpfung von Pluralität, Individualität, Presse- und Meinungsfreiheit sowie der Gleichberechtigung von Mann und Frau sind weitere Facetten islamistischer Bewegungen.

Während der Salafismus als Gefahrenpotenzial erst seit 2011 gesondert in Verfassungsschutzberichten

des Bundes auftaucht, ist seither ein besorgniserregender Anstieg zu konstatieren. Der Aufwärtstrend der Salafisten in Deutschland sieht wie folgt aus: geschätzte 3.800 Salafisten 2011, bereits 4.500 Salafisten 2012, 5.500 Salafisten 2013 und mehr als 7.000 Salafisten Ende 2014.

Es ist davon auszugehen, dass durch internationale Ereignisse wie die mediale Präsenz der IS-Gräueltaten und durch ein steigendes Engagement salafistischer Strömungen in Deutschland diese Zahl weiter ansteigen wird.

Der Terminus technicus „Neo-Salafismus“ ist verhältnismäßig jung und wird gegenwärtig für eine Sammlung verschiedener Strömungen verwendet, die insbesondere auf junge Menschen eine hohe Anziehungskraft besitzen. Einer „Erweckungsbewegung“ ähnelnd, versteht sich der Neo-Salafismus als eine globale Bewegung und formuliert entgegen der Tradition von ethnisch-kulturell geprägten Migrantenorganisationen in Deutschland gezielt das Bild einer „ethnizitätsblinden Umma“. ⁶ Dieser Vision folgend, könne jeder unabhängig von nationalstaatlicher Zugehörigkeit ein gleichberechtigtes und wertvolles Mitglied der Umma sein, sofern allerdings die salafistische Ideologie bedingungslos befolgt wird.

Für junge Menschen mit schwierigen Biographien, Ausgrenzungserfahrungen und Rückschlägen sowie für Personen auf Identitätssuche wirken viele neo-salafistische Gruppen mit ihren heilsversprechenden, scheinbar sinnstiftenden und stringenten Inhalten ansprechend.

Durch charismatische deutschsprachige und deutschstämmige Imame, die einer Popkultur nahehernd auf die Sorgen und Belange junger Menschen mit verständlicher Sprache eingehen, Konflikte mit den Eltern, der Schule, der Arbeitswelt und dem alltäglichen Leben auf ein „un-islamisches“ Leben zurückführen, und den Betroffenen durch falsche Versprechen Zufriedenheit, Sinn und Anerkennung voraussagen, geraten immer mehr Menschen in die Fänge neo-salafistischer Gruppen. ⁷

Dabei ist eine Besonderheit des Neo-Salafismus gerade auch die hohe Rekrutierung junger Frauen, die über soziale Netzwerke in Kontakt mit salafistischen Gruppen geraten und zum Beispiel für eine Heirat mit Dschihadisten angeworben werden.

Dabei spielt in neo-salafistischen Kreisen das Internet als Kontakt-, Rekrutierungs- und Propagandamittel eine entscheidende Rolle. Videoplattformen und soziale Netzwerke nehmen eine immer wichtigere Funktion für Neo-Salafisten ein. Während also die Inhalte des 7. Jahrhunderts propagiert werden, greifen diese Islamisten also zeitgleich bereitwillig auf die modernen Kommunikationsmethoden des 21. Jahrhunderts zurück.

Obschon über die genauen Rekrutierungsmethoden (ob in Jugendzentren, Schulen oder Moscheen) im Detail unterschiedliche Berichte vorliegen, lässt sich in der Ausprägung eine grobe Dreiteilung in die wissenschaftlichen Kategorien puristischer-, politischer- und dschihadistischer Neo-Salafismus vornehmen.

Während die überwiegende Mehrzahl der in Deutschland aktiven Salafisten zur Gruppe der puristischen Neo-Salafisten zählt und diese gemeinhin als antimilitant und apolitisch gelten, scheint die Zahl der dschihadistischen Neo-Salafisten kontinuierlich anzuwachsen. Dies stellt Deutschland sicherheits- und gesellschaftspolitisch vor völlig neue Herausforderungen.

Weitere Informationen unter:

www.kas.de/wf/de/33.38767/
www.kas.de/wf/de/33.40120/

¹ http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf (16.02.2015).

² http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf. Seite 8. (16.02.2015).

³ Ourghi, Mariella (2011): *Der ġihād: Verteidigung von Errungenschaften oder Kampfansage an die Ungläubigen? Die Kampfansage zwischen Muhammad Said Ramadan al-Buti und Abd al-Malik al-Barrak und ihre Hermeneutik*. S. 36-58, hier S. 36. In: Seidensticker, Tilman (Hrsg.): *Zeitgenössische islamische Positionen zu Koexistenz und Gewalt*.

⁴ Ausschnitt aus dem Artikel „Islam-Islamismus“.

⁵ <http://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/charlie-hebdo-und-das-linke-appeasement-733/> (10.01.2015).

⁶ Ceylan/Kiefer, *Salafismus*, Seite. 75.

⁷ Ebd. Seite 76.



Thomas Volk

studierte Islamwissenschaft und Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau und erwarb anschließend seinen Master an der Middle East Technical University Ankara sowie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Seit 2014 arbeitet er als Islamexperte der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Hauptabteilung „Politik und Beratung“.



Feste Werte und klarer Kompass

Zum Tod von Andreas Schockenhoff

von Ruprecht Polenz

Erster Abend der Münchner Sicherheitskonferenz. Wie jedes Mal treffen wir uns als Außen- und Sicherheitspolitiker der Union im Keller des Bayerischen Hofes mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Aber dieses Jahr sitzt links neben ihr nicht Andreas Schockenhoff und moderiert wie sonst unser Gespräch. Wenige Wochen zuvor, am 13. Dezember 2014, ist er im Alter von nur 57 Jahren gestorben. Sein Fehlen schmerzt sehr.

Bei der Trauerfeier in der St.-Hedwigs-Kathedrale ist deutlich geworden, wie groß die Wertschätzung über alle Parteigrenzen hinweg war, die

Andreas sich erworben hatte. Die Bundeskanzlerin, das halbe Kabinett, die Spitzen aller Fraktionen und viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag waren gekommen, um Abschied zu nehmen.

Meine Gedanken während des Requiems gingen zurück in die 90er Jahre, als wir uns in der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kennengelernt hatten. Karl Lamers war damals unser außenpolitischer Sprecher. Wir wurden in unserem außenpolitischen Denken von ihm geprägt.

Andreas war damals schon Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe, ein Amt, das er 20 Jahre lang bis zu seinem Tod ausgeübt hat. Die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit war für Andreas Kern und Motor einer Entwicklung, die zu einer immer engeren politischen Union führen sollte. Dabei war er kein Gaullist alter Schule. Andreas sah ein geeintes Europa nicht als Gegengewicht oder gar als Gegenmacht zu den USA, sondern als Teil des Westens, in enger Zusammenarbeit mit den USA.

»Er war kein Gaullist alter Schule.«

Über „Deutschland und Frankreich“ hatte Andreas in dem Sammelband „Außenpolitik im 21. Jahrhundert – Die Thesen der jungen Außenpolitiker“ geschrieben, der 1996 von Wolfgang Schäuble und Rudolf Seiters herausgegeben worden war. Zusammen mit 19 anderen Kolleginnen und Kollegen aus der Bundestagsfraktion – darunter Peter Altmeier, Hermann Gröhe, Friedrich Merz, Gerd Müller und Christian Schmitt – haben wir versucht, wichtige Felder deutscher Außenpolitik programmatisch zu skizzieren.

Gemeinsam besuchten wir „jungen Außenpolitiker der Union“ damals Bill Clinton, Václav Havel und Boris Jelzin. Rudolf Seiters, der als stellvertretender Fraktionsvorsitzender für Außenpolitik zuständig war, hatte uns unter seine Fittiche genommen und uns mit den Reisen und dem Buchprojekt gefördert. Die gemeinsamen Reisen haben den Zusammenhalt gestärkt und uns auch menschlich einander näher gebracht. Wir haben viel zusammen gelacht – Andreas immer mittendrin.

Europa stand auch im Mittelpunkt der Parlamentartreffen, die Andreas jährlich nach Cadenabbia führten. Der damalige Leiter des Londoner Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung Ludger Ehling hatte dort seit den 80er Jahren Treffen von Tory-Abgeordneten mit Unionsabgeordneten organisiert. Trotz aller Anstrengungen konnte auch Andreas die von Jahr zu Jahr wachsende Europa-Skepsis der britischen Kollegen nicht verhindern.

Sein klarer, an Freiheit, Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit orientierter Kompass half Andreas auch bei den Aufgaben, die in den letzten Jahren zu seinen wichtigsten werden sollten. Als stellvertretender Vorsitzender war er nicht nur für die Außen- und Sicherheitspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zuständig. Von 2006 bis 2014 war Andreas auch Beauftragter des Auswärtigen Amtes für die deutsch-russische zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit.

Seine deutliche Kritik an der wachsenden innenpolitischen Repression, dem russischen NGO-Gesetz, dem Zugriff des Kreml auf das Fernsehen und der Unterdrückung der Opposition hat nicht jedem gefallen. Mit scharfen Worten kritisierte er die russische Annexion der Krim und die russische verdeckte Kriegführung gegen die Ukraine. Trotz seiner offiziellen Funktion als Russlandbeauftragter wurde er zeitweise von der russischen Führung nicht empfangen. Aber auch in der eigenen Fraktion taten sich manche mit seiner klaren Analyse russischer Verhältnisse schwer und wollten sie nicht wahrhaben.

Andreas Schockenhoff wird fehlen. Als Freund und Kollege, als Außenpolitiker mit festen Werten und einem klaren Kompass. Wir sollten ihm ein ehrendes Gedenken bewahren, indem wir in seinem Sinn weiterarbeiten.



Ruprecht Polenz

war von 1994 bis 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2005 bis 2013 war er Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages und von April bis November 2000 Generalsekretär der CDU.



Tag der Befreiung: Verantwortete Freiheit

Nachruf auf Richard von Weizsäcker

von Friedbert Pflüger

Mit Richard von Weizsäcker hat Deutschland seinen vielleicht wichtigsten Identitätsstifter und unermüdlichsten Brückenbauer verloren, sicher aber seinen bedeutendsten Präsidenten. Zwei Lebensthemen bestimmten sein politisches Wirken als Abgeordneter der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Vizepräsident des Bundestages, Regierender Bürgermeister von Berlin und Bundespräsident: die Identität der Deutschen nach zwei Weltkriegen und zwei Diktaturen sowie die Aussöhnung mit den Nachbarn und dem jüdischen Volk nach der Tragödie von Nationalsozialismus und Holocaust.

»Die deutsche Frage ist solange offen, wie das Brandenburger Tor geschlossen ist.«

Die Teilung von Stadt, Land und Kontinent überwinden zu helfen – das verstand Weizsäcker immer als zentrale Aufgabe seines Wirkens. Für ihn bedeutete das nicht in erster Linie die staatliche Wiedervereinigung, sondern vor allem Freiheit und Selbstbestimmung, als deren Folge ihm dann auch eine Veränderung der staatlichen Architektur vorstellbar erschien. Es ging nicht zuvorderst um territoriale Fragen, sondern um das Schicksal der Landsleute im anderen Teil Deutschlands. Deshalb formulierte Weizsäcker immer wieder: „Die deutsche Frage ist solange offen, wie das Brandenburger Tor geschlossen ist.“ – Die Öffnung des Tores, nicht der Akt der staatlichen Vereinigung, war für ihn das Wichtigste.

Am 12. November 1989, drei Tage nach dem Fall der Mauer, besuchte Weizsäcker einen Abendmahl-Gottesdienst in der Berliner Gedächtniskirche. Am Ende der Andacht bittet ihn Landesbischof Martin Kruse um ein Grußwort an die Gemeinde. Weizsäcker verbindet die überwältigenden Ereignisse der vergangenen Stunden mit dem, was im Laufe der Jahre die Leitschnur seiner politischen Überzeugung geworden ist.

„Wie lange haben wir in Berlin gehofft und gewartet, gemeinsam aus Ost und West einen Gottesdienst feiern zu können. Nun erfüllt uns

tiefe Freude und Dankbarkeit der Herzen. Dabei sollte niemand sich und anderen erlauben, Triumphgefühle aufkommen zu lassen, gegenüber niemandem ... Für uns im Westen gilt es, bereit zu sein, mit offenen Herzen und Türen, aber nicht mit unserer Tür drüben ins Haus zu fallen. Es geht nicht darum, dass nun unsere Urteile und Gewohnheiten einfach überschwappen. Unsere Westmark kann und muss uns helfen, aber sie darf niemanden an die Wand drücken.“

Und dann zitiert Weizsäcker aus dem Paulus-Brief an die Galater: „So beseht nun in der Freiheit, zu der uns Christus befreit hat, und lasset euch nicht wieder in ein knechtisches Joch einfachen. Ihr seid zur Freiheit berufen. Allein sehet zu, dass ihr die Freiheit nicht missbraucht, euch selbst zu leben. Sondern durch die Liebe diene einer dem anderen.“

Dieses Wort, Weizsäcker seit den Tagen seines Engagements beim Evangelischen Kirchentag ans Herz gewachsen, kann durchaus als eine Art Leitlinie seines Politikverständnisses betrachtet werden. Freiheit nicht als Freiheit von Bindungen, Aufgaben und Pflichten zu begreifen, sondern als Freiheit, aus dem eigenen Leben etwas Sinnvolles zu machen, auszuwählen zwischen den unendlichen Möglichkeiten des Lebens. Nicht Freiheit von etwas, sondern zu etwas. Und die erkämpfte Freiheit nicht aus Bequemlichkeit, Gleichgültigkeit oder Zaghaftigkeit wieder zu verlieren, sondern aktiv zu schützen.

Gleichzeitig glaubte Weizsäcker vor dem Hintergrund der Ereignisse der vorausgegangenen Tage offenbar, dass Mahnungen notwendig waren: Man brauche Zeit zum Innehalten, niemand verfüge über Patentrezepte, es dürfe nicht alles aus dem Westen einfach nach Osten verfrachtet werden, die Ostdeutschen dürften von der ökonomischen Macht des Westens nicht überrollt werden.

In diesem Sinne zeigt sich auch in den folgenden Monaten und Jahren: Richard von Weizsäcker wollte einen anderen Weg zur Einheit der Deutschen nach dem Fall der Mauer. Er fürchtete, dass die beiden Teile Deutschlands nicht zusammenwachsen, sondern zusammenwuchern würden. Daraus würden sich zwangsläufig große Probleme entwickeln. Hat er nicht, zumindest teilweise, recht behalten? Manche haben diese Haltung als zögerlich beschrieben und darüber gespottet.

Weizsäckers nachdenkliches „Innehalten“, die leisen Töne, der Hinweis auf die Würde der Menschen in Ostdeutschland – all das half vielen Menschen aus der DDR ganz offenkundig, sich in der schwierigen Umbruchsituation zu orientieren und sich im vereinten Deutschland später allmählich wohlfühlen.

»Wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen.«

Und: Weizsäcker war – wie Antje Vollmer beim Staatsakt zu seinen Ehren zutreffend bemerkte – nicht in erster Linie auf Sendung, sondern auf Empfang eingestellt. Er konnte zuhören, begegnete den Lebenserfahrungen der Menschen in den neuen Bundesländern mit einer Neugier und Zuwendung, die nicht immer selbstverständlich war. So hat er seinen Beitrag zur Einheit, zur inneren Einheit und zur Identität der Deutschen geleistet.

In diesem Zusammenhang steht auch die berühmte Rede vom 8. Mai 1985, dem 40. Jahrestag des Kriegsendes. Weizsäcker nannte den Tag der deutschen Niederlage erstmals in aller Klarheit „den Tag der Befreiung.“ Das ist heute Konsens, damals aber war es umstritten. Deutschland hatte doch den Krieg verloren! Viele Deutsche lebten in zerstörten Häusern, waren in Gefangenschaft und auf der Flucht. Und das sollte Befreiung sein? – Wer aber wirklich zugehört oder nachgelesen hat, der konnte unschwer die Brücke erkennen, die Weizsäcker diesem Denken gebaut hatte: „Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten.“

Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“ Zu Recht hat Frank-Walter Steinmeier in seiner Trauerrede beim Staatsakt

am 11. Februar 2015 im Berliner Dom erklärt, dass diese Worte in der Sprache vollendet, was mit der Geste des Kniefalls Willy Brandts im Warschauer Ghetto begonnen hatte.

Damit schlug Weizsäcker eine Brücke zwischen den Generationen. Dass ihm dies gelang und die Rede heute ein historisches Dokument unseres Landes ist, war nicht in erster Linie der sorgfältigen Vorbereitung, der Beratung mit vielen Persönlichkeiten im Vorfeld der Rede oder intensiver Diskussionen im Mitarbeiterstab zu verdanken – so wichtig das gewesen sein mag.

Vielmehr konnte diese Rede nur halten, wer Krieg und NS-Zeit miterlebt hatte: Weizsäckers Bruder fiel unmittelbar nach Ausbruch des Krieges. Weizsäcker erlebte sechs Jahre Krieg in Russland, hörte von den Gräueltaten der Einsatzgruppen, war Zeit seines Lebens einer der engsten Freunde von Axel von dem Bussche, der Hitler töten wollte, verteidigte seinen Vater, einen der führenden Diplomaten des Dritten Reiches bei den Nürnberger Prozessen.

»Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.«

Nur durch diese eigenen Erfahrungen lebte die Rede, wurde sie authentisch, ermöglichte sie Identifikation und Selbstbesinnung. Nur so konnte sie ihre befreiende Wirkung im In- und Ausland entfalten. Prinz Claus der Niederlande etwa erzählte später, dass er während der Rede geweint habe. Unmittelbar danach erhielt Weizsäcker die Einladung zum ersten Staatsbesuch eines deutschen Präsidenten in Israel.

Die Rede entfaltete so eine befreiende Wirkung für die Deutschen. So wie Weizsäcker es in seiner Rede am 8. Mai erhofft hatte: Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.

Wir verabschieden uns von einem großen Deutschen und Europäer. Das Land ist ärmer ohne ihn geworden. Ich selbst verliere mit ihm auch meinen langjährigen „Chef“ und späteren Freund.

»Weizsäcker nannte den Tag der deutschen Niederlage erstmals in aller Klarheit »den Tag der Befreiung.«



Prof. Dr. Friedbert Pflüger

ist Parlamentarischer Staatssekretär a. D. und heute Direktor des European Centre for Energy and Resource Security (EUCERS) am King's College London.

Er war von 1981 bis 1989 einer der engsten Mitarbeiter Richard von Weizsäckers, als Redenschreiber, Büroleiter und Pressesprecher.



Conrad Clemens: Alle Wege führen nach Berlin

Paramaribo? Wohl nicht viele können mit diesem Namen auf Anhieb etwas anfangen. Conrad Clemens kann das. Paramaribo, das ist die Hauptstadt von Suriname, einem kleinen Küstenstaat in Lateinamerika. Wer Conrad verstehen möchte, sollte hier anfangen.

Conrad ist sieben Jahre alt und lebt mit seinen Eltern in Sachsen-Anhalt als diese unmittelbar nach dem Fall der Mauer die neugewonnene Freiheit nutzen und als Pfarrer und Entwicklungshelferin den Atlantik überqueren. In Suriname ist die Welt anders: Er sieht die bittere Armut der Menschen, erlebt die Prügelstrafe in der Schule und erfährt das Gefühl des Andersseins als einziges weißes Kind auf weiter Flur. Trotzdem wächst er insgesamt behütet auf, findet schnell Anschluss und genießt die kulturelle Vielfalt des Landes, in dem unterschiedlichste Ethnien und Sprachen aufeinander treffen. Insgesamt schöne Jahre waren das, sagt er. Sie haben ihn geprägt.

Nach fünf Jahren ist die Familie wieder in Deutschland. Berlin-Neukölln wird seine neue Heimat – und ist es bis heute. Sein Kiez, seine Leidenschaft. Auch politisch. Das Aufeinanderprallen heißer Themen macht Neukölln zu einem spannenden, mitunter explosiven Pflaster. Arbeitslosigkeit, Integration, Kriminalität – das sind die politischen Herausforderungen. Die Antworten der Linken darauf überzeugen Conrad nie, das rot-rote Bündnis von Wawareit empfindet er als Sündenfall der SPD. Conrad entscheidet sich für die Jungen Union.

Nach dem Abitur zieht es Conrad zum Studium nach Frankfurt/Oder, Maastricht und Vancouver. An der Viadrina absolviert er ein Wirtschaftsstudium, jobbt nebenbei als Werkstudent für verschiedene Unternehmen. Nach seinem Studium arbeitet er zwei Jahre für eine große Unternehmensberatung. Aber so faszinierend Wirtschaftsprozesse

auch sein mögen, sein Herz schlägt weiterhin für die Politik. Drei Jahre führt er den Berliner Landesverband der Jungen Union, arbeitet später im Bundestag. Mit seinem Chef, Roderich Kiesewetter, stimmt die Chemie; dessen Themen – Außen- und Sicherheitspolitik – prägen die aktuelle Politik. Tagsüber arbeitet er im Regierungsviertel, zum Feierabendbier zieht's ihn aber gerne wieder in den heimischen Kiez. Krawatte ab, Kapuzenjacke an, Anstoßen mit Freunden.

Im Herbst 2014, inmitten einer spannenden Phase im Bundestag – Kiesewetter ist jetzt Obmann im NSA-Untersuchungsausschuss – übernimmt Paul Ziemiak den Stab des JU-Bundesvorsitzenden und sucht einen gut vernetzten Bundesgeschäftsführer in Berlin. Conrad wird Paul empfohlen. Bei einem Bier sprechen sie über gemeinsame Ideen und Vorstellungen. Schnell stellen sie fest: Daraus kann auch ein gemeinsames Projekt werden. Conrad denkt zunächst nach. Nochmal JU? Doch eigentlich fügt es sich gut: Er ist 30, in der JU gut vernetzt, der Job ist spannend und bringt viele Gestaltungsmöglichkeiten mit sich. Er sagt zu und kehrt zurück zu den Wurzeln seiner politischen Arbeit.

Seitdem gibt er Gas, die Junge Union soll kampagnenfähiger werden, schneller in der Kommunikation. WhatsApp wird in die Kommunikationsstrategie integriert, jedes Neumitglied erhält ein Begrüßungsvideo. Conrad findet eine neue Bundesgeschäftsstelle am Leipziger Platz, möchte dort mit moderner Soft- und Hardware die JU-Zentrale besser mit den Orts- und Kreisverbänden vernetzen. 120.000 JU-Mitglieder, sagt er, ergeben ein enormes Potential, um Themen zu bewegen. Im Sommer plant die Junge Union eine große Pro-TTIP-Kampagne. An manchem Punkt beginnen seine Augen zu leuchten, wie zuvor bei seinen Erzählungen von Paramaribo und Neukölln. Die Politik als Beruf. Der Beruf als Berufung. Das passt.

Abonnement

**Bestellen Sie jetzt
online ein Abonnement von
CIVIS mit Sonde
und bleiben Sie auf dem Laufenden
über spannende politische
Debatten.**

Das Abonnement zum Preis von 15 Euro läuft
über ein Jahr und drei Ausgaben.

Wenn Sie nicht acht Wochen vor Ende des Abonnements
postalisch oder per E-Mail an info@civis-mit-sonde.de
kündigen, verlängert sich Ihr Abonnement
um ein weiteres Jahr.

Wir freuen uns auf Sie als treuen Leser!

www.civis-mit-sonde.de/bestellen



Impressum

CIVIS mit Sonde
Paul-Lincke-Ufer 8b, 10999 Berlin

Tel: +49 (0)30 616518-11
Fax: +49 (0)30 616518-40
E-Mail: info@civis-mit-sonde.de

ISSN: 1432-6027
Preis: 5,00 Euro (ermäßigt 2,50 Euro)
Abo- und Einzelheftbestellung:
www.civis-mit-sonde.de

Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH,
www.westermann-zwickau.de

Chefredakteur: Erik Bertram
Geschäftsführer: Michael Lönne
Konzeption & Art Direction: Jonas Meyer, jmvc.de
Fotografie: Maximilian König, maximilian-koenig.com
Illustrationen: Roland Brückner, bitteschoen.tv
Lektorat: Barbara Gerlach, Matthias Metzen und Anja Pfeffermann
Redaktion: Kathrin Brandt, Barbara Gerlach,
Sebastian Hass, Anja Pfeffermann und Tabea Wilke

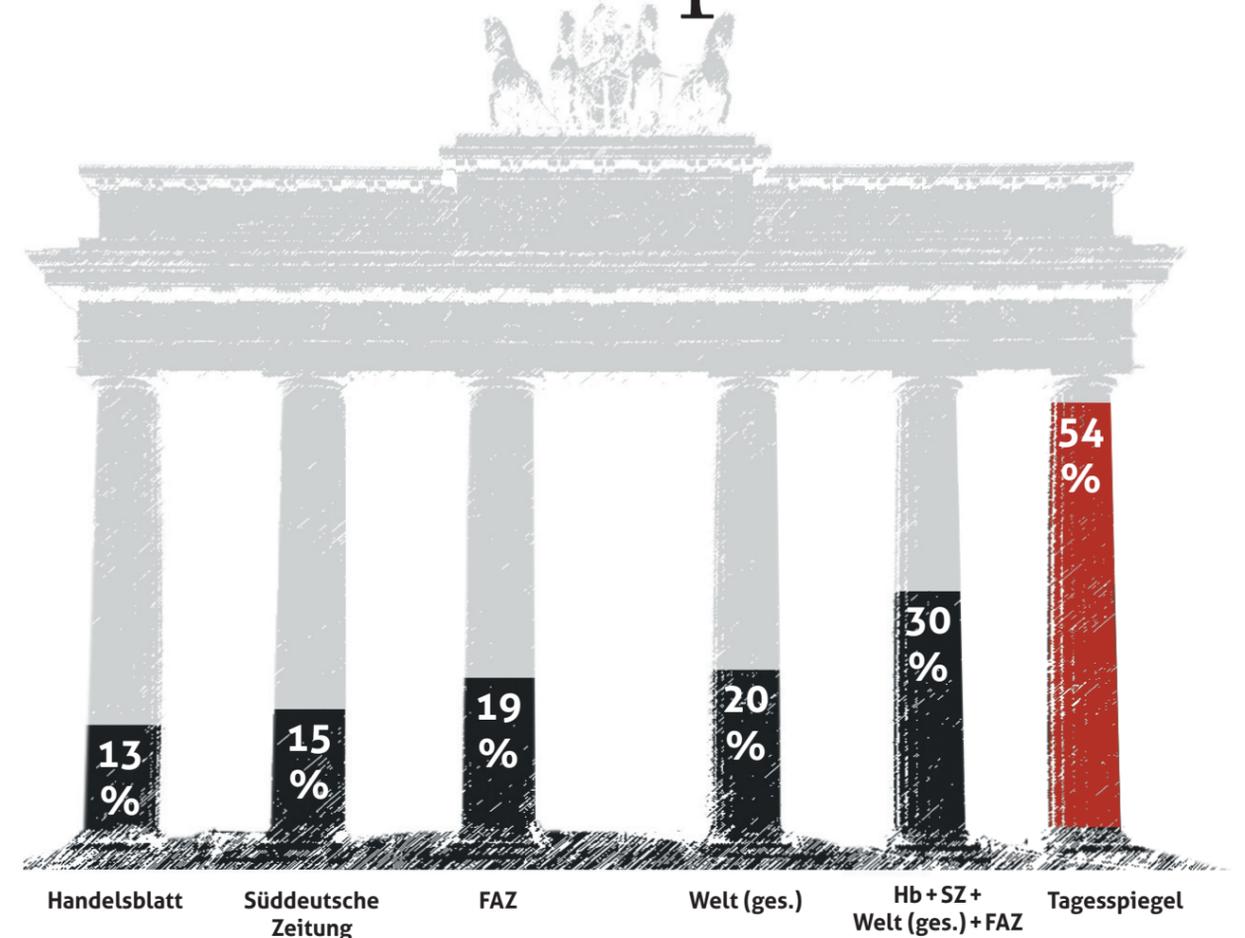
Herausgeber: Dorothee Bär, Ursula Männle,
Arnold Vaatz, Mario Voigt, Matthias Wissmann und
Martin Röckert als Bundesvorsitzender des RCDS

Beirat: Christoph Brand, Stephan Eisel,
Matthias Graf von Kielmansegg, Jürgen Hardt,
Johannes Laitenberger, Gottfried Ludewig,
Fabian Magerl, Heinz Neubauer, Peter Radunski,
Hans Reckers, Christian Schneller, Wulf Schönbohm
und Johannes Zabel



CIVIS & SONDE

Testen Sie die Nr. 1 bei den Politik-Entscheidern in der Hauptstadt.



Quellen: Entscheidungsträger-Analyse Berlin 2013; Preislisten der Verlage; Stand: 01.01.2014, Anzeigenformat 1/2 Seite Mo.-Fr. brutto. www.tagesspiegel.de/leitmedium

Der Tagesspiegel wird von mehr Politik-Entscheidern in Berlin gelesen als jede überregionale Abo-Zeitung – und alle überregionalen Abo-Zeitungen zusammen.

Jetzt kostenfrei testen:

leserservice@tagesspiegel.de · Tel. (030) 290 21-555 · www.tagesspiegel.de/rcds



www.civis-mit-sonde.de